

# Stenographischer Bericht

## 4. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

X. Gesetzgebungsperiode – 16., 17. und 18. Dezember 1981

### Inhalt:

#### Personalien:

Entschuldigt: Abg. Pinegger.

#### Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 60/1, der Abgeordneten Schrammel, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Lind, Dipl.-Ing. Schaller und Harmtodt, betreffend die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für die Region Fürstenfeld (52);

Antrag, Einl.-Zahl 61/1, der Abgeordneten Schrammel, Schützenhöfer, Prof. Dr. Eichtinger und Lind, betreffend eine Solidaritätshilfe von 1 Milliarde Schilling des ÖGB für Ersatzarbeitsplätze und die teilweise Finanzierung der Pendlerbeihilfe;

Antrag, Einl.-Zahl 62/1, der Abgeordneten Klasnic, Schrammel, Kröll und Lind, betreffend Weiterbezahlung von Familienbeihilfen;

Antrag, Einl.-Zahl 63/1, der Abgeordneten Kollmann, Kanduth, Ritzinger, Kröll und Grillitsch, betreffend den Bau einer Autobahnauffahrt im Bereich des Autobahnbundesstraßenknotens in St. Michael i. O.;

Antrag, Einl.-Zahl 64/1, der Abgeordneten DDr. Stepantschitz, Kanduth, Pörtl, Ritzinger und Stopacher, betreffend Betreuung der Alkoholkranken;

Antrag, Einl.-Zahl 65/1, der Abgeordneten Pinegger, Feldgrill, Aichhofer, Klasnic und Ing. Stoisser, betreffend die Schaffung eines regionalen Erholungsgebietes im Raum Köflach – Maria Lankowitz mit überregionalen Zielsetzungen;

Antrag, Einl.-Zahl 66/1, der Abgeordneten Karrer, Sponer, Hammer, Kirner und Genossen, betreffend die Förderung der verstaatlichten Industrie und der Großbetriebe im Land Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 67/1, der Abgeordneten Dr. Horvatek, Kohlhammer, Dr. Wabl, Erhart und Genossen, betreffend die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben;

Antrag, Einl.-Zahl 68/1, der Abgeordneten Loidl, Ofner, Tschernitz, Kohlhammer und Genossen, betreffend die kritische Lage der steirischen Bauwirtschaft;

Antrag, Einl.-Zahl 69/1, der Abgeordneten Karrer, Loidl, Ileschitz, Preamsberger und Genossen, betreffend die Überprüfung der Einhaltung der den geförderten Unternehmungen anlässlich der Gewährung einer Wirtschaftsförderung des Landes vorgeschriebenen Bedingungen;

Antrag, Einl.-Zahl 70/1, der Abgeordneten Prutsch, Loidl, Sponer, Freitag, Karrer, Kohlhammer und Genossen, betreffend den Ausbau des Nahverkehrs in der Steiermark und Schaffung eines Verkehrsverbundes;

Antrag, Einl.-Zahl 71/1, der Abgeordneten Hammer, Brandl, Sponer, Kohlhammer, Tschernitz und Genossen, betreffend Erlassung eines Fremdenverkehrs- und eines Fremdenverkehrsförderungsgesetzes sowie die Vorlage eines Berichtes über die Grundsätze zur Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft;

Antrag, Einl.-Zahl 72/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Preamsberger, Halper, Hammer und Genossen, betreffend die Errichtung eines Berufsausbildungsfonds zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung;

Antrag, Einl.-Zahl 73/1, der Abgeordneten Ofner, Zdarsky, Meyer, Loidl und Genossen, betreffend die

Vergabe der Verträge im Schülergelegenheitsverkehr sowie eine bessere Kontrolle der Schülertransporte;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 75/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht für das Geschäftsjahr 1980;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 77/1, betreffend Errichtung einer „Geschützten Werkstätte“ in Graz durch die „Geschützte Werkstätte Steiermark Ges. m. b. H.“ und diesbezügliche Kostenbeitragsübernahme des Landes Steiermark in der Höhe von 15 Millionen Schilling, aufgeteilt in vier Jahresraten, ab dem Jahr 1983, in der jeweiligen Höhe von 3,75 Millionen Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 79/1, über den Stand und die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark (Landes-Wohnbauförderungsgesetz 1974) im Jahr 1980;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 80/1, betreffend Straßenwärterhaus Fröschnitz Nr. 14 (EZ. 30, KG. Fröschnitz, Gerichtsbezirk Mürzzuschlag). Verkauf an Robert und Frieda Spreitzhofer, Landwirte, Fröschnitz 15, 8685 Steinhaus am Semmering, zu einem Kaufpreis von 200.000 Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 74/1, Beilage Nr. 8, Gesetz, mit dem die Gemeindeordnung 1967 geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1981);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 82/1, über den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1980;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81/1, betreffend die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse des Landes Steiermark für die Rechnungsjahre 1977 und 1978 sowie den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Gebarungsprüfung;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 83/1, zum Beschluß Nr. 323 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1980 aus der IX. Gesetzgebungsperiode, betreffend die Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, dem Steiermärkischen Landtag alljährlich einen Bericht über die Entwicklung von Alternativenergien und der Förderung von derartigen Projekten und gleichzeitig einen Bericht über Maßnahmen zur Förderung des Energiesparegedankens vorzulegen (52).

#### Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 60/1, 61/1, 62/1, 63/1, 64/1, 65/1, 66/1, 67/1, 68/1, 69/1, 70/1, 71/1, 72/1 und 73/1, der Landesregierung (52).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 75/1, 77/1, 79/1 und 80/1 dem Finanzausschuß (52).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 74/1 und 82/1, dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß (52).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81/1, dem Kontrollausschuß (52).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 83/1, dem Wirtschafts- und Raumordnungsausschuß (52).

#### Anträge:

Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Loidl, Ofner, Erhart und Genossen, betreffend die Verpflichtung zur Erstellung von kommunalen,

regionalen und landesweiten Energieplänen im Rahmen des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes (53);

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Halper, Kohlhammer, Rainer und Genossen, betreffend den Vorrang der Fernwärme in der Energieversorgung für die Objektbeheizung, insbesondere bei der Anwendung von Kraft-Wärme-Kupplungen;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Halper, Prensberger, Karrer und Genossen, betreffend die Wiederverwertung von Rohstoffen;

Antrag der Abgeordneten Tschernitz, Erhart, Halper, Kirner, Karrer, Prensberger und Genossen, betreffend die Abwärmeverwertung von Industrie und Gewerbe;

Antrag der Abgeordneten Loidl, Ofner, Dr. Wabl, Meyer und Genossen, betreffend die Förderung des Energiesparens durch die individuelle Heizkostenabrechnung;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Sponer, Karrer, Dr. Wabl und Genossen, betreffend die Erlassung eines Feuerpolizeigesetzes;

Antrag der Abgeordneten Halper, Ileschitz, Prensberger, Kohlhammer und Genossen, betreffend die Errichtung eines Zubringers aus dem Zentralraum Voitsberg-Köflach-Bärnbach zur Südautobahn A 2;

Antrag der Abgeordneten Ofner, Meyer, Zdarsky, Freitag und Genossen, betreffend eine gerechtere Zuteilung der Kindergartenbeihilfen;

Antrag der Abgeordneten Sponer, Ofner, Brandl, Freitag und Genossen, betreffend die Ausbezahlung der Kindergartenbeihilfen an die Kindergartenerhalter;

Antrag der Abgeordneten Zdarsky, Meyer, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Berücksichtigung von Dialysepatienten bei der Einstellung auf geschützten Arbeitsplätzen;

Antrag der Abgeordneten Ing. Turek und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend Übernahme der Gemeindestraße von Arzberg nach Plenzengreith als Landesstraße (53).

#### Verhandlungen:

1. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 55/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichterstatter: Abg. Grillitsch (53).

Annahme des Antrages (53).

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 43/1, betreffend Verkauf der Grundstücke Nr. 414/2 Wald und Nr. 107 Baufläche (EZ. 130, KG. Weiglhof, Gerichtsbezirk Birkfeld) im Gesamtausmaß von 10.194 m<sup>2</sup> an Karlheinz Mauerhofer, Rechtspfleger, Gschaid 148, 8190 Birkfeld, zu einem Kaufpreis von 87.981 Schilling.

Berichterstatter: Abg. Dr. Horvatek (54).

Annahme des Antrages (54).

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 44/1, betreffend den Abverkauf eines landeseigenen, zum Gutsbestand der land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Grabnerhof gehörigen Grundstückes im Ausmaß von zirka 2500 m<sup>2</sup> zu einem Quadratmeterpreis von 180 Schilling an die Firma Metall- und Stahlbau Weng, Hitzel, Wesiak KG, 8911 Admont.

Berichterstatter: Abg. Kanduth (54).

Annahme des Antrages (54).

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 46/1, Beilage Nr. 4, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter: Abg. Brandl (54).

Annahme des Antrages (54).

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 47/1, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 1515, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, mit dem Wohnhaus Fürstenfeld, Dreikreuzweg 19, von Frau Ingrid Prasch, wohnhaft wie oben.

Berichterstatter: Abg. Dr. Horvatek (54).

Annahme des Antrages (54).

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 48/1, betreffend den Ankauf eines Areals bestehend aus den Grundstücken Nr. 50/4, 832/4 und 832/7, alle KG. Rottenmann, im Gesamtausmaß von 6892 m<sup>2</sup>.

Berichterstatter: Abg. Tschernitz (55).

Annahme des Antrages (55).

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 52/1, betreffend die Bedekung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1981.

Berichterstatter: Abg. Brandl (55).

Annahme des Antrages (55).

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 53/1, betreffend Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag, Erwerb des Grundstückanteiles der Volksbank Mürzzuschlag zu einem Preis von 1,3 Millionen Schilling.

Berichterstatter: Abg. Karrer (55).

Annahme des Antrages (55).

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 54/1, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 2094, 2110, 1229 und 1422, je KG. Fürstenfeld, GB. Fürstenfeld, im Flächenausmaß von 15.406 m<sup>2</sup> mit darauf befindlichen Baulichkeiten aus der Konkursmasse der Maschinenfabrik E. Weichel um einen Kaufpreis inklusive Nebengebühren von 7.480.000 Schilling.

Berichterstatter: Abg. Trampusch (55).

Annahme des Antrages (56).

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/1, betreffend den Landesvoranschlag 1982, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Hauptberichterstatter: Abg. Brandl (56).

#### Generaldebatte:

Redner: Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (56), Abg. Prensberger (63), Abg. Ing. Turek (69).

(Unterbrechung)

#### Mitteilung:

Gemeinsame Erklärung der drei im Landtag vertretenen politischen Parteien zur Lage in Polen.

Fortsetzung - Tagesordnung - Verhandlungen:

#### Spezialdebatte:

##### Gruppe 8

Berichterstatter: Abg. Dr. Pfohl (74).

Redner: Abg. DDr. Stepanitschitz (74), Abg. Hammerl (75), Abg. Dr. Strenitz (76), Abg. Stoppacher (77), Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs (79).

Abstimmung (82).

##### Gruppe 7

Berichterstatter: Abg. Schrammel (83).

Redner: Abg. Buchberger (83), Abg. Zinkanell (86), Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (90), Abg. Prutsch (92), Abg. Grillitsch (94), Abg. Trampusch (96), Abg. Schwab (97), Abg. Karrer (99), Abg. Fuchs (101), Abg. Pörtl (103), Landesrat Ing. Köner (106), Abg. Kröll (108), Abg. Brandl (110), Abg. Dr. Dorfer (112), Abg. Ofner (114), Abg. Tschernitz (115), Abg. Hammerl (117), Landeshauptmannstellvertreter Wegart (118), Abg.

Ing. Stoisser (121), Abg. Loidl (123), Abg. Schützenhöfer (126), Abg. Trampusch (128), Abg. Dr. Pfohl (131), Abg. Rainer (132), Abg. Harmtodt (136), Abg. Halper (137), Abg. Kollmann (141), Abg. Hammer (144), Abg. Dr. Eichtinger (146), Abg. Dr. Wabl (147), Abg. Premsberger (149), Abg. Karrer (151), Abg. Tschernitz (153), Abg. Dr. Dorfer (154), Abg. Ileschitz (157), Abg. Schrammel (159), Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs (161).

Abstimmung (168).

#### Gruppe 6

Berichterstatter: Abg. Dorfer (168).

Redner: Abg. Lind (168), Abg. Loidl (171), Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (173), Abg. Prutsch (174), Abg. Ileschitz (175), Abg. Dr. Heidinger (176), Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs (178), Landeshauptmann Dr. Krainer (179).

Abstimmung (183).

#### Gruppe 5

Berichterstatter: Abg. Dr. Horvatek (183).

Redner: Abg. Loidl (183), Abg. DDr. Stepantschitz (184), Abg. Meyer (187), Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (187), Abg. Pörtl (190), Abg. Hammer (191), Abg. Ritzinger (192), Abg. Dr. Wabl (194).

(Unterbrechung)

11. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 74/1, Beilage Nr. 8, Gesetz, mit dem die Gemeindeordnung 1967 geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1981).

Berichterstatter: Abg. Dr. Heidinger (197).

Annahme des Antrages (197).

Fortsetzung der Gruppe 5:

Weitere Redner: Abg. Ofner (197), Abg. Sponer (198), Abg. Halper (200), Abg. DDr. Stepantschitz (201), Landesrat Heidinger (202), Landesrat Prof. Jungwirth (206).

Abstimmung (210).

#### Gruppe 4

Berichterstatter: Abg. Erhart (210).

Redner: Abg. Zinkaneil (210), Abg. Klasnic (212), Abg. Dr. Horvatek (214), Abg. Dr. Maitz (216), Abg. Meyer (218), Abg. Dr. Steiner (220), Abg. Kohlhammer (222), Abg. Präsident Zdarsky (223), Abg. Erhart (225), Abg. Sponer (226), Landesrat Gruber (227), Abg. Loidl (231), Abg. Kanduth (232), Abg. Meyer (233), Abg. Dipl.-Ing. Schaller (234), Landesrat Koiner (236).

Abstimmung (238).

#### Gruppe 3

Berichterstatter: Abg. Kanduth (238).

Redner: Abg. Dr. Pfohl (238), Abg. Kirner (240), Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (242), Abg. Neuhold (243), Abg. Trampusch (244), Abg. Tschernitz (245), Landesrat Prof. Jungwirth (245).

Abstimmung (248).

#### Gruppe 2

Berichterstatter: Abg. Dr. Maitz (248).

Redner: Abg. Hammerl (248), Abg. Klasnic (249), Abg. Freitag (250), Abg. Dr. Steiner (252), Abg. Erhart (253), Abg. Aichhofer (254), Abg. Dr. Maitz (255), Abg. Schwab (256), Landesrat Prof. Jungwirth (257).

Abstimmung (259).

#### Gruppe 1

Berichterstatter: Abg. Kohlhammer (259).

Redner: Abg. Schrammel (259), Abg. Trampusch (261), Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (263), Landeshauptmann Dr. Krainer (264).

Abstimmung (265).

#### Gruppe 0

Berichterstatter: Abg. Ritzinger (265).

Redner: Abg. Dr. Pfohl (265), Abg. Hammerl (266), Abg. Dr. Eichtinger (269), Abg. Ing. Turek (270), Landeshauptmannstellvertreter Wegart (271).

Abstimmung (274).

#### Gruppe 9

Berichterstatter: Abg. Dr. Strenitz (274).

Redner: Landesrat Dr. Klauser (275).

Abstimmung (276).

#### Außerordentlicher Landesvoranschlag:

Berichterstatter: Abg. Brandl (276).

Abstimmung (277).

#### Beschlußanträge:

Abstimmung (277).

#### Dienstpostenplan:

Berichterstatter: Abg. Dr. Heidinger (277).

Abstimmung (277).

#### Kraftfahrzeugsystemisierungsplan:

Berichterstatter: Abg. Brandl (277).

Abstimmung (277).

#### Abstimmung über die Regierungsvorlage 45/1:

Hauptberichterstatter: Abg. Brandl (277).

Abstimmung (277).

#### Schlußwort:

Landeshauptmann Dr. Krainer (277).

16., 17., 18. Dezember 1981

Beginn der Sitzung: 9.45 Uhr

#### Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hoher Landtag!

Es findet heute die 4. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden X. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, besonders die Mitglieder der Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze.

Ebenso begrüße ich die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist Herr Landtagsabgeordneter Pinegger.

Meine Damen und Herren! Wir können nicht in die Tagesordnung eingehen und unsere Verhandlungen aufnehmen, wir können diese heutige Sitzung, in der es um die Sorge des Landes geht, nicht beginnen, ohne an den Ernst der Stunde zu erinnern, der die ganze Bevölkerung des Landes angesichts der Ereignisse in Polen erfüllt. Es wird daher vor Beginn der Spezialdebatte des Landesvoranschlages eine gemeinsame Erklärung der drei im Landtag vertretenen politischen Parteien zur Lage in Polen abgegeben werden.

Die Tagesordnung zur heutigen Sitzung ist Ihnen zugegangen.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 60/1, der Abgeordneten Schrammel, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Lind, Dipl.-Ing. Schaller und Harmtodt, betreffend die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für die Region Fürstenfeld;

den Antrag, Einl.-Zahl 61/1, der Abgeordneten Schrammel, Schützenhöfer, Prof. Dr. Eichinger und Lind, betreffend eine Solidaritätshilfe von 1 Milliarde Schilling des ÖGB für Ersatzarbeitsplätze und die teilweise Finanzierung der Pendlerbeihilfe;

den Antrag, Einl.-Zahl 62/1, der Abgeordneten Klasnic, Schrammel, Kröll und Lind, betreffend Weiterbezahlung von Familienbeihilfen;

den Antrag, Einl.-Zahl 63/1, der Abgeordneten Kollmann, Kanduth, Ritzinger, Kröll und Grillitsch, betreffend den Bau einer Autobahnauffahrt im Bereich des Autobahn Bundesstraßenknotens in St. Michael i. O.;

den Antrag, Einl.-Zahl 64/1, der Abgeordneten DDr. Stepantschitz, Kanduth, Pörtl, Ritzinger und Stopfacher, betreffend Betreuung der Alkoholkranken;

den Antrag, Einl.-Zahl 65/1, der Abgeordneten Pinegger, Feldgrill, Aichhofer, Klasnic und Ing. Stoiser, betreffend die Schaffung eines regionalen Erholungsgebietes im Raum Köflach–Maria Lankowitz mit überregionalen Zielsetzungen;

den Antrag, Einl.-Zahl 66/1, der Abgeordneten Karner, Sponer, Hammer, Kirner und Genossen, betreffend die Förderung der verstaatlichten Industrie und der Großbetriebe im Land Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 67/1, der Abgeordneten Dr. Horvatek, Kohlhammer, Dr. Wabl, Erhart und Genossen, betreffend die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben;

den Antrag, Einl.-Zahl 68/1, der Abgeordneten Loidl, Ofner, Tschernitz, Kohlhammer und Genossen, betreffend die kritische Lage der steirischen Bauwirtschaft;

den Antrag, Einl.-Zahl 69/1, der Abgeordneten Karner, Loidl, Ileschitz, Premberger und Genossen, betreffend die Überprüfung der Einhaltung der den geförderten Unternehmungen anlässlich der Gewährung einer Wirtschaftsförderung des Landes vorgeschriebenen Bedingungen;

den Antrag, Einl.-Zahl 70/1, der Abgeordneten Prutsch, Loidl, Sponer, Freitag, Karner, Kohlhammer und Genossen, betreffend den Ausbau des Nahverkehrs in der Steiermark und Schaffung eines Verkehrsverbundes;

den Antrag, Einl.-Zahl 71/1, der Abgeordneten Hammer, Brandl, Sponer, Kohlhammer, Tschernitz und Genossen, betreffend Erlassung eines Fremdenverkehrs- und eines Fremdenverkehrsförderungsgesetzes sowie die Vorlage eines Berichtes über die Grundsätze zur Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft;

den Antrag, Einl.-Zahl 72/1, der Abgeordneten Kohlhammer, Premberger, Halper, Hammer und Genossen, betreffend die Errichtung eines Berufsausbildungsfonds zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung;

den Antrag, Einl.-Zahl 73/1, der Abgeordneten Ofner, Zdarsky, Meyer, Loidl und Genossen, betreffend die Vergabe der Verträge im Schülergelegenheitsverkehr sowie eine bessere Kontrolle der Schülertransporte;

dem Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 75/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht für das Geschäftsjahr 1980;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 77/1, betreffend Errichtung einer „Geschützten Werkstätte“ in Graz durch die „Geschützte Werkstätte Steiermark Ges. m. b. H.“ und diesbezügliche Kostenbeitragsübernahme des Landes Steiermark in der Höhe von 15 Millionen Schilling, aufgeteilt in vier Jahresraten, ab dem Jahr 1983, in der jeweiligen Höhe von 3,75 Millionen Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 79/1, über den Stand und die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark (Landes-Wohnbauförderungsgesetz 1974) im Jahr 1980;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 80/1, betreffend Straßenwärterhaus Fröschnitz Nr. 14 (EZ. 30, KG. Fröschnitz, Gerichtsbezirk Mürzzuschlag). Verkauf an Robert und Frieda Spreitzhofer, Landwirte, Fröschnitz 15, 8685 Steinhaus am Semmering, zu einem Kaufpreis von 200.000 Schilling;

dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 74/1, Beilage Nr. 8, Gesetz, mit dem die Gemeindeordnung 1967 geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1981);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 82/1, über den Rechenschaftsbericht der Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das Jahr 1980;

dem Kontroll-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81/1, betreffend die Genehmigung der Rechnungsabschlüsse des Landes Steiermark für die Rechnungsjahre 1977 und 1978 sowie den Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Gebarungsprüfung;

dem Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 83/1, zum Beschluß Nr. 323 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Dezember 1980 aus der IX. Gesetzgebungsperiode, betreffend die Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, dem Steiermärkischen Landtag alljährlich einen Bericht über die Entwicklung von Alternativenenergien und der Förderung von derartigen Projekten und gleichzeitig einen Bericht über Maßnahmen zur Förderung des Energiesparegedankens vorzulegen.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Eingebracht wurden heute folgende Anträge, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Trampusch, Loidl, Ofner, Erhart und Genossen, betreffend die Verpflichtung zur Erstellung von kommunalen, regionalen und landesweiten Energieplänen im Rahmen des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Halper, Kohlhammer, Rainer und Genossen, betreffend den Vorrang der Fernwärme in der Energieversorgung für die Objektbeheizung, insbesondere bei der Anwendung von Kraft-Wärme-Kupplungen;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Halper, Preamberger, Karrer und Genossen, betreffend die Wiederverwertung von Rohstoffen;

Antrag der Abgeordneten Tschernitz, Erhart, Halper, Kirner, Karrer, Preamberger und Genossen, betreffend die Abwärmeverwertung von Industrie und Gewerbe;

Antrag der Abgeordneten Loidl, Ofner, Dr. Wahl, Meyer und Genossen, betreffend die Förderung des Energiesparens durch die individuelle Heizkostenabrechnung;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Sponer, Karrer, Dr. Wahl und Genossen, betreffend die Erlassung eines Feuerpolizeigesetzes;

Antrag der Abgeordneten Halper, Pleschitz, Preamberger, Kohlhammer und Genossen, betreffend die Errichtung eines Zubringers aus dem Zentralraum Voitsberg–Köflach–Bärnbach zur Südautobahn A 2;

Antrag der Abgeordneten Ofner, Meyer, Zdarsky, Freitag und Genossen, betreffend eine gerechtere Zuteilung der Kindergartenbeihilfen;

Antrag der Abgeordneten Sponer, Ofner, Brandl, Freitag und Genossen, betreffend die Ausbezahlung der Kindergartenbeihilfen an die Kindergartenerhalter;

Antrag der Abgeordneten Zdarsky, Meyer, Sponer, Erhart und Genossen, betreffend die Berücksichtigung von Dialysepatienten bei der Einstellung auf geschützten Arbeitsplätzen;

Antrag der Abgeordneten Ing. Turek und Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend Übernahme der Gemeindestraße von Arzberg nach Plenzengreith als Landesstraße.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gebe ich dem Hohen Haus bekannt, daß bei der Behandlung des Landesvoranschlages, Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/1, im Einvernehmen mit den Obmännern der drei im Landtag vertretenen Parteien eine Umstellung in der Reihenfolge dahingehend erfolgen soll, daß die Gruppen 8 bis 0 und anschließend die Gruppe 9 behandelt werden.

Gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages frage ich Sie, ob Sie mit dieser Umstellung einverstanden sind.

Die Umstellung der Reihenfolge ist angenommen.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

### **1. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 55/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Grillitsch:** Verehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 17 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes 1976, LGBl. Nr. 37, vom 21. April 1976, hat die Landesregierung jährlich einen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu erstatten. Dieser Bericht hat auch eine Zusammenstellung aller auf Grund dieses Gesetzes durchgeführten Förderungsmaßnahmen zu enthalten.

In der Sitzung der paritätisch zusammengesetzten Kommission für die Mitwirkung bei der Erstellung des „Grünen Berichtes“ vom 22. September 1981 wurde der Entwurf dieses Berichtes einstimmig angenommen.

Dieser Bericht beschreibt im Kapitel zwei die gesamtwirtschaftliche Situation Österreichs und der Steiermark, im Kapitel drei die Lage der österreichischen Land- und Forstwirtschaft insgesamt, im Kapitel vier die agrarstrukturelle Entwicklung der steirischen Land- und Forstwirtschaft sowie das agrarische Schul- und Ausbildungswesen in der Steiermark, im Kapitel fünf die Produktionsverhältnisse und die Leistung der steirischen Agrarwirtschaft, im Kapitel sechs die wirtschaftliche und soziale Lage der heimischen Land- und Forstwirtschaft, wobei insbesondere eine differenzierte Einkommensdarstellung nach Produktionsgebieten und Betriebsgrößen sowie ein anschaulicher außerlandwirtschaftlicher Einkommensvergleich gegeben wird, im Kapitel sieben die enormen Anstrengungen des Landes in der vielfältigen agrarischen Förderungs- politik, im Kapitel acht unter den „Speziellen Empfehlungen“ einige derzeit besonders vordringliche agrarischen Förderungsmaßnahmen.

Die Vorlage wurde im Landwirtschafts-Ausschuß einstimmig angenommen, und ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört, wer ihm zustimmt, möge ein Händezichen geben.

Der Antrag ist angenommen.

### **2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 43/1, betreffend Verkauf der Grundstücke Nr. 414/2 Wald und Nr. 107 Baufläche (EZ. 130, KG. Weighof, Gerichtsbezirk Birkfeld) im Gesamtausmaß von 10.194 Quadratmetern an Karlheinz Mauerhofer, Rechtspfleger, Gscheid 148, 8190 Birkfeld, zu einem Kaufpreis von 87.981 Schilling.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Günther Horvatek. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Horvatek:** Hohes Haus!

Die Vorlage betrifft Liegenschaften im Gesamtausmaß von 10.194 Quadratmetern, die einen bereits verfallenen Sprengmittelbunker darstellen und für Landeszwecke nicht mehr geeignet sind und auch nicht

mehr benötigt werden. Der Rechtspfleger Karlheinz Mauerhofer aus Gschaid bei Birkfeld ist am Erwerb dieser Liegenschaft interessiert und bietet den Schätzwert von 87.981 Schilling. Der Kaufpreis ist binnen zwei Wochen nach beiderseitiger Unterfertigung des Kaufvertrages zu erlegen.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, den Verkauf der genannten Liegenschaften um den erwähnten Preis an Karlheinz Mauerhofer zu genehmigen.

**Präsident:** Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge ein Händenzeichen geben.

Danke, der Antrag ist angenommen.

**3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 44/1, betreffend den Abverkauf eines landeseigenen, zum Gutsbestand der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Grabnerhof gehörigen Grundstückes im Ausmaß von zirka 2500 Quadratmetern zu einem Quadratmeterpreis von 180 Schilling an die Firma Metall- und Stahlbau Weng, Hitzel, Wesiak KG, 8911 Admont.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kanduth:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Regierungsvorlage 44/1 betrifft den Abverkauf des landeseigenen Grundstückes, das zur Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Grabnerhof gehört, an die Firma Metall- und Stahlbau Weng, Hitzel, Wesiak KG, 8911 Admont. Es geht um ein Grundstück im Ausmaß von rund 2500 Quadratmetern zu einem Preis von 180 Schilling pro Quadratmeter. Dieses Grundstück ist für eine Betriebserweiterung ausersehen.

Ich bitte daher um Annahme dieser Vorlage.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört, wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen.

Der Antrag ist angenommen.

**4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 46/1, Beilage Nr. 4, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.**

Herr Abgeordneter Hans Brandl ist Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Herr Präsident, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Mit diesem Gesetz wird die Steiermärkische Landesregierung zur Finanzierung von Investitionsvorhaben und Investitionsförderungsmaßnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Landeshaushaltes 1982 ermächtigt, Anleihen bis zum Gegenwert von insgesamt 900 Millionen Schilling auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt gegen Ausgabe von festverzinslichen Teilschuldverschreibungen zu den im Paragraph zwei genannten Bedingungen aufzunehmen.

Der Paragraph zwei lautet: Die Anleihen sind mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren auszustatten und können in Teilen aufgenommen sowie in Tranchen

aufgeteilt werden. Für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen haftet das Land Steiermark mit seinem gesamten Vermögen und allen seinen Rechten.

Ich bitte um Annahme dieses Gesetzes.

**Präsident:** Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich Sie um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist angenommen.

**5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 47/1, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 1515, KG. Fürstenfeld, Gerichtsbezirk Fürstenfeld, mit dem Wohnhaus Fürstenfeld, Dreikreuzweg 19, von Frau Ingrid Prasch, wohnhaft wie oben.**

Herr Abgeordneter Dr. Günther Horvatek ist Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Horvatek:** Hohes Haus!

In dieser Vorlage wird ausgeführt, daß Frau Ingrid Prasch, die mit insgesamt neun weiteren Personen das Haus Dreikreuzweg 19 in Fürstenfeld bewohnt, schon im Juli des Vorjahres um Unterstützung und Hilfe in besonderen Lebenslagen im Sinne des Paragraph 15 des Sozialhilfegesetzes ersucht hat. Frau Prasch hat die mit rund 200.000 Schilling belastete Liegenschaft von ihrer Mutter, die im August 1979 verstorben ist, geerbt. Der Nachlaß konnte jedoch nicht eingantwortet werden, weil das zuständige Finanzamt die Unbedenklichkeitsbescheinigung nicht ausstellt. Da Frau Prasch keine Rückzahlungen leistet, wurde über Antrag der Güssinger Spar- und Kreditbank AG. die Zwangsversteigerung der Liegenschaft bewilligt. Die Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld befürwortet eine Förderung aus Sozialhilfemitteln, da es aussichtslos erscheint, für die aus zehn Personen bestehende Familie eine Ersatzunterkunft zu finden, wenn das Haus versteigert werden sollte. Sie schlägt vor, daß die Liegenschaft vor der Versteigerung vom Land gemeinsam mit dem Sozialhilfverband Fürstenfeld in einem Verhältnis von drei zu eins erworben werden sollte. Aus Mitteln des Landes für die Beschaffung beziehungsweise Erhaltung von Wohnraum sind für den Kaufpreis 232.000 Schilling aufzubringen. Der Gesamtaufwand aus Sozialhilfemitteln beträgt 341.000 Schilling. Die Familie Prasch soll nach dem Erwerb der Liegenschaft gegen Entrichtung einer angemessenen Benützungsschädigung in diesem Haus wohnen bleiben.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, daß der Ankauf der erwähnten Liegenschaft mit dem Wohnhaus Fürstenfeld, Dreikreuzweg 19, von Frau Prasch zu einem Kaufpreis von 310.000 Schilling samt Nebengebühren im Verhältnis drei Viertel Land Steiermark und ein Viertel Sozialhilfverband Fürstenfeld genehmigt wird.

**Präsident:** Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

**6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 48/1, betreffend den Ankauf eines Areals, bestehend aus den Grundstücken Nr. 50/4, 832/4 und 832/7, alle KG. Rottenmann, im Gesamtausmaß von 6892 Quadratmetern.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Erich Tschernitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tschernitz:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage betrifft den Ankauf eines Areals der Katastralgemeinde Rottenmann, bestehend aus drei Grundstücken mit den Zahlen 50/4, 832/4 und 832/7, im derzeitigen Besitz der Volksbank Rottenmann in einem Gesamtausmaß von 6892 Quadratmetern mit einem Kaufpreis von 4.180.402 Schilling. Es ist unbedingt erforderlich, diese drei Grundstücke anzukaufen, weil vor allen Dingen durch den Ausbau des Landeskrankenhauses Rottenmann durch zusätzliche Abteilungen der Gynäkologie und der Geburtshilfe für das Personal und auch für die Besucher mehrere Parkplätze vorgeschrieben sind. Hier bietet sich dieses Grundstück bestens an, und der Besitzer dieses Grundstückes hatte sich verpflichtet, mit August 1981 dieses Grundstück bis auf eine Baulichkeit, in der sich zur Zeit noch ein Produktionsbetrieb befindet, zu übergeben und bis spätestens Ende 1983 auch diese Baulichkeit, die auf diesem Grundstück steht, abzutragen. Danach bestünde der Vorteil, daß dieses Areal zum überwiegenden Teil bereits in diesem Jahr provisorisch zu Parkzwecken benützt werden könnte.

Ich stelle daher den Antrag, daß der Landtag diese Vorlage beschließen möge.

**Präsident:** Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge ein Händenzeichen geben.

Danke, der Antrag ist angenommen.

**7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 52/1, betreffend die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1981.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Brandl:** Herr Präsident, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gesamtsumme der über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1981 gegenüber dem Landesvoranschlag beträgt die beachtliche Summe von rund einer halben Milliarde Schilling, ganz genau 511.390.743,15 Schilling. Die Verteilung im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt bei dieser Ausgabenübersteigerung beträgt rund die Hälfte. Die Bedeckung erfolgt im ordentlichen Haushalt durch Bindung von Ausgabeneinsparungen, Entnahme aus der Investitionsrücklage, Aufnahme von Darlehen und Aufnahme einer inneren Anleihe. Im außerordentlichen Haushalt durch Aufnahme von Darlehen, zusätzliche Umwidmungen, Zuführungen und Entnahme aus der Investitionsrücklage. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Regierungsvorlage.

**Präsident:** Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters nachkommen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

**8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 53/1, betreffend Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag, Erwerb des Grundstückanteiles der Volksbank Mürzzuschlag zu einem Preis von 1,3 Millionen Schilling.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Karrer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Karrer:** Hohes Haus!

Die Vorlage befaßt sich, wie schon erwähnt, mit dem Erwerb des Grundstückanteiles für die Errichtung der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag, der Volksbank, vom Herrn Rechtsanwalt Dr. Kummer und den Ehegatten Schubert. Es ist zehn Jahre her, als mit dieser Problematik und den Grundstückserwerben Möglichkeiten erarbeitet worden sind. Nach Fertigstellung der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag, wo die Volksbank seinerzeit eine Unterkunft angestrebt hat, hat sich nun ergeben, daß hier auf Grund der geänderten Geschäftspolitik Verzicht geleistet wurde. Das hat wieder bedingt, daß nun dem Erwerb durch das Land Steiermark für die Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag kein Hindernis mehr im Wege steht, wohl aber muß mit den betroffenen Anteilsbesitzern gesprochen beziehungsweise verhandelt werden, damit die finanzielle Basis gefunden wird. Diese wurde insofern gefunden, daß auf Grund der Indexberechnung aus der Zeit nun ein Kaufpreis nach verschiedenen Überlegungen von 1,2 Millionen Schilling aufscheint, und daher darf ich gemäß dem Beschluß der Landesregierung den Antrag stellen, diese Vorlage zu diesem Kaufpreis zu genehmigen.

**Präsident:** Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge ein Händenzeichen geben.

Danke, der Antrag ist angenommen.

**9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 54/1, betreffend den Ankauf der Liegenschaft EZ. 2094, 2100, 1229 und 1422, je KG. Fürstenfeld, GB. Fürstenfeld, im Flächenausmaß von 15.406 m<sup>2</sup> mit darauf befindlichen Baulichkeiten aus der Konkursmasse der Maschinenfabrik E. Weichel um einen Kaufpreis inklusive Nebengebühren von 7.480.000 Schilling.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Trampusch:** Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dieser Vorlage liegt der Ankauf der Liegenschaft EZ. 2094, 2110, 1229 und 1422, alle KG. Fürstenfeld, im Flächenausmaß von 15.406 m<sup>2</sup> mit den darauf befindlichen Baulichkeiten aus der Konkursmasse der Maschinenfabrik Ernst Weichel Ges. m. b. H. & Co. zugrunde. Laut Gutachten des Amtssachverständigen der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung vom 24. Februar 1981 beträgt der Verkehrswert der Gesamtliegenschaft 12.257.138,75 Schilling. Die Betriebs-

grundstücke und die Werkshallen wären nach dem Gutachten des Amtssachverständigen für Betriebsansiedlungen im Raum Fürstenfeld besonders gut geeignet. Vom Land Steiermark wurde die Liegenschaft am 29. Oktober 1981 ersteigert.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt, und ich stelle daher in seinem Namen den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der käufliche Erwerb der Liegenschaften EZ. 2094, 2110, 1229 und 1422, je KG. Fürstenfeld, GB. Fürstenfeld, im Flächenausmaß von 15.406 m<sup>2</sup> mit darauf befindlichen Baulichkeiten aus der Konkursmasse der Maschinenfabrik E. Weichel um einen Kaufpreis von 6.800.000 Schilling zuzüglich zehn Prozent Grunderwerbsnebenkosten, somit insgesamt 7.480.000 Schilling, durch das Land Steiermark wird genehmigt. Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig angenommen, ich bitte daher um Ihre Zustimmung.

**Präsident:** Wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

**10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 45/1, betreffend den Landesvoranschlag 1982, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.**

Hauptberichtersteller ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl, dem ich das Wort erteile und ihn frage, ob er den Antrag stellt, die Beratung über den Landesvoranschlag in eine Generaldebatte und in eine Spezialdebatte zu teilen.

**Abg. Brandl:** Herr Präsident, ich stelle diesen Antrag.

**Präsident:** Sie haben diesen Antrag gehört. Wer damit einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Der Antrag ist angenommen. Ich erteile dem Herrn Hauptberichtersteller, Herrn Abgeordneten Hans Brandl, das Wort zur Eröffnung der Generaldebatte.

**Abg. Brandl:** Herr Präsident, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Dezember gantztägig diese Regierungsvorlage, den dazugehörigen Landesvoranschlag 1982, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan beraten und einstimmig genehmigt. In der Sitzung des Finanz-Ausschusses wurden von den Fraktionen insgesamt zu den einzelnen Budgetgruppen 20 Resolutionsanträge eingebracht, von denen elf Resolutionsanträge die erforderliche Mehrheit gefunden haben.

Im Namen des Finanz-Ausschusses darf ich nun folgenden Antrag stellen:

Der Voranschlag des Landes Steiermark für das Jahr 1982 wird mit folgenden Schlußsummen genehmigt:

Ordentlicher Haushalt: Ausgaben 19.050.230.000 Schilling, Einnahmen 18.260.230.000 Schilling. Gebearungsabgang des ordentlichen Haushaltes 790 Millionen Schilling. Dieser Gebearungsabgang ist durch Darlehensaufnahmen, die im Unterabschnitt 982 Haushaltsausgleich durch Kreditoperationen zu vereinnahmen sind, auszugleichen.

Außerordentlicher Haushalt: insgesamt 570 Millionen Schilling. Von diesen entfallen auf das Normalprogramm 265.638.000 Schilling und auf das Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm 304.362.000 Schilling. Die Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes hat nach Punkt 8 zu erfolgen, der wie folgt lautet: Die Landesregierung wird ermächtigt, zur Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes 1982 Anleihen und Darlehen bis zur Höhe des veranschlagten Gesamterfordernisses aufzunehmen beziehungsweise sonstige Kreditoperationen einzuleiten. Das dafür notwendige Gesetz haben wir vor wenigen Minuten beschlossen. In den Punkten 2 bis 16 sind die erforderlichen Bedingungen und Festlegungen getroffen, unter denen der Haushaltsvoranschlag 1982 abzuwickeln ist.

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Regierungsvorlage, über die ich berichtet habe, nach der Spezialdebatte zur Abstimmung zu bringen und bitte um die Annahme.

**Präsident:** Die Damen und Herren, die dem Schlußantrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Danke, der Antrag ist angenommen. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Schilcher das Wort zur Generaldebatte.

**Abg. Dr. Schilcher:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wer heute in der Früh die Zeitungen aufgeschlagen hat, wird vielleicht meine Meinung teilen, wie relativ doch unsere Sorgen und Probleme sind. Während wir uns hier in einer gut geheizten Landstube, der eine oder andere von uns vielleicht schon in Gedanken bei Frau und Kind im Weihnachtsurlaub, über den angespannten Arbeitsmarkt und einige gekürzte Budgetmillionen Sorgen machen, gehen wenige hundert Kilometer von uns Tausende Menschen ins Gefängnis, weil sie ein Stück Freiheit gewollt haben, und das übrige Volk geht in einen kalten, unsicheren Winter ohne ausreichende Lebensmittelversorgung, ohne ausreichende Energie. Und sie alle gehen mit dem bitteren Gefühl, daß das kaum erst keimende Pflänzchen bürgerliche Freiheit so oder so demnächst ausgetreten werden kann. Ich glaube, daß diese Polen, deren Mut ungebrochen ist, weil er in einem alten Glauben wurzelt, dieses Volk und seine kämpferische Gewerkschaft unsere ungeteilte Hochachtung, unsere Solidarität und unser tiefes Mitgefühl verdienen.

Viele Organisationen in der Steiermark haben Spendenaktionen durchgeführt. Landeshauptmann Dr. Krainer hat am Montag eine Spendenaktion der Steiermärkischen Landesregierung initiiert, die in erster Linie den Kindern in Polen zugute kommt. Aber nun zum Budget selbst.

Meine Damen und Herren, der Herr Landesfinanzreferent hat den Regierungsentwurf für das Budget 1982 am 1. Dezember 1981 eingebracht. Die Abgeordneten hatten schon 14 Tage Zeit, sich mit dem sehr umfangreichen Zahlenmaterial zu befassen. Wir werden jetzt drei Tage lang intensiv darüber reden und das Budget voraussichtlich am 18. Dezember 1981 einvernehmlich beschließen. Damit ist die finanzielle Basis der Arbeit im Land für das nächste Jahr gesichert. Gleichzeitig, meine Damen und Herren, ist ein Versprechen erfüllt,

das Landeshauptmann Dr. Krainer den Steirerinnen und Steirern im Sommer dieses Jahres gegeben hat, nämlich, daß durch die Vorverlegung der Landtagswahl kein einziger Arbeitstag verloren geht. So ist das auch geschehen.

Was noch entscheidender ist: Das Budget 1982 wurde auf diese Weise kein Vorwahlbudget mit „explorierender Innentendenz“, wie es zu befürchten war, sondern im Geiste der Entspannung – und hier sitzen ja fast lauter Sieger – ein Zahlenwerk der politischen Vernunft, ein weiteres Konsolidierungsbudget, dessen Bedeutung über einen Jahresvoranschlag hinausgeht. Es hat die bereits im Vorjahr begonnene schwierige Stabilisierung des Defizites und der Neuverschuldung erfolgreich fortgesetzt und damit eine Politik bekräftigt, die zwei Zielen absoluten Vorrang einräumt.

Erstens dem gemeinsamen Kampf – ich betone das Wort Kampf – um jeden Arbeitsplatz in diesem Land und

zweitens der Wiedergewinnung der politischen Handlungsfähigkeit und des politischen Handlungsspielraumes in einer Zeit der Sachzwänge und der zunehmenden Erstarrung des öffentlichen Lebens. Lassen Sie mich das kurz erläutern.

Ich habe bewußt von einem Konsolidierungsbudget gesprochen und nicht von einem Sparbudget. Der Ausdruck Sparbudget trifft nämlich nur die halbe Wahrheit und ist zudem leider politisch abgenutzt, ja mißbraucht worden. Zuallererst von der Deutschen Bundesregierung. Sie hat dem Bundestag unter dramatischen Umständen, die bis hin zur Zerreißprobe der kleinen Koalition und der SPD selbst gerieten, ein an und für sich gut gemeintes Sparkonzept vorgelegt. Dieses hatte nur zwei Fehler:

Der eine ist seine hochgradige ideologische Aufladung. Das deutsche Budget ist ein Budget des ökonomischen Glaubenskrieges. Nach einer langen Periode des Geldausgebens mit leichter und leichtester Hand wird abrupt auf die budgetäre Bremse getreten, mit allen Folgen solcher Manöver. Die Fahrgäste im deutschen Wirtschaftswunderautobus, soeben noch auf rasanter Überholfahrt begriffen, werden durch die scharfe Bremsung so deftig durcheinandergeschüttelt, daß sie quer durch alle Parteilager purzeln und so mancher Bundesbürger, grün im Gesicht und vielleicht auch im Herzen, beschließt, aus dem Bus auszusteigen. (Das ist keine endgültige Erklärung der grünen Bewegung und der Aussteiger.) Und das ist nun schon der zweite Fehler. Die Sparwirkung des deutschen Budgets trifft aller Voraussicht nach die Kleinen und die sozial Schwachen. Denn gespart wird primär – und das ist eben Ideologie – bei der Wirtschaftsförderung und bei den Sozialleistungen. Der Arbeitsminister allein muß 6 Milliarden D-Mark auf den Opferaltar des Sparens legen. Schon erheblich weniger gespart wird bei den Betriebsausgaben des Staates selbst, sieht man einmal von dem xten Versuch des Privilegienabbaues im Rahmen der Beamenschaft ab. Damit riecht aber das deutsche Budget nach verstaatlichtem Florianiprinzip: Sparen ja, aber nicht bei uns, sondern beim Bürger Maier. Zu mehr konnte sich die kleine Koalition offenbar nicht aufraffen. Solche Koalitionen erweisen sich eben doch als Schönwetterehen, die beim ersten scharfen Lüftchen an politischer Influenza und Unpäßlichkeit zu leiden beginnen.

Die Österreichische Bundesregierung braucht für solche Leiden erst gar keine Koalition. Sie leidet in sich. Denn hier besorgt der Herr Dallinger das ideologische Wortgeklirre, und der Herr Sekanina übernimmt bereitwillig die Rolle des Wirtschaftsrealisten, der seinen Konkurrenten um die Benya-Nachfolge nach den Gesetzen des freien Falles auf die Erde zurückholt, und zwar ohne Sprungtuch.

Währenddessen tritt der österreichische Finanzminister aufs Gaspedal, das heißt, die Österreichische Bundesregierung schockt ihre Bürger nicht durch abruptes Abbremsen, sondern durch einen budgetären Kavaliertart: Ein Budget mit einem Defizit, das gegenüber dem Vorjahr um fast 20 Prozent höher liegt und im Grundbudget allein 60 Milliarden Schilling ausmacht, ein solches Budget betreibt unter dem Titel „sparen“ offenkundigen Etikettenschwindel.

Wenn nun der Herr Finanzminister beteuert, daß er immerhin bei den Ressortkollegen gespart habe, so ist das – je nach Betrachtungsweise – naiv oder kokett. Denn selbst in Zeiten der Hochkonjunktur hat es keinen einzigen Finanzminister der Republik gegeben – welcher Couleur auch immer –, der die Traumziffern seiner Kollegen nicht kräftig herabgestrichen hätte, ohne jemals von einem Sparbudget zu reden. Denn dort unter den Regierungskollegen herrscht bekanntlich das orientalische Basarprinzip: Fordere hundert, weiß aber, daß ich mit fünfzig auch noch ein Geschäft mache.

Auch der Herr Landesfinanzreferent stand heuer vor Ressortwünschen von insgesamt 20,8 Milliarden Schilling. Das hätte ein Rekorddefizit von 2,5 Milliarden Schilling bedeutet. Er selbst hat dann – ohne auf die Idee zu verfallen, von einem Sparbudget zu reden – einen Entwurf vorgelegt, der insgesamt immer noch einen Abgang von nahezu 1,8 Milliarden Schilling aufwies. Davon 1172 Millionen Schilling im ordentlichen und 591 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt.

Hier, meine Damen und Herren, setzt nun das ein, was ich mit Konsolidierung oder mit beginnender Konzentration der Budgetmittel bezeichnen möchte. In mehrtägigen, intensiven, zum Teil durchaus harten, aber immer – das möchte ich auch betonen – guten Verhandlungen wurde das Defizit einvernehmlich im ordentlichen Haushalt um 300 Millionen Schilling und im außerordentlichen Haushalt um 21 Millionen Schilling gekürzt. Diese Beträge sind nun schon, glaube ich, der absoluten Größenordnung nach beachtlich. Denn auf diese Weise konnte die bereits im Vorjahr erstmals begonnene Stabilisierung der Neuverschuldung fortgesetzt werden. Ich darf Ihnen dazu drei Zahlen sagen: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sinkt die Neuverschuldung durch dieses Budget 1982 im Jahre 1980 von 0,5 Prozent auf 0,4 Prozent 1981 und auf 0,3 Prozent 1982. Ich meine, daß man hier schon von so etwas wie einer Weichenstellung in der Budgetpolitik sprechen kann.

Dennoch sind natürlich die Altschulden mit 7 Milliarden Schilling, das sind bereits 38 Prozent der Einnahmen, äußerst hoch. Noch schlechter, aber das soll uns kein Trost sein, ist nur der Bund dran. Sein Schuldenberg ist mittlerweile auf 332 Milliarden Schilling oder 104 Prozent der Einnahmen gewachsen. Dadurch muß der Bund bereits nahezu 95 Prozent seiner Neuver-

schuldung für die Tilgung seiner Altschulden aufwenden. Im täglichen Sprachgebrauch würden wir dazu sagen: eine Locherl-auf-Locherl-zu-Politik.

Fast noch wichtiger als die Höhe der Kürzung ist im steirischen Budget meines Erachtens die Struktur der Kürzungen. Stark gekürzt wurde im ordentlichen Haushalt, also vor allem bei den Betriebsausgaben für das Land selbst, nicht, beziehungsweise weit weniger bei den Investitionen, insbesondere bei diesen für arbeitsplatzsichernde und strukturfördernde Maßnahmen, wie das Kollege Loidl unlängst auch gefordert hat. Es steigt also der Anteil der Förderungs Ausgaben gegenüber 1981 um fast eine halbe Milliarde Schilling, das sind nahezu zehn Prozent. Das ist, glaube ich, eine ganz bedeutsame Umschichtung.

Auf Wunsch von Landeshauptmann Krainer wurde in das Budget 1982 ein eigenes Arbeitsplatz- und Strukturförderungsbudget in der Höhe von 304 Millionen Schilling, dies gerechnet ohne Haftungen und ohne Beteiligungen, eingebaut. Darin sind die Mittel für die Verstaatlichte, für Pöls, die Hunderttausendschillingaktion für die Arbeitsplatzsicherung, die Mittel für die Handels- und Gewerbeförderung und für das Grenzlandprogramm enthalten.

Wir haben, meine Damen und Herren, im Jahre 1981 aus dem Budget 100 Millionen Schilling für die VEW gegeben, und wir werden 1982 noch einmal 100 Millionen Schilling geben. Das ist ein Betrag in einer Höhe, den noch kein einziges Bundesland in einem solchen Zeitraum aus Budgetmitteln für die verstaatlichte Industrie aufgewendet hat. Insgesamt sind in den letzten Jahren 480 Millionen Schilling in die Betriebe der Verstaatlichten gegangen. Wir tun das aus voller Überzeugung, auch und gerade in einer Zeit, in der es in der Verstaatlichten immer schwieriger wird, Arbeitsplätze zu halten. Immerhin haben wir in den letzten zehn Jahren bereits 4000 Arbeitsplätze verloren. Bei Donawitz droht uns, wie wir wissen, ein weiterer Verlust. Das ist schlimm genug, schlimm vor allem für den einzelnen Arbeiter am Hochofen, im Walzwerk und wo immer, der schon gar nichts dafür kann, daß ein so altehrwürdiges, bekanntes und renommiertes Werk wie die Alpine Donawitz, das unter seinen Gründern immerhin auch den Erzherzog Johann weiß, in Schwierigkeiten geraten ist. Wir werden, meine Damen und Herren, ohne Ansehung der Person helfen, solange wir irgendwie helfen können.

Es ist der hartnäckigen Konsequenz Landeshauptmann Krainers zu danken, der seit einem Jahr landauf, landab predigt keine Kündigung ohne Ersatzarbeitsplatz und - ich gebe das ohne weiteres zu - auch der Einsicht der Generaldirektion in Linz, daß wir den Hoffnungsschimmer des Ami-Werkes am Weihnachtshorizont leuchten sehen. Das könnte nun tatsächlich heißen, wenn dieser Vertrag und diese Ansiedlung zustande kommen, 2000 Arbeitsplätze mehr. Eine gute Nachricht unter den vielen weniger guten Nachrichten ist es aber auch, daß die Elin die nötige 500-Millionen-Spritze erhalten hat, um das Klimatechnik-Abenteuer zu verkraften, und daß der Vertrag zwischen Puch und VW so gut wie unterschriftsreif ist. Auch hier können wir, vor allem die Landeshauptstadt Graz, von einer großen Sorge befreit werden.

Man wirft uns bisweilen vor, daß wir so viele Mittel, so gewaltige im Verhältnis zu unserem Budget, für die

Großbetriebe in der Verstaatlichten einsetzen und daß diese Mittel anderen Betrieben fehlen. Nun, abgesehen davon, daß der einzelne Arbeiter ganz gleich „groß“ ist, egal, wo er beschäftigt ist, in einem Großbetrieb oder in einem kleinen, wissen wir doch auch, daß jede Kündigung in der Verstaatlichten eine verheerende Kaskadenwirkung hat. Ein verlorener Arbeitsplatz in der verstaatlichten Industrie bedeutet fünf bis unter Umständen sogar 15 verlorene Arbeitsplätze im Gewerbe, im Handel und in den anschließenden Dienstleistungsbetrieben. Das kostet uns ungleich mehr Geld als die Hilfen, die wir jetzt anbieten. Also gibt es Gründe genug für uns, eine ernste und entschiedene Solidarität zwischen allen Arbeitnehmern in diesem Land, aber auch zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in allen Bereichen dieses Landes anzustreben. Wenn der Satz irgendwann einen tieferen Sinn gehabt hat, dann jetzt, nämlich: Wir sitzen alle im gleichen Boot.

Auch die politischen Parteien. Ich möchte hier keine großen Worte verlieren, aber die Einigung, die zwischen dem Bundeskanzler und Bundesparteiobmann Mock in der Frage der Verstaatlichten gelungen ist und die gestern im Parlament einen formellen Abschluß gefunden hat, diese Einigung darf man ruhig als ein Stück des österreichischen Modells feiern. Diese Vorgangsweise gibt uns auch Hoffnung für die Zukunft. Wie es überhaupt, glaube ich, gerade jetzt die bessere Art ist, die schmerzhaften Schrumpfung in der VEW, in der Alpine nicht auch noch mit ideologischen Scheingefechten zu verschlimmern.

Hier kann uns die Bundesrepublik wieder ein durchaus warnendes Beispiel liefern. Statt zum Beispiel in aller Stille da und dort Frührenten durchzuführen, wird zunächst einmal um den Begriff der „temporären Verkürzung der Lebensarbeitszeit“ ein heftiger Klassenkampf in teutonischer Gründlichkeit geführt. So zwischen dem Gewerkschafter Steinkühler, einem Stuttgarter Skwarza und dem Arbeitgeberpräsidenten Esser. Das Ergebnis: Beide Teile vergraben sich in ihre Prestigelöcher, und es kommt währenddessen zu massenweisen Kündigungen statt zu Pensionierungen. Das aber, meine Damen und Herren, ist die Lehre für uns, nützt niemandem, vor allem nicht den Arbeitnehmern. Sie sind nach meiner tiefen Überzeugung das ungeeignetste Kanonenfutter für ideologische Glaubenskriege.

Ich möchte diese Einsicht ausdrücklicher auf den da und dort aufflackernden Streit zwischen den Keynesianern und den Neoliberalen ausdehnen. Die letzteren behaupten auch hier in Österreich - wie Sie wissen -, daß die Zeiten des Defizitpendings endgültig vorbei sind, also die Zeiten, wo man Arbeitsplätze durch staatliche Hilfen gefördert hat. Diese Instrumente, so heißt es, wenn man bei den Marktwirtschaftlern nachliest, greifen heute nicht mehr. Das viele Geld, das da investiert werde, werde zum Fenster hinausgeschmissen, und es sei statt dessen weitaus besser, man belaste die Unternehmer weniger.

Die andere Seite, hier zum Beispiel erst jüngst der Chef des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes, raten nach wie vor zu kräftigen öffentlichen Investitionsspritzen. Wer hat recht? Wem soll man vertrauen?

Der Herr Landesfinanzreferent hat in seiner Einbegleitungsrede die Wirtschaftsheiligen unserer Zeit mit den Ärzten verglichen, die auch jedem Patienten angeblich grundsätzlich zu einem anderen Mittelchen raten. Ich glaube, der kluge Patient holt sich aus allen Ratschlägen das Beste, ohne sich mit Haut und Haar der einen oder anderen Schule der Medizin vollständig zu verschreiben.

Diese Haltung dürfte auch gegenüber den Nationalökonomern unserer Zeit ratsam sein. So steht es außer Zweifel, daß die Eigenkapitalausstattung unserer Unternehmungen völlig unzureichend geworden ist. Das trifft in der Steiermark viele Klein- und Mittelbetriebe, vor allem in der Bauwirtschaft, aber auch in der Verstaatlichten. Elin hat zum Beispiel 500 Millionen Schilling Eigenkapital, lebt aber praktisch von 7 Milliarden Schilling Fremdmitteln, was beim gegenwärtigen Zinsniveau ein durchaus unbequemes und unsicheres Leben ist.

Will man dieses ungesunde Verhältnis ändern, so muß man zunächst tatsächlich einen Belastungsstop verfügen. Das geht aber wiederum nur, wenn man in den öffentlichen Haushalten die dadurch entfallenden Mittel einspart. Also vor allem, wenn man bei den Betriebsausgaben der einzelnen Körperschaften einspart. Im übrigen glaube ich, daß man alle verfügbaren Mittel, die dadurch frei werden, auf die Investitionsseite konzentrieren muß. Denn ich halte es für wirklich falsch, ausgerechnet dann, wenn es wirtschaftlich schwieriger wird, plötzlich wieder die reine Lehre der Marktwirtschaft zu entdecken und alles vertrauensvoll in die berühmte-berühmte „unsichtbare Hand“ des Adam Smith zu legen. Diese Los-vom-Staat-Bewegung fällt von einem Extrem ins andere und schüttet das Kind mit dem Bade aus.

Berechtigt ist allerdings der Vorwurf der Neoliberalen, daß die Art des Defizitspending, die europaweit, und vor allem auch von der Österreichischen Bundesregierung, betrieben wurde, ihre Mängel hat. Es sieht bisweilen so aus, als würde sie Defizitspending sagen und schlichtes Defizitmaking betreiben, das heißt, Schulden machen ohne arbeitsplatzsichernde Wirkung.

Das gilt überall dort, wo öffentliche Mittel vergeudet werden. Prototyp – brauche ich Ihnen nicht viel zu sagen: AKH. Ich gebe aber ohne weiteres zu, daß es viele kleine AKH gibt, die in der Summe mindestens soviel verschlingen wie dieser Mustertyp einer öffentlichen Verschwendung. Daher gehört meines Erachtens die systematische, penible Verwendungskontrolle öffentlicher Mittel ganz einfach zum Instrument des Defizitspending dazu. Das, meine Damen und Herren, ist der wesentliche Grund, weshalb Landeshauptmann Dr. Krainer die Initiative für die Schaffung eines Landesrechnungshofes ergriffen hat, den wir nun voraussichtlich – ohne auf Wahltermine schießen zu müssen – bis zum Sommer 1982 errichten werden.

Eine solche systematische begleitende Kontrolle auf Grund klarer Kompetenzen ist einer spektakulären Einmann-Show unbedingt vorzuziehen, bei der dann der Oberkontrollor der Nation mangels irgendwelcher Kompetenzen wie ein Solotrapezkünstler im Zirkus Rastelli ohne Netz arbeiten muß.

Defizitmaking statt -spending ist es auch, wenn die falschen Projekte am falschen Ort gefördert werden. Es

ist kein Anti-Wien-Komplex, den wir haben, und auch keine Styriazentrik, wenn wir sagen, daß Milliardenprojekte, wie die Donauinsel, das Konferenzzentrum, an Orten mit Arbeitskräftemangel eine schlichte Provokation für jeden einzelnen Arbeiter in Judenburg, in Donawitz, in Fürstenfeld oder Fohnsdorf darstellen muß, der um seinen Arbeitsplatz zittert. Gar nicht zu reden von der Milliardenförderung eines Multis General Motors, ohne Rücksicht auf irgendwelche regionalen Bedürfnisse.

Im Rahmen der Steiermark haben wir uns dagegen immer um regionale Streuung und gerechten Ausgleich bemüht. Zum gerechten Ausgleich gehört, daß wir die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, wo Zehntausende in der letzten Zeit verlorengegangen sind, ohne daß darüber viel geredet wurde, sichern helfen. Wir haben daher die Grenzlandförderung vom Land aus auf 30 Millionen Schilling aufgestockt, und zwar auch ohne den Bund. Denn der Herr Landwirtschaftsminister ist immer noch nicht bereit, mitzutun.

Wir haben die 100.000-Schilling-Aktion für Arbeitsplatzsicherung gemeinsam mit dem Bund von der Obersteiermark auf den Raum Fürstenfeld ausgedehnt. Ich halte das für besonders notwendig und wichtig, denn was dort passiert ist, trifft uns alle sehr empfindlich in diesem Raum.

Genauso haben wir 1,5 Milliarden Schilling aus Landesmitteln für Bundesstraßenbau ausgegeben, um die Steiermark so rasch wie irgend möglich an den Linzer Raum über die Pyhrnautobahn, an den Wiener und niederösterreichischen Raum über die Südbahn und über die Mürz-Mur-Furche, die damit auch früher ausgebaut werden kann, zu binden. Denn diese Anbindung der Steiermark an das übrige Österreich und an die Staaten der westlichen Welt ist lebensnotwendig.

Deshalb haben wir im Landtag auch Anträge gestellt, welche die Bundesregierung auf die krasse Benachteiligung unseres Bundeslandes beim Zugverkehr hinweisen. Sie haben heute keinerlei ausreichende und befriedigende Verbindung, um in den Salzburger Raum und in den Tiroler Raum zu kommen.

Zudem werden wir uns weiter um den Ausbau des Flugverkehrs bemühen, der sowohl in der Personenbeförderung als auch im Frachtverkehr sehr zufriedenstellend verlaufen ist.

Das alles, meine Damen und Herren, kostet Geld. Der Bund ist nur bereit, selbst dort, wo er die alleinige Kompetenz hat, mit einem Schlüssel von eins zu eins einzusteigen und das, bitte sehr, bei einem Budgetverhältnis von bisher eins zu 16, das sich leider bereits in diesem Jahr auf eins zu 19, wenn nicht eins zu 20, geändert hat. Wir werden daher in Zukunft nur mittun können, wenn wir die erwähnte Weichenstellung im Budget konsequent weiterführen: sparen bei den unmittelbaren Landesbetriebsausgaben, umschichten zugunsten arbeitsplatzsichernder Investitionen.

Eines der lohnendsten Projekte in diesem Zusammenhang ist zweifellos der Wohnbau. Er bringt nicht nur den Menschen die dringend benötigte Wohnung, er hat auch einen Multiplikatoreffekt. Durch die Wohnbauförderung im Verhältnis 60 Prozent zu 30 zu zehn bedeutet jede Milliarde, die in den Wohnbau gesteckt wird, ein Bauvolumen von fast 2 Milliarden Schilling.

Einen besseren Effekt gibt es überhaupt nicht. Es ist kein Wunder, daß drei Viertel aller österreichischen Wohnungen direkt oder indirekt von den Ländern gefördert wurden. Wie uns eine Studie der Arbeiterkammer bescheinigt, hat die Steiermark auf diesem Gebiet einen sehr, sehr guten Ruf. Wir werden uns um den Ausbau dieses guten Rufes bemühen. Wichtig ist, daß wir bei diesen Investitionen alle folgekostenintensiven Projekte vermeiden müssen.

Leider haben die Länder einen weit höheren Anteil an folgekostenintensiven Projekten – denken Sie an Spitäler, denken Sie an Schulen, denken Sie an Straßen, denken Sie an Heime, alles kostet ungeheures Geld in der Folge – als der Bund. Das Verhältnis beträgt 40 Prozent solcher Investitionen beim Land, 30 Prozent beim Bund. Folgekosten sind aber eine erhebliche Belastung der Zukunft. Wir haben daher beschlossen, daß in diesem Jahr kein neues Projekt mit Folgekosten begonnen wird.

Mir ist aus diesem Grund unerklärlich, wie es zu einer Reihe von Anträgen der sozialistischen Fraktion zum Budget, aber auch im Landtag, und zu Anträgen der freiheitlichen Fraktion kommen kann, wo es heißt, bitte hier ein neues Spital, dort ein Altenpflegeheim, dort eine Übernahme einer Straße.

Meine Damen und Herren, auch wir von der Österreichischen Volkspartei können spielend innerhalb von Minuten sehr, sehr viele schöne, teure und durchaus immer wieder notwendige Projekte finden und in Form von Anträgen zum Budget formulieren. Wir können das dann leicht tun, wenn wir uns nicht darum scheren, wer unsere Projekte bezahlen soll.

Ich betone daher, daß dieser Budgetentwurf ein Entwurf aller Mitglieder der Landesregierung ist und nicht nur eines Teiles davon; und daß wir dieses Budget mit allen Mitgliedern und allen Parteien im Landtag beschließen werden und nicht nur mit einem Teil, das heißt, daß alle Damen und Herren dieses Hauses für dieses Budget Verantwortung übernehmen müssen. Ich bitte Sie daher, vor allem in der sozialistischen Fraktion, weniger den Ratschlägen eines Heinz Fischer und Dieter Strenitz zur Doppelstrategie zu folgen, sondern den einfacheren Ratschlägen der politischen Vernunft und der Fairneß.

Wenn es möglich ist, sollten Sie sich auch, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, in der Frage der Pendlerpauschale einigen. Diese auf der einen Seite vehement ins Arbeitsprogramm des Landtages hineinzureklamieren, aber dann durch den Herrn Landesfinanzreferenten mitteilen zu lassen, daß das eigentlich ein Blödsinn ist, ist zumindest eine verwirrende Strategie. Ich ersuche Sie daher, gemeinsam mit uns den Weg des Budgets 1982 zu gehen. Es ist ein Weg, der Extreme vermeidet; das Extrem des Schuldenmachens ebenso wie das Extrem einer Ideologie der Totalbremsung zu Lasten der Bürger. Dieser Weg ist aber auch wichtig für die Wiedergewinnung des politischen Handlungsspielraumes.

Meine Damen und Herren, ich habe vor mir eine Tabelle, welche das Budgetwachstum seit 1974 aufzeigt. Es ist ein Dokument der Explosionen. 1964 hatten wir einen Umfang von 1,7 Milliarden Schilling. Fünf Jahre später hat sich der Umfang mehr als verdoppelt: 3,6 Milliarden Schilling. Der große Sprung kam zwi-

schen 1969 und 1974, nämlich auf 9,1 Milliarden Schilling, das sind 150 Prozent. 1979 hatten wir 15 Milliarden Schilling, 1982 sind es knapp unter 20 Milliarden Schilling.

Hand in Hand mit diesem gigantischen Größenwachstum des Budgets wächst auch seine Erstarrung und Verpanzerung. Teilt man die Ausgaben im Budget in Pflichtausgaben, teilweise variable Ausgaben und Ermessenskredite, so bekommen Sie folgendes Bild: 1964 betrug der Anteil der Pflichtausgaben 66 Prozent, der der Ermessensausgaben 15 Prozent, dazwischen lagen die teilweise variablen. 1974 waren es 72 Prozent Pflichtausgaben und zwölf Prozent Ermessensausgaben, und heute sind es 85 Prozent Pflichtausgaben und fünf Prozent Ermessensausgaben. Das heißt, der Spielraum des Budgets beträgt fünf Prozent. Und was noch bedenklicher ist, die Tendenz ist weiter sinkend. Während nämlich das Wachstum des Budgets eher stagniert, schrumpft der Handlungsspielraum und schreitet die Verpanzerung, die Arteriosklerose, progressiv fort.

Allein in den letzten fünf Jahren stiegen die Pflichtausgaben um zehn Prozent. Was heißt denn das? Das heißt einmal sicher explodierende Personalkosten. Der Herr Landesfinanzreferent hat darauf hingewiesen, daß wir trotz einer Einsparung an Personal von einem Prozent eine Kostensteigerung von zwölf Prozent haben werden. Das ist also fast nicht in den Griff zu bekommen.

Weiters heißt das vor allem auch, daß gerade die gesetzlichen Pflichtleistungen am gewaltigsten explodieren. So haben wir bis zur Geltung des Kindergartenerziehungsgesetzes, das an sich ein wichtiges Gesetz ist, 9 Millionen Schilling für Kindergärten aufgewendet. 1974, bei Beginn des Gesetzes, waren es 45 Millionen Schilling, und heute, meine Damen und Herren, sind es 120 Millionen. Das heißt, in acht Jahren hat sich dieses Budget verdreizehntfacht. Dasselbe gilt für Spitäler, für Straßen, für Heime.

Explosives Wachstum bei gleichzeitiger Erstarrung und Verpanzerung nennt man in der Biologie das „Dinosaurier-Syndrom“. Sie wissen, daß diese urgeschichtlichen Tiere so gewaltig wuchsen und so unbeweglich wurden, daß sie an ihrer eigenen Größe zugrunde gingen. Sie sind auch bekanntlich ausgestorben. Die Dinosaurier unserer Zeit sind die Budgets der Gemeinden, der Länder, des Bundes, der großen verstaatlichten Betriebe. Hier sind wir überall an einem Punkt angelangt, wo ein Weiterfortschreiten ohne Kontrolle nicht mehr Nutzen sondern Schaden bringen kann oder Segen in Fluch gewandelt wird.

Marion Gräfin Dönhoff, die Herausgeberin der Hamburger „Zeit“, hat diese Entwicklung unlängst an Hand des Flugzeugbaues nachverfolgt. War der Übergang vom Propellerflugzeug zum Düsenjet und von diesem zum Überschallflugzeug noch sinnvoll, so hat die Concorde den bewußten Punkt überschritten. Dieser neuzeitliche Archeoptarix frißt Umengen von Energie, entwickelt einen Höllenlärm und bringt im Vergleich zu irgendeinem gewöhnlichen Überschallflugzeug wenig mehr.

Es ist einfach nachzuweisen, daß wir diesen springenden Punkt in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens überschritten haben. So war es sinnvoll, statt einklassiger Volksschulen größere Schulen zu

bauen. Die Schulzentren für 3000 Schüler mit 500 Millionen Aufwand und mehr und 50 Millionen Folgekosten im Jahr, diese Schulzentren sind pädagogische und ökonomische Concordeentwicklungen.

Es war sinnvoll, nicht nur Einfamilienhäuser zu bauen, aber die Hochhäuser in der Dimension, wie wir sie noch vor einiger Zeit hatten, ruinieren uns mehr als sie uns nützen.

Es war sinnvoll, größere Spitäler zu errichten, aber Abteilungen mit 400 Betten, wie wir sie kennen, kann der beste Primarius, Ordinarius, Extraordinarius oder sonstiger -ius nicht mehr überschauen.

Dasselbe gilt für die Industrie. So hat uns das Booz-Allan-Gutachten für die VEW erst unlängst gezeigt, was wir ohnehin wußten: Groß allein genügt nicht. Im Gegenteil. Ich meine nicht den Herrn Landeshauptmannstellvertreter. (Landesrat Heidinger: „Der Gag ist nicht angekommen!“). Kleine kombinierte Produktions- und Verkaufseinheiten sind den Dinosauriern überlegen. Wir haben das eigentlich immer ganz simpel den Vorteil der Klein- und Mittelbetriebe genannt. Besonders gravierend wirkt sich aber diese Punktüberschreitung bei der Gesetzgebung selbst aus. Der bürgerliche Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts verlangte nach Gesetzen, um vor der Willkür der Verwaltung zu schützen. Der soziale Rechtsstaat der heutigen Zeit wollte und will darüber hinaus auch existenzielle Bedürfnisse des Menschen rechtlich absichern. Beide Absichten sind lobenswert, beide Absichten sind in der Praxis lange Zeit verdienstvoll verwirklicht worden. Nur haben wir heute einen Staat mit rund 300.000 Paragraphen Bundesgesetz und mindestens noch einmal so viel Paragraphen in den Landesgesetzen. Mit dieser Masse wird der Sinn pervertiert. Der Punkt ist überschritten. Rechtsschutz genießt heute, wer sich die vielen Spezialisten leisten kann, die diesen Paragraphenschwungel noch wenigstens sektorial durchschauen; wer also einen guten Steuerberater hat, um seine eigenen Leistungen an den Staat angenehm niedrig zu halten, wer sich gute Rechtsberater leisten kann, die ihm sagen, wo er dem Staat wann, wieviel möglichst günstig herausreißen kann.

Die Profiteure unseres Systems des Massenrechts, das sind die vifen, mit allen Salben geschmierten Typen à la AKH Winter. Diesen beklagenswerten Zustand als einen „Übergang vom bürgerlichen zum sozialen Recht“ zu feiern, wie das der stellvertretende Parteivorsitzende Blecha vor wenigen Tagen getan hat, kann wohl nur mit Unkenntnis entschuldigt werden. Blecha sagte: „Gleichheit vor dem Gesetz genügt nicht, wir wollen Gleichheit durch das Gesetz und den Zugang zum Recht.“

Meine Damen und Herren, gerade der berühmte „Zugang zum Recht“ wird heute durch eine wahre Paragraphenlawine verschüttet. Sie brauchen schon im simpelsten Rechtsverfahren einen Anwaltspezialisten und eine ganze Reihe von Sachverständigen, wenn Sie durchkommen wollen. Das alles erzeugt Kosten, erhöht das Prozeßrisiko und schreckt jeden einfachen Menschen davon ab, sein Recht durchzusetzen.

In dieser prekären Situation erwägt der Herr Justizminister nicht etwa, die Paragraphenflut einzudämmen, sondern er denkt an eine allgemeine Rechtsschutzversicherung. Mit ihr sollen dann alle Prozesse

für alle erschwinglich sein; sozusagen der demokratische Rechtsstreit zum Nulltarif. Da wir aber genau wissen, daß Versicherungen nichts aus reiner Nächstenliebe tun, wissen wir auch, daß wir alle zusammen diese Prämien zahlen werden. Künftig ist dann freilich der der „dumme“, der nur Prämien zahlt und nicht kräftig prozessiert. Ein geradezu apokalyptisches Bild für jeden Richter, das sich hier künftig auftut. (Nur eine Nebenbemerkung: Es wäre vielleicht sinnvoll, auch für Justizminister Frühpensionen einzuführen.)

Ich sehe daher meine Aufgabe im Klub und im Landtag vor allem darin, nach Möglichkeit weniger Gesetze zu beschließen, denn noch mehr Gesetze schaffen nicht mehr Gerechtigkeit, schaffen nicht mehr soziale Sicherheit, sondern eher mehr Verwirrung und vielleicht mehr Machtmonopol für einige Verwaltungsjuristen.

Rupert Riedl hat unlängst gemeint, daß soziale Sicherheit nicht auf Paragraphen ruht, sondern letztlich auf der Anständigkeit der Bürger. Und da ruht sie nicht immer gut. Wer mit 25 Jahren schon deshalb zur ersten bezahlten Kur fahren muß, weil man ja dem Staat nichts schenken darf, wer sich mit Geschick und Trick alle Vorteile des Sozialstaates herausholt ohne sie wirklich zu brauchen, weil man ja „blöd wäre“, wenn man es nicht täte, der darf sich nicht wundern, daß immer mehr Leuten zum Thema Wohlfahrt und Sozialstaat sofort das Wort Mißbrauch einfällt. Bleibt noch eine Überlegung.

Unkontrolliertes Wachstum und stets steigende Unbeweglichkeit wirken sich auch auf die politische Glaubwürdigkeit aus. Bei 85 Prozent Pflichtausgaben droht der Tätigkeit des Politikers die Verwechslung mit der eines Buchhalters oder Verwalters. Er steht außerdem zunehmend unter Zugzwang. Da Politik den Ruf hat, alles zu können und für alle da zu sein, mit einem Wort omnipotent zu sein, da aber die Realität dramatisch anders aussieht, gerät die Politik immer mehr in das Dilemma von Anspruch und Möglichkeit. Das spüren vor allem junge Leute. Sie legen es uns als Unehrlichkeit aus und meinen, man sollte doch ganz offen sagen, daß man vieles nicht kann. Das würden sie ohne weiteres einsehen. Ich glaube, die jungen Leute haben recht. Sie haben auch recht, wenn sie die wachsenden Folgekosten und die Verpanzerung des öffentlichen Lebens als eine Hypothek empfinden, die ihre Zukunft belastet und die einmal von ihnen eingelöst werden muß. Das erzeugt Unbehagen in der nachfolgenden Generation.

Unbehaglich fragen sich Zwanzigjährige, was denn ihren Kindern und Enkeln eigentlich noch an Rohstoffen überbleiben wird, an reiner Luft, an reinem Wasser und vor allem, was ihnen noch an Frieden übrig bleibt. Meine Damen und Herren, ich bin kein Pazifist, aber ich empfinde es immer wieder als Provokation, wenn jungen Menschen gesagt wird, ihr Wunsch nach Frieden durch Verzicht auf Rüstung, auch durch einseitigen Verzicht auf Rüstung, sei ganz und gar unreal, wogegen die Doktrin des „Gleichgewichtes des Schreckens“ mit x-fachem Overkill hüben und drüben, mit 5000 Milliarden Rüstungskosten pro Jahr (!) bei Millionen verhungern den Menschen das einzig Realistische und Vernünftige wäre.

Ich glaube auch nicht, daß die hunderttausend jungen Menschen, die da in Europa für den Frieden

marschieren, alle gesteuerte Agenten irgendwelcher dunkler Mächte sind. Solche Verschwörungstheorien entspringen sehr oft dunklen Ängsten und einer mangelnden Bereitschaft, mit den Menschen zu reden. Ich habe das sehr deutlich bei den Uni-Besetzern erlebt. Es gehört schon eine Portion prestigehafter Verständnislosigkeit dazu, mit den jungen Leuten kein einziges Wort zu sprechen, sie aber allesamt als kommunistisch gesteuerte Radikalinski zu entlarven, wie das unsere verehrte Alma mater Firnberg getan hat.

Daher bin ich dem Herrn Landeshauptmann sehr dankbar, daß er sich die Zeit genommen hat, mit den Studenten zu reden, wie übrigens auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross und Herr Abgeordneter Ing. Turek. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Beitrag zur Toleranz und zur Liberalität und damit wohl auch zum Demokratieverständnis, ja letzten Endes zur Vermeidung von Eskalationen.

Meine Damen und Herren, ich bekenne mich zur materiellen Sicherung unserer Existenz und gehöre durchaus nicht zu jenen, die mit den „kulinarischen“ siebziger Jahren Kindesweglegung betreiben wollen, nur weil es damals verschwenderisch zugegangen ist. Aber wichtiger als die ständige Sorge um den Ausbau unseres Wohlstandes ist wohl unsere geistige Einstellung, die Frage, wie hältst du es mit dem, der anders denkt, vor allem, wenn er auch noch anders aussieht, eine andere Hautfarbe hat, eine andere Sprache spricht.

Wir erleben im Rahmen des Beirates für Entwicklungshilfe, der auf Initiative des Landeshauptmannes Gott sei Dank ins Leben gerufen wurde, sehr viel Ermutigendes, eine ungeheure Bereitschaft, sich zu engagieren. Nur ein Beispiel: Unlängst ist Professor Sixl für ein Hygieneprojekt in den Sudan gefahren, und 16 erwachsene Menschen, alle im Beruf stehend, haben Urlaub für mehrere Jahre genommen und sind auf ihre eigenen Kosten mitgefahren. Das sind erfreuliche Erscheinungen eines Engagements, einer Verantwortung auch für jemanden, dem man nicht um die Ecke begegnet.

Wir erleben aber auch leider viel Intoleranz, erschreckende Verständnislosigkeit oft aus bloßer Angst vor dem Unbekannten. Es sind nicht immer die Harry Belafontes, um die es geht, es genügt schon, wenn ein einfacher Student aus einem anderen Land eine Wohnung in Graz sucht. Ich denke oft, daß die Entwicklungshilfe eigentlich bei uns selbst beginnen müßte, zumindest im geistigen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein anderes Problem der Toleranz anschnitten, das in der modernen Kunst. Ich war nicht glücklich darüber, daß die längst fällige Diskussion um diese „anderen“ Künstler, um diese Moderne, sich ausgerechnet an Nitsch und seinem Werk entzündet hat. Er ist als Person nicht besonders geeignet, denn er lebt, wie er selbst sagt, von der Provokation. Sein Werk ist nicht besonders geeignet, denn man muß in der Toleranz schon sehr weit fortgeschritten sein und vielleicht auch in der Einsicht, welche verschlungene Wege ein Christenmensch gehen kann, um sein Werk ohne Schock erleben zu können.

Was mich aber wirklich erschüttert hat, waren die schrillen Kulturkampftöne, hüben wie drüben. Sie

haben mir deutlich gemacht, wie sehr der Steirische Herbst eigentlich noch ein Festival für einen sehr kleinen Kreis geblieben ist und daß der Geist dieses Herbstes noch nicht sehr weit über seine engeren Grenzen gedungen ist. Ich glaube, daß uns hier für die Zukunft noch viel Arbeit zu tun bleibt, und vielleicht ist das Erzherzog-Johann-Jahr ein guter Anlaß dafür, diese Arbeit zu beginnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen die Gefahren eines Dinosaurierschicksales, die Überschreitung eines bestimmten Punktes in der Entwicklung und die bedrohte Glaubwürdigkeit der Politiker nicht geschildert, um etwa in den bereits verbreiteten Kampftruf einzustimmen: „Vorwärts Kameraden, wir müssen zurück!“ Denn Rückzug bleibt in meiner Sicht immer Rückzug, auch wenn man ihn alternativ veranstaltet.

Was notwendig ist, ist meines Erachtens mehr Mut und mehr Zivilcourage, auch zu mehr Freiheitsraum, zu mehr Bewegungsraum der Politik und des einzelnen. Ich würde daher nicht sagen, „weniger Staat“, das ist zu einfach. Ich würde sagen, einen Staat, der sich auf Wesentliches konzentriert, der Unwesentliches abstößt und dadurch seinen Bewegungsspielraum wiedergewinnt.

Wir haben in diesem Budget erstmals die Möglichkeit eröffnet, zwischen Pflichtausgaben und Ermessensausgaben umzuschichten. Es ist nunmehr in der Hand jedes einzelnen politischen Referenten, daß er seine gesetzlichen Bindungen erhalten möchte oder daß er mehr Ermessensspielraum haben möchte. Um es an einem Beispiel zu sagen: Ich frage mich immer, ob es sinnvoll ist, gewaltige Mittel in ein Heim für schwer erziehbare Mädchen zu investieren – für ganze 23 Stück –, wenn die freie Sozialhilfe auf freiwilliger Basis, wie viele Beispiele zeigen, solche Unterstützungen menschlicher, effektiver und ungleich weniger kostspielig gestaltet. Der Referent, der hier sagt, ich kann nicht, der will nicht, denn er hat in Wahrheit die Möglichkeit dazu.

Das ist auch der Grund, warum wir im Arbeitsprogramm des nächsten Jahres dazu übergehen werden, unsere Dinosaurier zu reduzieren. Allen voran die zu groß gewordenen Abteilungen in den Spitälern durch die 5. KLG-Novelle. Sie wissen, das war nicht leicht. Es gab erbitterte Gegnerschaft der Frau Minister Firnberg, es gibt Gegnerschaft des Herrn Minister Steyrer. Aber wir werden zu unserer Absicht stehen. Ein zweiter Dinosaurier ist zweifellos die Finanz- und Beteiligungsverwaltung des Landes. Sie ist gewaltig gewachsen, und ihr Wachstum im Quantitativen hat nicht immer Schritt gehalten mit der Qualität des Wachsens. Es gibt heute zahlreiche Positionen, wo die Verwaltung der Beteiligung durch die Rechtsabteilung 10 nicht geradezu glorios ist. Wir werden uns daher überlegen, ob es nicht andere Formen gibt – freiere Formen –, zum Beispiel eine Holding, die diese Verwaltung besser, effizienter und autonomer gestaltet. Denn ich bin auch nicht sicher, ob es unbedingt Aufgabe des Landes ist, den heimlichen Groß-Banker zu spielen, der diesen Institutionen Konkurrenz macht.

Wir werden den selbständigen Wirtschaftskörper für die Spitäler organisieren, auch deshalb, damit es dort mehr Wohlbefinden, mehr Freiheit und mehr Bewegungsspielraum gibt.

Wir werden auch Abhängigkeiten in der Energieversorgung aufgreifen. Ich bin sehr froh, daß der Energiebeauftragte des Landes ein Energiekonzept vorlegt und daß er sich in diesem Konzept sehr nachdrücklich um Alternativenergien bemüht, also versucht, die einseitige Abhängigkeit durch ein System von dezentralisierter Energiegewinnung zu ersetzen.

Was wir freilich nicht können, meine Damen und Herren, das ist, den Mut, die Kreativität, die Freude an der Arbeit zu organisieren oder durch Verordnung festzulegen. Das müssen die einzelnen mitbringen, die nötige Zivilcourage, aber auch den Willen, da oder dort im eingefahrenen Trott innezuhalten und wirklich Neues zu beginnen.

Alles, was die Politik dazu tun kann, ist, ein Klima der Liberalität zu erhalten, ein Klima, in dem Phantasie wachsen kann und das Zivilcourage ermutigt. Wir haben in diesem Land eine gute Tradition dafür, und wir haben in allen Parteien Persönlichkeiten, die dieses Klima mit Überzeugung fördern. Das ist eben die steirische Breite.

Ich glaube, wir können eigentlich stolz auf dieses Budget sein. Es hat Profil, und es weist eine Richtung. Die Richtung der Konsolidierung und Konzentration, der Umschichtung zugunsten der Arbeitsplatzsicherung. Aber auch die Richtung zu größerer Freiheit und Beweglichkeit. Es ist, glaube ich, ein gutes steirisches Programm in Zahlen, dem meine Fraktion gerne die Zustimmung geben wird. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

**Präsident:** Als nächster Redner in der Generaldebatte hat sich Herr Abgeordneter Preamberger zu Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Preamberger:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Die Generaldebatte zum Landesbudget gibt uns die Möglichkeit, nicht nur den eigenen Bereich, sondern darüber hinaus die weltweit gegebene Situation zu beleuchten.

Die immer wieder geäußerte Hoffnung auf Sicherheit und Entspannung, sowohl auf dem politischen Sektor als auch in der Wirtschaft ist nicht eingetroffen. Im Gegenteil, wir leben heute weltpolitisch in einem neuen kalten Krieg und der wohl gefährlichsten Situation seit dem Jahre 1945.

Das beweist die Situation in Polen. Als Gewerkschafter bin ich über die Vorgänge in Polen mehr als geschockt. Man spricht immer von Menschenwürde, Menschenfreiheit, und man merkt nun wieder in einem der Gebiete wie Polen, daß man nicht bereit ist, den Menschen gewisse Freiheiten und Selbstbestimmungen zuzugestehen. Das ist aber nicht nur in Polen, sondern auch in anderen großen Teilen dieser Erde der Fall. Die Rüstungsspirale der Supermächte dreht sich immer schneller.

Dies ist auch der Anlaß für ungezählte junge Menschen sich einer Friedensbewegung anzuschließen, die immer mehr an Gewicht gewinnt. So sind 300.000 Menschen am 10. Oktober 1981 in der Bundesrepublik friedlich für den Frieden marschiert. Darüber hinaus demonstrierten auch Jugendliche in anderen Ländern, wie Holland, Italien, Belgien, England und Rumänien.

Auch in unserem eigenen Land erleben wir, daß junge Menschen aufstehen und gegen diese Vorkommnisse praktisch ihre Stimme erheben. Die Protestmärsche sollen die Verantwortlichen aufhorchen lassen und sie gleichzeitig veranlassen, alles zu unternehmen, um die Spannungsfelder dieser Welt abzubauen. Die Genfer Verhandlungen sind dafür ein Silberstreif am Horizont.

Hohes Haus! Im vergangenen Jahr sind über 50 Millionen Menschen an Hunger gestorben – mehr als im Zweiten Weltkrieg insgesamt ums Leben gekommen sind. In diesem Jahr, und das ist das Bedauerliche, werden es nicht weniger sein! Das liegt aber nicht daran, daß es zu wenig Nahrungsmittel auf der Erde gibt. Allein im Wirtschaftsjahr 1979/80 vernichtete die EG rund eine Million Tonnen einwandfreie Lebensmittel, um zu verhindern, daß die Preise fallen. Dasselbe geschah in Nordamerika. Dies ist die schlechteste Form der Entwicklungshilfe, die wir uns vorstellen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Das bedeutet aber eine Verschärfung des Nord-Süd-Konfliktes mit allen Risiken und Gefahren.

Um eine Verschärfung zu verhindern, fand über Vorschlag von Bundeskanzler Dr. Kreisky jene Gipfelkonferenz in Mexiko statt, an der 22 Staatsmänner teilnahmen, und bei der die reichen Länder des Nordens und die armen Länder des Südens einen Ausweg aus der katastrophalen Entwicklung suchten. Der Ausweg, den Präsident Reagan zeigte, ist für mich persönlich nicht diskutabel – nämlich die Probleme der dritten Welt dem freien Wettbewerb der Wirtschaft zu überlassen. Dieser Weg wird ohnehin jetzt beschritten, indem hochwertige Nahrungsmittel aus Spekulationsgründen vernichtet werden. Und dagegen muß man, wo immer man dazu Gelegenheit hat, auftreten.

Zu diesen Sorgen kommt die schwierige wirtschaftliche Lage der Industrieländer. Die Arbeitslosigkeit im OECD-Raum hat sich von 21,5 Millionen Menschen im Vorjahr auf derzeit über 25 Millionen erhöht, und liegt damit um gut neun Millionen höher als nach dem ersten Ölpreisschock.

Die neuesten Prognosen der OECD sagen aus, daß wir Ende 1982 trotz einer erwarteten Konjunkturbelebung – wird von gewissen Experten angezweifelt – mit einer Arbeitslosenrate von rund 7,5 Prozent im Durchschnitt rechnen müssen. Das würde 30 Millionen Arbeitslose im OECD-Raum bedeuten.

In Europa könnte die Arbeitslosenrate sogar auf neun Prozent ansteigen – dann hätten wir 15 Millionen arbeitslose Menschen in Westeuropa. Ein Prozent Arbeitslose kosten den Staat 2 Milliarden Schilling.

Ein ernstes Problem stellt in vielen europäischen Staaten die Jugendarbeitslosigkeit dar. In der EG waren Ende September schon vier Millionen Arbeitslose unter 25 Jahren. Wir aber in Österreich können voll Stolz sagen, daß es bei uns keine Jugendarbeitslosigkeit gibt.

Trotz verschiedener Maßnahmen in wichtigen Industriestaaten beträgt die durchschnittliche OECD-Inflationsrate immer noch 10,5 Prozent. Unsere Wirtschaft ist in einem hohen und immer steigendem Maße mit der internationalen Wirtschaft verflochten. Mit dieser starken Einbindung Österreichs in die internationale Wirtschaft ergibt es sich auch, daß wir die Auswirkungen der weltweiten Rezession nicht auf Dauer von uns

fernhalten können - Österreich ist keine Insel - jeder dritte Österreicher arbeitet für den Weltmarkt!

Die Auswirkungen der Erdölpreiserhöhung auf Einkommen, Konsum und Investitionen dämpfen das Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes im gesamten OECD-Raum, und dazu kommen noch in vielen Ländern Maßnahmen zur Bekämpfung des Preisauftriebes. Der Schilling wurde zwar durch eine neuerliche Aufwertung um 4,5 Prozent „härter“, was zwar mittel- und langfristig für die österreichische Wirtschaft vorteilhaft ist, kurzfristig aber eine weitere Belastung für die Exportwirtschaft bedeutet.

Der Anteil von Ländern außerhalb der Industriestaaten an der gesamten Weltproduktion steigt, und die Zunahme dieses Anteiles hat sich sogar beschleunigt.

Die Kombination von internationalem Kapital, internationalem Know-how, günstigen Rohstoffen und niedrigen Löhnen schafft für immer mehr Branchen in unserem Land ernste Bedrohungen. Zusätzlich wird durch die international hohen Zinsen, die auf die österreichische Wirtschaft durchschlagen, wie die Ölpreissteigerungen, die Wettbewerbssituation auf den Weltmärkten negativ beeinflusst.

Ein Lichtblick für 1982 ist, daß die BRD in der Wirtschaftspolitik andere Schwerpunkte setzt als die USA. Für die BRD sozial-liberale Koalition hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Finanzierung der industriellen Konkurrenzfähigkeit einen höheren Stellenwert. Es ist daher damit zu rechnen, daß die BRD den vermutlich größer werdenden Spielraum gegenüber den USA ausnützt und das Zinsniveau etwas absinken wird.

Österreich dürfte von der Erhöhung dieses Zinssenkungsspieles der Bundesrepublik Deutschland profitieren. Mit einer darüber hinausgehenden zusätzlichen Zinssenkung ist aber kaum zu rechnen. Ein Absinken unter das bundesdeutsche Zinsniveau würde zu Devisenabflüssen führen. Die weitere Entwicklung des österreichischen Zinsniveaus hängt keineswegs nur von den Amerikanern, sondern auch von uns selber ab. Die Bundesregierung wird die notwendigen Maßnahmen treffen.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten sind davon überzeugt, daß die konservative Geldpolitik, die in England und in den Vereinigten Staaten vorherrscht, nicht zu einer Gesundung der Weltwirtschaft führen kann. Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik der österreichischen Bundesregierung wird international anerkannt. Man beneidet uns - vor allem in konservativ regierten Staaten -, und darauf können wir, glaube ich, besonders stolz sein.

1981 hat der Arbeitsmarkt in Österreich wenig auf die Konjunkturabschwächung reagiert. Die Arbeitslosenrate beträgt durchschnittlich 2,3 Prozent. Ende September gab es um 3200 Arbeitslose mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten erreicht absolute Rekorde. Dieser Erfolg darf jedoch nicht von branchenmäßigen und regionalen Schwierigkeiten ablenken.

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen in der Steiermark betrug Ende September 7508. Das sind um 1664 mehr als im Vormonat und um 2414 mehr als zum selben Zeitpunkt des Vorjahres.

Die Zahl der freien Arbeitsplätze verringerte sich vor allem bei den Bau- und Metallberufen, aber auch bei den Hilfs-, Holz-, Handels- und Gastgewerbeberufen.

Die Bundesregierung wird ihre Maßnahmen zur Überwindung der Strukturschwächen noch verstärken. Die Hilfsmaßnahmen für die Stahlindustrie, ich komme noch darauf zurück, das Vorziehen von Bauvorhaben sind dafür Beispiele. Diese Regierung hat alles getan, tut alles, und wird alles tun, um ein möglichst hohes Maß an Beschäftigten in Österreich zu sichern. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Sinne einer längerfristig angelegten Industriepolitik verschieben sich die Schwerpunkte in Richtung Forschung, Entwicklung und Umsetzung der technisch-wissenschaftlichen Erkenntnisse in Produktionen und Dienstleistungen.

Um die Forschung anzuregen, werden 1982 die direkten und indirekten Förderungsmaßnahmen verstärkt. Zur Produktionsumstellung laufen vor allem für gefährdete Industriebranchen Sonderprogramme. Entwicklungsschwache Regionen werden noch speziell gefördert. Durch verschiedene Aktionen wird zur Strukturverbesserung des Fremdenverkehrs beigetragen. Um im Aufbau befindlichen Unternehmen die Finanzierung des technischen Erneuerungsprozesses zu erleichtern, wird in absehbarer Zeit eine Kapital-Beteiligungsgesellschaft gegründet werden, die in der Hauptsache mit privatem Risikokapital arbeiten wird.

Könnten bisher die Auswirkungen der langanhaltenden Stagnationsphase vom Arbeitsmarkt weitgehend ferngehalten werden, so wird das zunehmend schwieriger, je länger diese Phase anhält. Anzeichen dafür müssen wir jetzt schon darin sehen, daß der Dienstleistungssektor an Aufnahmefähigkeit deutlich nachläßt.

Werte Damen und Herren, wir müssen mit einer deutlichen Verschärfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten rechnen.

Die österreichische Wirtschaft wird im heurigen Jahr kein Wachstum aufweisen können. Das reale Brutto-Inlandsprodukt wird um 1,4 Prozent zurückgehen: Für 1982 wird wieder mit einem Anstieg von 1½ Prozent - hier gehen die Meinungen auseinander - bis 2¼ Prozent gerechnet.

Ich sage es noch einmal und betone es, die Erhaltung der Vollbeschäftigung ist für uns Sozialdemokraten immer das wichtigste Ziel unseres Denkens und Handelns. (Beifall bei der SPÖ.) An dieser grundsätzlichen Haltung wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Denn Brot und Arbeit bedeuten nicht nur das materielle, sondern das Lebensglück der Menschen in diesem Land.

Die an der Vollbeschäftigung orientierte Politik hat unserem Land in den letzten Jahren ökonomische, soziale und politische Erfolge gebracht. Unsere Ausgangsbasis für die künftige Entwicklung ist daher wesentlich besser als die der meisten Industrieländer, wo oft auf Grund einer dogmatischen Geld- und Wirtschaftspolitik mehr Schaden als Nutzen entstanden ist.

Und die Österreicherinnen und Österreicher haben das verstanden. Die Menschen haben erkannt, daß man mit Briefen und Telegrammen keinen einzigen Arbeitsplatz erhält, sondern nur durch tägliche zähe und, wenn notwendig, auch harte Verhandlungen für dieses Land und die Menschen, die hier leben und

arbeiten. So wie das Hans Gross getan hat, dem es auch honoriert wurde.

Hohes Haus, es gibt aber auch in Österreich Kräfte – und die kommen ja meistens von Ihnen von der ÖVP –, die gerade in Zeiten wie diesen, wo wir in einigen Bereichen in ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, glauben, einer konservativen Wirtschaftspolitik das Wort reden zu müssen. Unsere Erfolge bei den Betriebsratswahlen, den Wahlen bei den Bundesbahnen, vor allem aber das Ergebnis der steirischen Landtagswahl sind dafür schlagende Beweise, daß unser Weg richtig ist. (Beifall bei der SPÖ.) Denn es gehört ja wohl zum Bereich des Fabel- und Märchenwesens, wenn behauptet wird, daß Sie die Wahlen um zwei Jahre vorverlegt haben, um dann ein Prozent Stimmen zu verlieren, fast ein Mandat.

Wir Sozialdemokraten sind aber überzeugt, daß die international bedingten Strukturprobleme unserer Wirtschaft damit nicht gelöst werden können.

Der vom ÖVP-Vorsitzenden Dr. Mock verlangte Kurswechsel in der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik wird von uns abgelehnt, weil dies uns nur in Richtung der Wirtschaftspolitik der britischen Konservativen führen kann, die Millionen Arbeitslose in diesem Land geschaffen haben. Dazu wäre zu sagen, daß es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten notwendig ist, das Erreichte zu halten und zu festigen. Von einem Stillstand auf sozialpolitischem Gebiet kann keine Rede sein.

Denn, meine Damen und Herren, soziale Wohlfahrt ist das Fundament des inneren Friedens! Und dieser innere Friede unterscheidet uns von vielen konservativ regierten Ländern.

Wenn Generaldirektor Treichl in Graz forderte, daß man sich beim sozialen Abbau hier in Österreich ernstlich Gedanken machen müßte, so kann ich Ihnen eines sagen, daß wir Gewerkschafter und Sozialisten diese Gedankengänge, die Dr. Treichl in Graz geäußert hat, bekämpfen werden. Denn er behauptet auch, daß die bescheidenen Korrekturen auf dem Lohnsektor und das vernünftige Verhalten der Gewerkschaften, die Lohnkorrekturen der heutigen Gegebenheit anzupassen, daß auch diese Korrekturen, die unter der Inflationsrate liegen, zu hoch seien. Ich kann hier nur folgendes sagen: Möge Generaldirektor Dr. Treichl in seinem Bereich und an seine Kollegen den Appell richten, daß sie in ihren Forderungen ein bißchen bescheidener werden.

Meine Damen und Herren, zentrales Thema aller arbeitsmarktpolitischen Überlegungen in unserem Land ist nach wie vor die Situation in der heimischen Eisen- und Stahlindustrie. Das Jahr 1981 erweist sich immer deutlicher als das schlechteste Jahr für die Stahlindustrie. Die Stahlkrise, die ja im wesentlichen strukturelle Ursachen hat, einerseits bedingt durch das starke Vordringen der Entwicklungsländer in die Massenstahlerzeugung und andererseits auf Grund der zunehmenden Aktivitäten der westeuropäischen Massenstahlerzeugung auf dem Edelstahlsektor, hält nun schon das sechste Jahr an. Dieser internationalen schwierigen Situation haben die Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie durch Strukturverbesserungen Rechnung getragen.

Vor der Gewährung einer Unterstützung aus Budgetmitteln hat die Bundesregierung im Falle der VEW eine internationale Beratungsfirma mit der Überprüfung des Unternehmenskonzeptes betraut. Dieses Gutachten hat die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Strukturverbesserung bestätigt. Das Strukturkonzept wurde von der staatlichen Wirtschaftskommission gebilligt und wird natürlich auch durchgeführt. Durch die Zuführung einer Milliarde Schilling in den Jahren 1979 bis 1981 hat der Bund das Strukturkonzept direkt unterstützt. Weiters hat er Kapitalaufnahmen der ÖIAG in der Höhe von zwei Milliarden Schilling verbürgt und auch aus Budgetmitteln gesichert.

Die VÖEST-Alpine hat sich bis jetzt – und das ist entscheidend –, zum Unterschied von anderen europäischen und westeuropäischen Ländern, wo seit 1975 280 Milliarden Schilling an Subventionen in die Stahlindustrie gegangen sind, selbst finanziert.

Die Situation ist jedoch heuer auf Grund der vor allem im Hüttenbereich äußerst schlechten Entwicklung im ersten Halbjahr sehr unbefriedigend. Es ist kaum anzunehmen, auch wenn man optimistisch ist, daß für 1981 ein besseres Ergebnis zu erwarten ist.

Wir wissen, daß das Ergebnis des Vorjahres nur durch Auflösen von Reserven im Ausmaß von weit über einer Milliarde erreicht wurde. Die Reserven sind damit praktisch erschöpft. Weitere Abgänge können nun nicht mehr von Unternehmen selbst finanziert werden.

Ich muß hier sagen, daß die Situation in der gesamten nichtsubventionierten Stahlindustrie – also auch in der Bundesrepublik – gleich ist. Auch dort konnten nur durch Auflösung letzter Reserven optisch noch einigermaßen akzeptable Bilanzen vorgelegt werden.

Neben den stagnierenden Stahlpreisen ist eine der Hauptursachen dieser Entwicklung die exorbitante Preissteigerung auf der Rohstoffseite. Seit 1974 sind in der europäischen Stahlindustrie 187.000 Arbeitsplätze verlorengegangen; in der österreichischen Stahlindustrie dagegen nur 4000. Man könnte sagen, 4000 sind auch sehr viel, aber im Vergleich zur internationalen Entwicklung steht Österreich einmalig da. In den europäischen Ländern wurden rund 40 Milliarden DM = 280 Milliarden Schilling an Subventionen zur Verlustabdeckung ausgeschüttet. Durchschnittliche Subvention per Tonne Rohstahl insgesamt 560 Schilling in die vorwiegend private Stahlindustrie. In England wird zum Beispiel die Tonne Stahl mit 900 Schilling subventioniert.

Allein im Bereich der Verstaatlichten Industrie in der Steiermark wurden in den Jahren 1979 und 1980 über 5,4 Milliarden Schilling investiert. Dies betrifft die VÖEST-Alpine, VEW, SGP und Elin-Werke.

Werte Damen und Herren! Da auf kurze Sicht mit einer grundlegenden Änderung der Situation im Eisen- und Stahlbereich nicht gerechnet werden kann, und nun auch in der Bundesrepublik der Weg der Subventionierung beschritten wird, scheint auch in Österreich der Zeitpunkt gekommen, wo Mittel und Wege überlegt werden müssen, der österreichischen Stahlindustrie Hilfe durch den Staat zuzuführen.

Aus diesem Grund hat die Bundesregierung nunmehr Gespräche mit den Verantwortlichen der ÖIAG und der Stahlunternehmen über die Unterstützung

weiterer Strukturverbesserungen geführt. Bei allen hier zu treffenden Maßnahmen müssen wir uns aber bewußt sein, daß die Republik Österreich sowohl heuer als auch im nächsten Jahr Milliardenbeträge zur Erhaltung und Sanierung des Edelfeststoffbereiches aufbringen muß. Dennoch wird eine Kapitalhilfe über den Staatshaushalt erfolgen müssen. Hier wurde bei der Budgetdebatte im Parlament vom Finanzminister Salcher erwähnt, daß er die Höhe der vom Staat zur Verfügung gestellten Beträge mit 4 Milliarden abgrenzt. Gestern wurde im Fernsehen durchgegeben, man hat sich auf 3,5 Milliarden geeinigt. Ich möchte hier positiv hervorheben, daß das Land Steiermark von den angebotenen 200 Millionen Schilling den VEW nun 100 Millionen zugeführt hat. Wenn diese Mittel auch nur mit der Haftungsübernahme durch den Bund aufgebracht werden können, so möchte ich darin doch ein sichtbares Zeichen erblicken, daß die verstaatlichten Unternehmungen in der Steiermark den ihnen zustehenden Stellenwert erhalten, und auch dafür, daß nun endlich jene Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und Gemeinden zustandekommt, welche für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme in der Steiermark Voraussetzung ist. Wir sind dafür, diese Fragen aus dem Parteienstreit herauszuhalten. Dies sind Forderungen, die wir Vertreter der Arbeitnehmer schon seit Jahren stellen. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Herr Dr. Schilcher, ich glaube, wir von der Arbeitnehmerseite waren immer der Meinung, daß hier im wirtschaftlichen Bereich nur gemeinsames Vorgehen die Probleme lösen kann. Hier gibt es aber unterschiedliche Auffassungen in Ihrer Partei. Das beweist Ihr Verhalten in der letzten Zeit bei der notwendigen Kapitalzufuhr von 1,5 Milliarden Schilling an die VÖEST-Alpine. Sie selbst verlangten immer diese Kapitalzufuhr. Als es dann so weit war, haben Sie bei der Aufsichtsratssitzung dagegen gestimmt. Ihr Fraktionsführer im ÖIAG-Aufsichtsrat, Herr Gruber, hat dies erst nach einem Telefonat mit dem Parteivorsitzenden Dr. Mock getan. Wie polemisch das ist, wenn er vorher im Stahlausschuß noch für die Sanierung der VÖEST-Alpine gestimmt hat. Sie beteuern immer, daß Sie sich um die Arbeitsplätze in der Verstaatlichten Industrie ernsthafte Sorgen machen. Sie weisen auch immer auf die Eigenständigkeit der steirischen ÖVP hin. Warum war es dann möglich, daß der ehemalige ÖVP-Landtagsabgeordnete dieses Hohen Hauses, der aus der Steiermark stammende Vizepräsident des Aufsichtsrates der VÖEST-Alpine, der Industrielle Assmann, bei der Abstimmung gegen das Sanierungsprogramm der in der Steiermark liegenden verstaatlichten Betriebe gestimmt hat. Hat er mit Ihnen vorher nicht geredet oder nur mit Ihrem Parteiohmann Dr. Mock? Und warum waren Sie nicht bei der Sitzung der ÖVP in Villach, bei der die Haltung in der Stahlfrage festgelegt wurde. Warum haben Sie nicht einmal einen Vertreter entsandt? (Abg. Dr. Maitz: „Ist das nicht gestern einstimmig beschlossen worden?“) Darauf komme ich noch zu sprechen. Das sind Spekulationen, das hat sich zum Teil ziemlich lange hinausgezögert. Es ist jetzt zu einem Beschluß gekommen, der früher und schneller durchgeführt werden hätte können. (Abg. Dr. Maitz: „Mit dem Ja!“) Ich kann Ihnen nur eines sagen Herr Doktor. Mit Ihrem Nein haben Sie den Arbeitnehmern der Verstaatlichten bewiesen, daß Sie für die Sicherung der Arbeitsplätze nicht in der Form eintreten, wie man

es von Ihnen erwartet hätte. (Abg. Dr. Strenitz: „Jetzt hat Mock die steirische ÖVP gerettet!“) Da hilft es auch nichts, wenn versucht wird, dies jetzt alles als Pänne oder Irrtum hinzustellen. Sie von der ÖVP sind damit Ihrer Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit auf Grund des Aktiengesetzes im Interesse des Unternehmens nicht nachgekommen.

Hohes Haus! Die ÖVP besitzt von den 136 Aufsichtsratsposten der verstaatlichten Unternehmen 61. Sie hat von insgesamt 10 Aufsichtsratsvorsitzenden 5 und von 37 Vorstandspositionen 18 Leute ihres Vertrauens in den Gremien der ÖIAG-Unternehmungen sitzen.

Mit Recht hat Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross im Interesse der Arbeitsplatzsicherung in der Steiermark die Aufsichtsräte um Stellungnahmen gebeten. Denn Sie haben seit 1945 diese Positionen in der Verstaatlichten Industrie inne, daher sind Sie ebenfalls mitverantwortlich für die von Ihnen behauptete Misere der Verstaatlichten Industrie. Eine beschleunigte Anpassung der heimischen Produktion an die sich ändernde Nachfrage im Inland und auf den internationalen Märkten bedarf einer konsequenten Strukturpolitik.

Wenn die Anpassungen an die Strukturveränderungen auch vordringlich die Aufgabe des Unternehmers sind, gilt es jedoch als eine Erfahrungstatsache, daß dieser Anpassungsprozeß durch eine entsprechende Strukturpolitik unterstützt werden muß.

Es darf besonders nicht der Anschluß an die sogenannten Schlüsselbereiche, wie zum Beispiel Elektronik, Informations- und Lasertechnik, Industrieroboter, Bio- und Energietechnik, verlorengehen.

Als erster Schritt wurde von der Bundesregierung ein strukturpolitisches Sofortmaßnahmenprogramm erstellt.

Für die Steiermark bedeutsam ist in diesem Rahmen die Finanzierungshilfe für erstklassige leistungsbilanzverbessernde Investitionen, sogenannte Topinvestitionen.

Die österreichische Kredit-Invest-AG garantiert hier die Bereitstellung eines Kreditvolumens von insgesamt 300 Millionen Schilling. Mit dieser Aktion ermöglicht der Bund dem Land nicht nur ein erweitertes Förderungsvolumen, sondern es wird auch von der Invest-Kredit vorgezeigt, nach welchen Kriterien die Förderungswürdigkeit eines Projektes zu beurteilen ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier die Sonderfinanzierungsaktion für die Obersteiermark und für den Raum Fürstenfeld erwähnen. Sie ist eine wichtige regionalpolitische Abstüzungsmöglichkeit, und sie zeigt auch, daß eine Kooperation zwischen Bund und Land durchaus möglich und sinnvoll ist.

Wir haben ja auch bei den Parteienverhandlungen, nach der von uns gewonnenen Landtagswahl, keinen Postenschacher betrieben, sondern versucht, sachpolitische Probleme in den Vordergrund zu stellen: Ein Sonderwohnbauprogramm mit 900 Wohnungen; das von uns geforderte Pendlerpauschale; die Reform unserer Verfassungs- und Geschäftsordnung mit dem Ziel, mehr Bürgernähe in unserem Land zu erreichen; die Einführung eines Rechnungshofes, damit uns keine neuen TKV-Affären ins Haus stehen (Heiterkeit bei der ÖVP) – da gibt es gar nichts zu lachen, das war eine Tatsache; ich war in diesem Ausschuß selbst tätig und

bin aus dem Staunen nicht herausgekommen –; die Forderung nach einem Wissenschafts- und Forschungsförderungsgesetz und Jugendförderungsgesetz; nach einem Tierschutzgesetz; und es ist keine Rangordnung einer Objektivierung dieser Personalpolitik in diesem Land, um nur einige Beispiele zu nennen.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn Sie darauf hingewiesen haben, daß die Wahlen im Land Steiermark so gut und schön ausgegangen sind, dann (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Wie bei der Bundesbahn!“) – Na ja, wie bei der Bundesbahn, da komme ich noch darauf zu sprechen. Nur eines darf ich Ihnen schon sagen, es wird leichter einer bei der Bundesbahn angestellt ohne ein Parteibüchlein, als bei Ihnen im Land. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Haben wir schon probiert!“) Es gilt nun, über diese Materien rasch Verhandlungen zu führen und zu Ergebnissen zu kommen.

Hohes Haus, bei allen Maßnahmen und Schwierigkeiten unserer Wirtschaft sollte man unsere Landeshauptstadt Graz nicht übersehen, deren Wirtschaft unter der derzeitigen Rathauskoalition seit Jahren stagniert. Mit weiteren Abwanderungen von Betrieben ist zu rechnen.

Die negativen Ausstrahlungen der Grazer Wirtschaft wirken sich nicht nur auf das Budget der Stadt Graz aus, sondern sie gehen bis in den Bezirk Leibnitz, in den west- und oststeirischen Raum, denn derzeit pendeln 50.000 Arbeitnehmer nach Graz ein. Das war ja mit einer der Gründe, daß wir Sozialdemokraten im steirischen Landtag ein Pendlerpauschale verlangten. Sie von der ÖVP haben das nicht gleich unterstützt, und ich glaube, Sie sollten das auch zugeben.

Noch ein Wort über den sozialen Wohnbau in Graz: Im nächsten Jahr wird keine einzige Wohnung, die von der Stadt Graz gebaut wird, bezugsfertig sein. Aber auch für 1983 sieht es nicht viel rosiger aus. Weiters ist es erschütternd, festzustellen, daß in einer Universitätsstadt Unterkünfte für die Studenten fehlen, denn alle können natürlich nicht im Rektorat wohnen, und die Forderung der Studenten und der jungen Menschen, daß auf diesem Gebiet nicht nur von der Stadt, sondern auch von anderen Körperschaften etwas gemacht werden müßte, wird von uns nicht bestritten. Auf der anderen Seite stehen Tausende Wohnungen leer – das müßte einem auch zu denken geben –, und auf allen Ebenen ist auch von einer Reform der öffentlichen Wohnbauförderung die Rede. Es geht vor allem um eine sozialere Gestaltung der Wohnbauförderung.

Durch die in jüngster Zeit vorgenommenen tiefgreifenden Änderungen der Richtlinien über die Gewährung öffentlicher Wohnbauförderungen haben wir einvernehmlich im Rahmen der uns gesetzlich gegebenen Möglichkeiten versucht, den geänderten wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Darin sind wesentliche Ansatzpunkte für die auf Bundesebene angestrebte und auch ohne Zweifel sehr dringende und notwendige Gesamtreform der Wohnbauförderung enthalten.

Welch große arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Wohnbau weit über das Baugewerbe hinaus hat, ist allgemein bekannt. Es gibt aber derzeit 35.000 bis 40.000 arbeitslose Bauarbeiter. Dies ist auch der

Grund, warum der Bund seine Bauvorhaben in die erste Hälfte des Jahres 1982 vorgezogen hat.

Ich achte durchaus, auch wenn das manchmal anders dargestellt wird, Menschen, die aus Überzeugung für die Erhaltung unserer Natur eintreten. Aber jenen, die nur Kirchturmpolitik betreiben und nach dem Florianiprinzip agieren, die also eigennützige Interessen über das Wohl der Allgemeinheit stellen, muß gesagt werden, daß zur Zeit Bauvorhaben von 15 bis 20 Milliarden Schilling durch Einsprüche blockiert sind, und das – ich wiederhole es – bei 35.000 bis 40.000 arbeitslosen Bauarbeitern.

Es ist daher nicht nur im Interesse der vielen Wohnungssuchenden, sondern auch im Interesse der Sicherung von Hunderten von Arbeitsplätzen ganz besonders zu begrüßen, daß zwischen dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross und dem für den Wohnbau zuständigen Herrn Landesrat Simon Koiner die sofortige Inangriffnahme des bereits erwähnten Sonderwohnbauprogramms im Ausmaß von 900 Wohnungen vereinbart wurde. In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, daß das Land Steiermark zur Wohnversorgung seiner Bediensteten früher Grundstücke ankaufte. In letzter Zeit wird es aber Brauch, daß diese Ankäufe nicht mehr durchgeführt werden, mit der Begründung, die Grundstücke wären zu teuer. Wie bemerkenswert – muß ich sagen – ist es aber, daß der ÖVP nahestehende Wohnbaugenossenschaften genau diese Grundstücke kaufen und sie nicht zu teuer finden. Ich habe das Gefühl, Herr Landeshauptmannstellvertreter, man will in Zukunft weniger Wohnungen für Ihre Bediensteten bauen.

Meine Damen und Herren, die Angriffe der ÖVP, die in letzter Zeit – und jetzt komme ich zur Bundesbahn – gegen die Bundesbahnbediensteten und deren Privilegien gerichtet sind, werden von uns schärfstens zurückgewiesen, denn die Einkommen und Sozialeinrichtungen der Bundesbahnbediensteten haben sich jahrzehntelang entwickelt, und nach österreichischen Einkommensdurchschnitten beziehen die Bediensteten der ÖBB keine wie immer erhöhten Gehälter. Das muß man doch zugeben. Im Fernsehen waren diese Diskussionen, und so mancher von uns war der Meinung, daß führende Angestellte unter den Bundesbahnbediensteten mehr verdienen würden. Wir waren selbst überrascht, daß diese Verdienste weit unter dem höheren Niveau der Wirtschaft liegen.

Wenn die ÖVP in der Öffentlichkeit auf die jährlichen Zuschüsse aus Steuermitteln hinweist, so verschweigt sie verschämt, daß die Bundesbahnen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Sozialeinrichtungen übernehmen, die auch der Allgemeinheit zugutekommen und natürlich damit auch das Defizit erhöhen.

Es gibt außer den Bundesbahnen andere Institutionen, die namhafte Stützungsbeträge aus Steuergeldern erhalten, zum Beispiel die Landwirtschaft, die ich hier nicht bestreiten will, aber eingeleigtes Vorgehen lehne ich in diesen Fragen ab.

In bezug auf die Land- und Forstwirtschaft möchte ich feststellen, daß diese wichtige Produzentengruppe zugleich auch ein bedeutender Abnehmer gewerblicher und industrieller Erzeugnisse ist. Wir bejahen eine Agrarpolitik, die die Land- und Forstwirtschaft unterstützt, auch in den schwierigen achtziger Jahren, ihre

vielseitigen Aufgaben im eigenen Interesse wie auch im Interesse der gesamten Bevölkerung, daß sie sie erfüllen können. Ein optimaler Einsatz der Produktionsmittel und verstärkte Zusammenarbeit bei der Erzeugung, Verteilung und Vermarktung wird den bäuerlichen Familien dienen, ihre Vorstellungen und Ziele zu erreichen.

Werte Damen und Herren! Damit sind wir bei der Verkehrspolitik angelangt. Für die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Steiermark kann nicht allein nur die ungünstige Branchenstruktur verantwortlich gemacht werden, sondern es ist auch in ganz besonderem Maße die schlechte Verkehrsinfrastruktur im steirischen Industrieraum schuld. So wurde zum Beispiel die für den obersteirischen Industrieraum geradezu lebenswichtige Schnellstraße durch das Mur- und Mürztal, die S 6 und S 36, erst 1971 von der sozialistischen Bundesregierung in das Bundesstraßengesetz aufgenommen.

Es ist im höchsten Maße bemerkenswert, was in dieser – für einen Straßenbau solchen Ausmaßes – relativ kurzen Zeit bereits geschehen ist. Dies war nur möglich, weil die Bundesregierung schon unter Bautenminister Moser und infolge der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten im obersteirischen Raum, erst recht jetzt unter Bautenminister Sekanina, dem Ausbau dieser Verkehrswege absoluten Vorrang eingeräumt hat. Daß für die verkehrsmäßige Erschließung unseres Bundeslandes die Fertigstellung der Pyhrn- und Südautobahn unerlässlich ist, versteht sich von selbst. Was die Pyhrnautobahn betrifft, so erwarten wir, daß die EG ihrer faktischen Verpflichtung zur Leistung eines Finanzierungsbeitrages für den weiteren Ausbau dieser Transitstrecke endlich nachkommt.

Eine gewisse Konzentration auf das hochrangige Straßennetz wird unerlässlich sein, und daher wird auch manch anderer – wenn auch berechtigter – Wunsch unerfüllt bleiben müssen.

In diesem Zusammenhang kommt auch den Mitteln, der vom Bund zur Verfügung gestellten Nahverkehrsmilliarde, für unser Land besondere Bedeutung zu. Es gilt den Nahverkehr verstärkt auszubauen und vor allem einen Verkehrsverbund für die Landeshauptstadt Graz und die umliegenden Gemeinden zu schaffen. Eine solche Ausweitung des öffentlichen Verkehrs, gekoppelt mit einer Tarifgestaltung würde eine sinnvolle Ergänzung der traditionellen Verkehrsstränge in unserem Land sein.

Meine Damen und Herren! Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch einige Worte zur Energiesituation sagen: Hier ist es gelungen, das Wirtschaftswachstum und die Zunahme des Energieverbrauchs voneinander abzukoppeln. Diese erfreuliche Tatsache kann aber nicht verhindern, daß der Energieverbrauch auch in Zukunft weiterhin ansteigen wird. Bei der elektrischen Energie sehen wir in der Steiermark, daß die Industrie konjunkturbedingt um fünf Prozent weniger verbraucht hat, aber dafür haben die übrigen Bereiche eine weitere Steigerung aufzuweisen und so der gesamte Rückgang in der Steiermark für 1981 lediglich 1,4 Prozent betragen wird. Auch hier wäre es ein Fehler zu glauben, daß in Zukunft weniger elektrische Energie benötigt würde.

Das Hauptziel unserer Energiepolitik muß es sein, von der Erdölabhängigkeit wegzukommen. Dies kann nur dann gelingen, wenn die Erdölprodukte durch andere Energieträger ersetzt werden. Auf diesem Weg müssen alle Anstrengungen getroffen werden, heimische Energieträger besser zum Einsatz zu bringen und alle heimischen Energiequellen zu nutzen.

Hierbei müssen wir uns im klaren sein, daß außer Wasserkraft, die ihrerseits auch nur mehr teilweise ausbaufähig ist, Österreich keine bedeutenden erneuerbaren Energiequellen zur Verfügung hat. Unsere Importabhängigkeit, die jetzt schon siebzig Prozent des Energiesatzes beträgt, wird sicher nicht kleiner werden. Im Gegenteil, sie wird bis 1990 auf achtzig Prozent ansteigen.

Das heißt auch, daß die Ausgaben für Energieimporte, die heute schon 60 Milliarden Schilling jährlich betragen, die österreichische Bevölkerung in Zukunft noch stärker belasten werden.

Meine Damen und Herren! Gerade jetzt wird wieder über einen Strompreisantrag verhandelt, der bei der STEWEAG über 15 Prozent liegen soll. Eine gewaltige Strompreiserhöhung in der Steiermark steht uns bevor, die man den Arbeitnehmern, Pensionisten, aber auch der Wirtschaft schwer zumuten wird können.

Wir müssen in der nächsten Zeit mehr als bisher Energiepolitik betreiben. Wir müssen Energiepreisanträge schon deshalb einer besonders strengen Überprüfung unterwerfen, weil wir beispielsweise gegenüber westlichen Bundesländern bedeutend höhere Preise bezahlen. So bezahlen wir für eine Kilowattstunde um 20,3 Prozent mehr als der Stromabnehmer in Tirol.

Dazu kommt, daß zur Zeit nicht nur die Strompreise wieder in Bewegung sind, sondern auch bei Gas und Fernwärme laufen entsprechende Preisverfahren.

Ich fordere daher eine wirksame Förderung für die Entwicklung von erfolgversprechenden Alternativenergien und eine konsequente und verstärkte Förderung von Energiesparmaßnahmen. Ich fordere eine verstärkte Energieplanung auf Landes-, Regional- und Gemeindeebene. Unser Vorschlag lautet: Im Rahmen einer Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes die Erstellung eines kommunalen Energiekonzeptes ab einer Einwohnerzahl von 5000 verpflichtend zu machen. Hier läge auch eine große Aufgabe für die Energieversorgungsunternehmen, mehr in Energiedienstleistungen anzubieten, vor.

Hohes Haus! Zum Thema Schule und Bildung möchte ich kurz erwähnen, daß noch in keinem Zeitabschnitt für Schüler, Eltern und Lehrer so viele Maßnahmen gesetzt wurden, wie in den vergangenen zehn Jahren.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die steirischen Gemeinden oft unter größten finanziellen Opfern beachtliche Leistungen für das Pflichtschulwesen erbringen.

Lehrermangel und Schulraumnot konnten bewältigt werden, und mit Freude kann festgestellt werden, daß alle Volks- und Hauptschullehrer, die sich um eine Einstellung in den steirischen Schuldienst beworben haben, im Schuljahr 1981/82 angestellt werden können. Dies wird aber in den kommenden Schuljahren, das muß man besonders erwähnen, nicht mehr möglich

sein. Wir Sozialdemokraten werden uns aber auch weiterhin auf der Basis der Grundwerte unseres Parteiprogramms für schulpolitische Neuerungen einsetzen, neue Schulmodelle in der Praxis erproben und auch die Initiative für eine künftige Gesamtschule unterstützen.

Meine Damen und Herren! Kurz noch zum Fremdenverkehr. Ich wiederhole hier die Forderung nach einem zeitgemäßen Fremdenverkehrsgesetz und stelle, wie das hier in diesem Hohen Haus schon mehrmals getan wurde, fest, daß die Steiermark das einzige Bundesland ist, das kein Fremdenverkehrsgesetz besitzt. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Das stimmt leider nicht!“) Der Landschaftsschutz und die Erhaltung des Erholungsraumes muß ein besonderes Anliegen der Steiermark sein.

So wie unser Nachbarland Kärnten für den Nationalpark Hohe Tauern nach jahrzehntelangen Verhandlungen vor wenigen Wochen eine Tat gesetzt hat, müßte dies auch die Steiermark für ein Kleinod unserer Heimat, nämlich für den Nationalpark Niedere Tauern, tun.

Aus Zeitgründen ist es mir leider nicht möglich, die ganze Bandbreite der einzelnen Kapitel und Aktivitäten in unserem Land zu behandeln. Es wird den einzelnen Sprechern überlassen sein, zu den wichtigen Themen der Gesundheitspolitik und Spitalsverwaltung, zur Arbeit in der Gemeinde, zu dem so wichtigen Bereich von Kunst und Kultur sowie zur Land- und Forstwirtschaft Stellung zu beziehen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eines sagen. Die ÖVP hat sich im Landtagswahlkampf immer wieder als steirische Partei präsentiert und darauf gleichsam einen Monopolanspruch erhoben. Wir alle, meine Damen und Herren, sind in diesem Land geboren, leben und arbeiten hier und lieben unsere Heimat. Es sollte für uns alle in diesem Hohen Haus, gerade zu Beginn der neuen Legislaturperiode kein Zweifel sein, sondern eine Selbstverständlichkeit. Es gibt keine grünen, keine blauen und keine roten Steirer, es gibt nur Steirer, die gemeinsam alles tun werden, um dieses Land in eine gute und glückliche Zukunft zu führen. Aus diesem Grunde stimmen wir sozialistischen Abgeordneten den Ansätzen des Landesvoranschlages 1982 zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Als dritter Redner zur Generaldebatte hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Turek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Landesvoranschlag für das Jahr 1982 setzt die schon mehrere Jahre anhaltende Tendenz fort, daß die Ausgaben auf Grund vorangegangener Verpflichtungen stetig steigen, der Budgetspielraum immer geringer wird, durch laufende Darlehensaufnahmen der Verschuldungsgrad steigt und trotzdem für Investitionen immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Die Einnahmen bleiben weit hinter den Ausgaben zurück. Ohne Darlehensaufnahmen für den ordentlichen Haushalt würde die Budgetbeweglichkeit nur 0,7 Prozent, das sind ausgerechnet 124 Millionen Schilling, betragen. Eine budgetierte - wohlgermerkt budgetierte -

Beweglichkeit von 4,8 Prozent wird praktisch nur dadurch erreicht, daß Darlehen aufgenommen werden. Der außerordentliche Haushalt wird ja schon seit Jahren im wesentlichen nur durch Kredite finanziert. Der Preis für die Budgetbeweglichkeit im ordentlichen Haushalt sowie für mögliche Investitionen im außerordentlichen Haushalt ist eine rapid anwachsende Verschuldung des Landes, verbunden mit einem ebenso steigenden Schuldendienst, der wiederum die Hauptursache für die nicht vorhandene Budgetbeweglichkeit ist. Bis Ende 1982 wird der Schuldenstand auf etwa 7 Milliarden Schilling anwachsen und sich damit in den letzten zehn Jahren versiebenfacht haben. Überproportional steigt damit der Schuldendienst, der sich im selben Zeitraum mit 1,3 Milliarden Schilling verdreizehnfacht haben wird und 1982 11,8 Prozent der allgemeinen Deckungsmittel - und aus diesen werden ja die Schulden finanziert - ausmacht. Das Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung hat sich im Jahre 1981 in einer Studie mit dem Budgetrecht und der Budgetpolitik der Länder befaßt. Hier wird unter anderem ausgeführt, daß die Probleme der Länderbudgets auch dadurch vergrößert werden, weil diese kaum eigene Gestaltungsmöglichkeiten bei den Einnahmen haben. Die Einnahmenentwicklung in den Ländern ist großteils von der Budgetentwicklung auf Bundesebene abhängig.

Auf Grund mangelnder haushaltsrechtlicher Regelungen - so wird dort ausgeführt - sind auch Probleme wie prozyklische statt antizyklische Gebarung oder im Subventionswesen die Parallelförderung wenig verwunderlich. Die prozyklische Budgetpolitik, die bei uns sehr deutlich an der Entwicklung der Ausgaben im außerordentlichen Haushalt ablesbar ist, führte zur Aufzehrung unserer Reserven und leitete die sprunghaft ansteigende Verschuldung ein. Mit der Folge, daß wir jetzt für nachfragewirksame Investitionen zur Belebung der Wirtschaft die Mittel nicht zur Verfügung haben. Eine Reform des Haushaltsrechtes, die als wünschenswert empfohlen wird, würde zwar unmittelbar sicher keine Sanierung bringen, aber eine Überschaubarkeit der finanziellen Entwicklung fördern und wirksame Eingriffe durch das Land rechtzeitig ermöglichen. Neben der begleitenden Kontrolle und einer Änderung des Vergabewesens, die ja bereits zur Diskussion stehen, müßten natürlich auch mehrjährige Finanzplanungen - in diesem Haus schon einige Male diskutiert - und die Folgekostenrechnungen, die sich ja jetzt sehr entscheidend auf die Länderhaushalte auswirken, entsprechend durchgeführt werden. Dies aber nicht nur für das Landesbudget, sondern es wäre auch notwendig, vor allem für die Haushalte unserer Gemeinden entsprechende Regelungen vorzusehen. Gerade dieser Umstand muß in Zukunft wesentlich genauer beachtet werden, da wir feststellen müssen, daß uns die großdimensionierte Ausdehnung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte in eine Einbahnstraße mit gewaltigen Folgekosten geführt hat, aus der es offensichtlich kein Zurück mehr gibt. Sollte - als Beispiel und bitte auch als keine Provokation gemeint - das Wiener Allgemeine Krankenhaus, besser bekannt unter dem Namen AKH, je fertig werden, so sollen nach Schätzungen binnen fünf Jahren Folgekosten in der Höhe der Baukosten, die derzeit auf zirka 40 Milliarden Schilling geschätzt werden, auflaufen. In welches Abenteuer sich in diesem Zusammenhang

manche Gemeinde gestürzt hat, kann daran ermessen werden, daß zum Beispiel bei einer Schule nach etwa acht bis zehn Jahren auch wiederum Folgekosten in Höhe der Baukosten auflaufen. Nebenbei zeichnet sich hier auch allerdings die Grenze für verstärkte öffentliche Investitionen ab. Es ist also, so sehr man den Ruf erschallen läßt, daß die öffentliche Hand gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Situation nachfragewirksame Investitionen tätigt, natürlich der Aspekt der Folgekosten nicht ganz außer acht zu lassen. Es ist deshalb besser und überlegenswert, wirklich langfristig durch steuerliche Maßnahmen zu versuchen, auch eine wirtschaftsbelebende Wirkung neben der öffentlichen Hand auch durch den privaten Sektor zu erzielen.

Wenn wir das Budget anschauen, so machen den Hauptbrocken unsere Krankenanstalten aus. Den Gesamtausgaben von rund 3 Milliarden 436 Millionen Schilling stehen Einnahmen von rund 2 Milliarden 476 Millionen Schilling gegenüber. Das ergibt einen Abgang von 960 Millionen Schilling, das heißt, fast eine Milliarde Schilling. Wenn wir die Mittel in Abzug bringen, die netto durch den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds als Beitrag zur Deckung des Betriebsabganges dem Land wieder zukommen, so verbleibt trotzdem eine echte Budgetbelastung von rund 800 Millionen Schilling. Das, was wir an den Krankenanstaltenfonds einzahlen und wieder zurückbekommen, habe ich da berücksichtigt.

Bei der letzten Landeshauptleutekonferenz wurde wiederum die Frage des Weiterbestandes des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds aufgeworfen. Wir haben schon damals im Jahr 1978 anlässlich der Behandlung dieser Materie darauf hingewiesen, daß wir den Verdacht hegen, daß das nur ein bequemer Weg sein werde, kurzfristig – wie damals der Eindruck entstand – den Ländern wohl eine finanzielle Entlastung bei der Defizitabdeckung der Spitäler zu bringen, aber andererseits wieder dazu angetan sein werde, die sehr schwierigen, aber trotzdem unbedingt einer Lösung harrenden Probleme weiterhin auf die lange Bank zu schieben. Die automatische Verlängerungsklausel für den seinerzeit auf zwei Jahre abgeschlossenen Vertrag ist ein Garant dafür, daß sich der Spruch, nach welchem sich Provisorien in der Regel am längsten halten, bewahrheiten wird. Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen haben wir damals im Jahr 1978 gegen diese Artikel-15-Vereinbarung gestimmt. Wenn in den nächsten Jahren sicher die Diskussion über unser Sozialversicherungswesen und dessen Finanzierung zu einem permanenten Tagesordnungspunkt werden wird, so wird man an der Erkenntnis nicht vorbeigehen können, daß eine finanzielle Gesundung unseres Krankenversicherungswesens dauerhaft nur möglich ist, wenn neben anderen Fragen vor allem eben diese Probleme der Spitalsorganisation und der Spitalsfinanzierung gelöst werden.

Das war schon eines der wesentlichsten Ergebnisse der Krankenversicherungsenquete – ich erinnere, diese hat im Jahr 1971 stattgefunden. Seither sind zehn Jahre vergangen, ohne daß wir wesentliche Fortschritte in dieser Causa vorzeigen können. Trotz wiederholter Ankündigungen von seiten der dafür verantwortlichen Bundesregierung sind diese großen Probleme auf dem Spitalssektor nach wie vor ungelöst.

Ich zitiere den Herrn Gesundheitsminister Steyrer, der vor kurzem mit Recht betont hat, daß neben dem Fortschritt in der Medizin sicher die äußerst mangelhafte Spitalsorganisation Ursache für die steigenden Belastungen sei. Durch unnötige Doppeluntersuchungen, durch organisatorische Mängel usw. werden Millionenbeträge im Spitalswesen verschwendet.

Die Hypertrophie in diesem Bereich, aber auch in anderen öffentlichen Bereichen, aber in diesem Bereich speziell, ist nur durch ein Ansetzen des Rotstiftes und nicht durch stetes Angleichen der Einnahmen an die offensichtlich unerbittlich steigenden Ausgaben einzudämmen. Die jahrelang geäußerte Meinung, nach welcher für unsere Gesundheit nichts zu teuer sein dürfe, muß dem Bestreben weichen, eine Optimierung zwischen Leistung und Kosten zu erreichen, die möglich sein muß.

Nun zur allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Nach jüngsten Informationen des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung hat sich die ausgeprägte Konjunkturschwäche der österreichischen Wirtschaft seit dem Spätsommer fortgesetzt. Die Rezessionsfolgen wurden auf dem Arbeitsmarkt zunehmend spürbar. Die Arbeitslosenquote stieg im November auf 2,9 Prozent.

Wenn man den Prognosen folgt, werden wir im Jahre 1982 leider die 3-Prozent-Marke erstmalig seit 1965 wieder überschreiten. Eine Auswertung der Arbeitslosenstatistik nach Altersgruppen deutet auf den alarmierenden Umstand hin, daß vor allem Jugendliche schwierige Bedingungen vorfinden. Es ist eine überdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit bei 18- bis 29jährigen zu beobachten.

Das heißt, daß zwar die Pflichtschulabgänger weiterhin unterkommen, aber nicht mehr alle freigewordenen Lehrabsolventen und Maturanten.

Ganz allgemein nimmt die Arbeitslosigkeit in Baubereichen, unter Holzarbeitern und Metallarbeitern am meisten zu. Trotz einer bisher relativ guten Gesamtsituation gibt es also bei uns in Österreich nunmehr im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage und den damit verbundenen Fragen sehr deutliche Warnsignale. Gehäufte Firmenzusammenbrüche, relatives Zurückbleiben der Industrie, bedenkliches Schrumpfen der Eigenkapitalbasis der Unternehmungen, hohes Defizit des Bundeshaushaltes und der Leistungsbilanz, stark ansteigende Staatsverschuldung und ein Nachlassen der Leistungsbereitschaft zeigen eine sehr besorgniserregende Entwicklung auf.

Daß wir bisher noch eine einigermaßen gute Beschäftigungslage hatten, ist sicher nicht der erfolgreichen Wirtschaftspolitik, sondern der beachtenswerten Leistungsfähigkeit unserer klein- und mittelständisch strukturierten Wirtschaft zu verdanken.

Die Schweiz, die bisher eine ähnliche Beschäftigungssituation hatte, weist eine ähnliche Betriebsgrößenstruktur wie Österreich auf. Dort wie bei uns sind fast 93 Prozent aller Betriebe in der Klasse bis 19 Beschäftigte, das heißt, daß auch der Kleinbetrieb dominiert. Fast 60 Prozent aller Beschäftigten Österreichs arbeiten in Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten. Zieht man die Grenze bei 500, dann erfaßt man zirka 83 Prozent aller Beschäftigten. Also eine ähnliche Struktur wie in der Schweiz, die eine ähnliche Beschäf-

tigensituation wie wir hat. Wenn uns die Entwicklungen auf dem Stahlsektor besonders in der Steiermark in voller Härte auf den Kopf fallen, so wäre es zu bequem, sich allein auf eine europaweite Konjunkturkrise auszuweichen, sondern ist auch darauf hinzuweisen, daß trotz jahrelanger mahrender Hinweise aus Expertengruppen die Hauptgründe, nämlich strukturelle Schwächen und regionale Nachteile, als Ursachen für die krisenhafte Entwicklung kaum beobachtet wurden.

Das bekannte Booz-Allen-Stahlgutachten aus dem Jahre 1968 wurde in diesem Hause schon des öfteren zitiert.

Auch einer Studie aus dem Jahre 1972 des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, die sich mit diesen Themen auseinandersetzt, sind Hinweise zu diesen zwei Hauptproblemen zu entnehmen. Schon damals wurde darauf hingewiesen, daß die Wirtschaft der Steiermark im langfristigen Trend eine geringe Zuwachsrate hat, und die Hauptursachen der hohe Anteil stagnierender Industriebranchen sowie die für die Industriebranchen nachteilige Randlage südlich des Alpenhauptkammes mit unzureichenden Transportverbindungen seien. Gleichzeitig wurde auf das Fehlen hochspezialisierter Veredelungsindustrien hingewiesen. Noch einmal betont, im Jahre 1972! Für die Weiterentwicklung der Industriestruktur fehlten leistungsfähige Straßenverbindungen zu den Hauptabsatzgebieten, wie Bundesrepublik Deutschland, Italien, Raum Linz und Jugoslawien. Feststellungen, die zehn Jahre zurückliegen!

Die Straßenverbindungen lassen noch heute auf sich warten. Strukturverbesserungen werden heute zögernd in Angriff genommen. Wo wir wegen dieser Säumigkeit letztendlich landeten, charakterisiert Helmut Kramer, der Leiter des „Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung“, in seiner Untersuchung über „Industrielle Strukturprobleme Österreichs“ aus dem Jahre 1980. Er führt darin aus: „In der österreichischen Produktpalette fehlt eine Reihe von Produktionszweigen, die international als zukunftsweisend angesehen werden; andere, die besonders von der Konkurrenz der Niedriglohnländer bedroht sind, sind in Österreich überdurchschnittlich vertreten. Die spezifische österreichische Exportstruktur an technischen Gütern hat eine auffallende Ähnlichkeit mit jener von den Entwicklungsländern.“ Ende des Zitats. Dort sind die wahren Ursachen unserer Schwierigkeiten zu suchen. Auf Grund unseres Lohnniveaus und unserer sozialen Errungenschaften, können wir mit den Entwicklungsländern nicht konkurrieren, mit der Produktivität können wir mit unseren westlichen Konkurrenten nicht Schritt halten. Im Edelmetallbereich zum Beispiel werden in der BRD, in Schweden, in den USA und Japan etwa 1,5- bis zweifache Umsätze pro Angehörigen erzielt als bei uns. Das ist kein Vorwurf an die dort Beschäftigten, sondern ist auf die offensichtlich unrentablen Fertigungsverfahren in diesen Betrieben zurückzuführen. In den verstaatlichten Großbetrieben wurden jahrelang fachliche Gutachten ignoriert und sträflich gegen betriebswirtschaftliche wie auch marktwirtschaftliche Normen verstoßen. Aus politischen Überlegungen wurde auch in Zeiten der Hochkonjunktur eine konservierende Politik zu Lasten der betroffenen Unternehmungen betrieben. Daß sich ein solches Vorgehen früher oder später rächen mußte, war voraus-

sehbar. Jetzt muß der Eigentümer Staat umso tiefer in die Tasche greifen, um erwirtschaftete Defizite abzudecken, unwirtschaftliche Produktionen mangels anderer Alternativen aus beschäftigungspolitischen Überlegungen aufrecht zu erhalten und um die Mittel für Investitionen, für Rationalisierungen, Strukturverbesserungen und zum Aufbau neuer Produktionen zur Verfügung zu stellen.

Unumgänglich ist allerdings die Erkenntnis, daß gegen weltweite Markttrends auf Dauer keine staatlichen Subventionen helfen, sofern sie überwiegend zur Erhaltung überholter Strukturen statt zur Anpassung an neue wirtschaftliche Notwendigkeiten verwendet werden. Natürlich ist die augenblickliche Bewältigung der krisenhaften Erscheinungen jetzt sehr schwer.

Erstens sind finanzielle Zuschüsse viel schwerer aufzubringen, und zweitens sind jetzt die den Betroffenen abzuverlangenden Opfer wesentlich größer und härter als sie zu Zeiten der Hochkonjunktur gewesen wären. Daß dies zu ernststen Reibungen führen muß, ist voll zu verstehen. Bedeutet doch Rationalisierung ohne Produktionsausweitung stets den Verlust von Arbeitsplätzen.

Es ist notwendig und endlich an der Zeit, daß ein gesamtösterreichischer Stahlangfristplan zumindest für die nächsten 15 Jahre erstellt wird, als Voraussetzung, daß irgendwelche seriösen Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden können. Es scheint festzustehen, daß in den traditionellen Sparten allein ein Überleben der Stahlindustrie im selben Umfang nicht gewährleistet erscheint. Um speziell im Mur- und Mürtzbereich das Arbeitskräfteangebot unterbringen zu können, wird es zu einer weiteren Umstrukturierung im Stahlbereich kommen müssen. Die bestehenden Unternehmungen werden neue Produktionen aufzunehmen haben beziehungsweise neue Betriebe werden dort anzusiedeln sein. Es bedarf eines forcierten Ausbaues, vornehmlich der verkehrsmäßigen Infrastruktur, um Standortnachteile einigermaßen ausgleichen zu können und auch einer Palette neuer Produktionszweige, die dort erzeugt werden sollen.

Für einen Kleinstaat wie Österreich, der mit dem Faktum eines beträchtlichen Importbedarfes an Energie und Rohstoff belastet ist und nur einen kleinen Inlandsmarkt hat, ist es besonders wichtig, daß der Forschung und Entwicklung ein besonderes Augenmerk zugewendet wird. Wir müssen uns vor Augen führen - und auch hier eine Zahl -, daß die Summe der direkten Förderung der betrieblichen Forschung und Entwicklung in Form von Zuschüssen und Darlehen aus öffentlichen Mitteln oder öffentlichen Fonds im Jahre 1978 nur einen Betrag von 212 Millionen Schilling, das waren weniger als Einzehntelprozent des Bundeshaushaltes, ausmachte.

Ich gebe zu, daß der Umfang der indirekten Förderung durch steuerliche Begünstigung oder durch die Finanzierung der Grundlagenforschung auf den Universitäten größer war. Aber es ist sicher eine Überlebensfrage, meine Damen und Herren, unserer Wirtschaft, daß von seiten des Staates eine offensivere Technologiepolitik, verbunden mit dem Einsatz - natürlich - finanzieller Mittel, betrieben wird. Wir können uns nämlich nicht in der Industrie Entwicklun-

gen in anderen Staaten verschließen, in welchen bereits die technologische Revolution – und es wurde schon einmal gesagt – in Form von Mikroprozessoren voll im Gange ist. Jene Mikroprozessoren, deshalb „Jobkiller“ genannt, weil sie schuld sind, daß in den traditionellen industriellen Fertigungsprozessen Arbeitsplätze radikal wegrationalisiert werden. Wen wundert es, wenn diesen „Jobkillern“ mit größter Zurückhaltung begegnet wird und man sich manchmal in die Zeit der Maschinenstürmer zurückversetzt fühlt. Wir können aber so eine weltweite Entwicklung nicht ignorieren, sondern müssen uns unverzüglich dieser Herausforderung stellen, um Schritt halten zu können. Wie weit die Dienstbarmachung dieser Technologie bereits gediehen ist, zeigt auch ein Beispiel aus der Autoindustrie. In den japanischen Toyota-Werken wird mit Hilfe von mikroprozessorgesteuerten Robotern siebenmal mehr und siebenmal rentabler als in anderen Fabriken Europas oder Amerikas produziert. Sie sind somit in ihrer Produktivität durch herkömmliche Methoden derzeit unschlagbar, außer daß wir wieder andere Roboter mit anderen Mikroprozessoren entwickeln.

Diese Automatisierung – auch nur nebenbei bemerkt, aber eine sehr plakative Zahl – wird zur Folge haben, daß nach Schätzungen Mitte der achtziger Jahre in der Autoindustrie nur mehr ein Drittel der derzeitigen Arbeitsplätze noch vorhanden sein wird. Wenn man den Stellenwert beachtet, den das Auto in unserem Leben und auf dem Beschäftigungssektor einnimmt, natürlich eine revolutionäre Entwicklung.

So ähnlich wird es nach und nach in anderen Industrie-sektoren gehen. Gigantische Entwicklungen stehen vor uns, für einen oberflächlichen Betrachter scheint es also durchaus nicht abwegig zu sein, daß der Computer den Menschen eines Tages überflüssig machen und ausschalten werde. Dort, wo jener Schritt – und das ist ein Trost – zur Computergesellschaft, an vorderster Stelle Japan, bereits vollzogen wurde, zeigt sich aber das Gegenteil. Je mehr Mikroprozessoren es gibt, um so mehr menschliche Hilfe wird notwendig, um diese Roboter zu bedienen. In Industrie-prozessen wegrationalisierte Arbeitsplätze tragen in anderen Bereichen offensichtlich – und da ist auch wieder Japan als Beispiel hinzustellen – zum Entstehen neuer, allerdings anderer, Qualifikation bei.

Arbeitsmarktpolitisch ist damit allerdings ein Problem verbunden, das nämlich bei allen Umstrukturierungen offensichtlich Schwierigkeiten bereitet, daß meist der Verlust von Arbeitsplätzen auf der einen Seite durch das Entstehen neuer an deren Stelle, womöglich am selben Ort oder in derselben Region, nicht gleich kompensiert werden kann. Trotzdem müssen wir diesen technischen Wandel mitvollziehen, weil das die Chance ist, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu verbessern und damit Wohlstandssteigerung und sozialen Fortschritt und eine langfristige Sicherung der Arbeitsplätze zu erreichen. Aus einer Studie, die von der Industriellenvereinigung erarbeitet wurde, geht hervor, daß eine ungenügende Nutzung der aus der Mikroelektronik erwachsenden Chancen zu Wettbewerbsnachteilen, verbunden mit weitreichenden Konsequenzen für Zahlungsbilanz und Arbeitsmarkt, führen würde. Ein – das ist auch klar – hochentwickelter Industriestaat muß nämlich auf

Dauer im Außenhandel Überschüsse erzielen. Dazu muß er international konkurrenzfähig sein. Wir haben uns hier nicht mit den Schwellenländern zu messen, sondern müssen mit anderen hochentwickelten Industrieländern Schritt halten können.

Meine Damen und Herren, neben den Sorgen, die uns mit der Stahlindustrie bereitet werden, hat auch die Bauwirtschaft unter dem Konjunkturrückgang sehr schwer zu leiden. Die rückläufige Auftragslage, verbunden mit sinkenden Erträgen in den letzten Jahren, brachte viele, viele Firmen in sehr ernste Schwierigkeiten. Leider sind sowohl vom Bundes- – und da befinde ich mich im Gegensatz zu meinem Vorredner – als auch vom Landesbudget keine nennenswerten belebenden Impulse zu erwarten, da hier die eingesetzten Budgetmittel gegenüber dem Vorjahr reduziert wurden. Da vom öffentlichen Sektor also keine nachfragestimulierende Wirkung ausgehen wird, wäre es wünschenswert, Randbedingungen zu schaffen, um die private Initiative mit dem Ziel zu mobilisieren, in Bauprojekte zu investieren. Gerade das vor kurzem im Nationalrat beschlossene Mietrechtsgesetz ist wieder ein Beweis dafür, wie sehr das Dogma die wirtschaftliche Rationalität beschneidet.

Denn die Entwicklung auf dem Wohnbausektor zeigt leider eindrucksvoll, daß auf Grund der budgetären Möglichkeiten und der steigenden Baukosten die öffentliche Hand nie in der Lage sein wird, das Wohnungsproblem allein zu lösen.

Angesichts dieser Tatsache wäre von einem neuen modernen Mietengesetz eine den Wohnungsmarkt belebende Wirkung zu erwarten gewesen, um auch von privater Seite Mittel für den Wohnbau flüssig zu machen. Leider wurde diese Chance versäumt. Der Hauseigentümer Stadt Wien hat sich durchgesetzt, und es wurde den anders gelagerten Besonderheiten einer Wohnungspolitik in den Bundesländern nicht Rechnung getragen. Selbst Finanzminister Salcher hat die unterschiedlichen Strukturen erkannt und von einer notwendigen Verlängerung gesprochen, die sich allerdings in diesem Gesetz nicht niederschlug. Der Verfall der Althaussubstanz, kein nennenswerter privater Wohnbau, der Dschungel der Ablösen und die Ausbeutung der Untermieter durch den Hauptmieter wird sich leider fortsetzen.

Bei der Betrachtung der Wohnsituation muß einmal eine Antwort auf die Frage gefunden werden, warum eigentlich von 2,64 Millionen Wohnungen in Österreich rund 250.000 leerstehen, warum diese 250.000 ungenutzt sind, warum diese dem Wohnungsmarkt nicht zugeführt werden?

Es handelt sich hier sicher zum Teil um Zweitwohnungen, zum anderen werden sie auf Grund eines untauglichen Mietengesetzes vom Besitzer nicht vermietet, und ein sehr großer Prozentsatz ist auf Grund des baulichen Zustandes unbewohnbar geworden.

Der Zustand vieler Althauswohnungen, obwohl noch benützt, ist unzumutbar schlecht. Es ist sicher eine bekannte Feststellung, daß in der Sanierung des Althausbestandes ein sehr hohes konjunktur- und beschäftigungspolitisches Potential liegt.

Die Ausschöpfung dieses Potentials würde vornehmlich für Klein- und Mittelbetriebe einen sehr wertvollen wirtschaftlichen Impuls darstellen. Die seinerzeitige

Reduzierung der Bausparförderung hat den Bau von neuen Wohnungen und Eigenheimen eingedämmt. Das neue Mietengesetz fördert in seinen Bestimmungen leider zu wenig die Verbesserung des Althausbestandes und Wohnungsstandards. Das zu einer Zeit, wo Stadtentwicklung nicht mehr mit Stadterweiterung gleichgestellt wird, sondern in der öffentlichen Meinung eindeutig der Stadterneuerung Vorrang vor den Satellitenstädten am Stadtrand eingeräumt wird.

Ein deutlicher Beweis in diese Richtung ist sicher auch das Ergebnis der in der vorigen Woche in Wien durchgeführten Volksbefragung, aus dem deutlich der Wunsch herauslesbar ist, einem Zerfließen der Stadt zu Lasten des natürlichen Lebensraumes Einhalt zu gebieten. Es wurde noch nicht überall erkannt, daß das Wohnungsproblem, seinerzeit ein durchaus gesellschaftliches Anliegen, heute weitestgehend zu einem wirtschaftlichen Problem wurde. Eine gesellschaftspolitische Lösung kann nur Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Bewältigung dieser Frage gehen. In unserer Wirtschaftspolitik fällt dem Staat zu allererst die Aufgabe zu, Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu gestalten. Dazu gehören Konjunkturpolitik, Wachstumspolitik, Forschung, Innovation, Umweltschutz und andere mehr. In einer sozialen Marktwirtschaft oder besser sozialverpflichteten Marktwirtschaft muß den Interessen von Minderheiten wie alten Menschen, Behinderten, unqualifizierten Arbeitnehmern, kinderreichen Familien, Jugendlichen ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz entsprechend Rechnung getragen werden. Neben diesen Rahmenbedingungen sollten dem Bürger weitestgehend freizügige Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Unser Staat hat sich in den letzten Jahrzehnten Funktionen angeeignet und Aufgaben übernommen, die weit über diese ihnen zuzuordnenden Agenden hinausgehen. Wohin hat uns aber diese Entwicklung geführt?

Zur Lähmung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung und zur Verkümmern menschlicher Gefühle. Das Scheitern des angestrebten perfekten Versorgungsstaates wird uns vor einer Verstärkung dieser Tendenzen bewahren. Durch die öffentlichen Haushalte wird der Offenbarungseid einer gescheiterten Gesellschaftspolitik abgelegt.

Der Betreuungs- und Versorgungsstaat scheitert an seiner Unfinanzierbarkeit.

Noch vermeint man, durch eine behutsame Zurücknahme öffentlicher Leistungen den Bürger vor einer Schocktherapie bewahren zu können. Man will verhindern, daß zu plötzlich erkannt wird, daß der bisher eingeschlagene Weg der allumfassenden Machbarkeit durch den Staat nur ein frommer Wunsch und jahrelang genährte Illusion war.

Gerade diejenigen, die stets von steigendem Wohlstand und der Verteidigung wohlworbener Rechte reden, gehen auf der anderen Seite munter daran, Scheibchen für Scheibchen Einschränkungen, verbunden mit Einbußen, abzuschneiden.

Wenn man in diesem Hause vor einigen Jahren wagte, Betrachtungen über die Grenzen unseres Wohlfahrtsstaates anzustellen, oder in manchen Bereichen das Prinzip steigender öffentlicher Leistungen als richtig anzuzweifeln oder zum Beispiel über Eigenleistun-

gen in der Krankenversicherung zu reden, so lief man Gefahr, als unsozial verteufelt zu werden.

Heute ist Allgemeingut, daß unser soziales Netz, das für viele bereits zu einer sehr bequemen Hängematte wurde, einer grundlegenden Diskussion über notwendige Reformen unterzogen werden muß.

Nicht bessere Einsicht, sondern die normative Kraft des Faktischen hat hier zum Umdenken geführt.

Denn es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß zwischen Wirtschaftlichem und Sozialem ein Zusammenhang besteht. Die tägliche Wirklichkeit vermittelt vielfach einen anderen Eindruck. Der Streit um den Primat von Wirtschafts- oder Sozialpolitik ist müßig. Denn Wirtschafts- und Sozialpolitik dienen gemeinsam der Verwirklichung der Ziele der Gesellschaftspolitik.

Unter Sozialpolitik ist im weiteren Sinn mehr als nur die Garantie eines finanziellen Minimums für den Lebensunterhalt zu verstehen. Dazu gehört sicher auch ein weit ausgebautes Arbeitsrecht. Deshalb sind zum Beispiel Arbeitszeitverkürzung und Mindesturlaubsverlängerung als langfristige sozialpolitische Ziele durchaus zu bejahen, aber in der augenblicklichen Situation wäre eine Verwirklichung wirtschaftspolitisch sicher schädlich. Als wirtschaftspolitische Maßnahme, nämlich weniger Arbeit auf mehrere Schultern aufteilen zu wollen, würde lediglich den Nachteil einer weiteren Wettbewerbsverschlechterung auf den ausländischen Märkten bringen. (Abg. Hammerl: „Kann man nur probieren. Das tun ja die anderen auch!“) Nur in einer florierenden Wirtschaft ist eine gute und fortschrittliche Sozialpolitik möglich. Wir müssen trachten, daß in einer notleidenden Wirtschaft nicht auch die soziale Sicherheit notleidend wird.

Der öffentlichen Meinung liegt deshalb sicher der Wunsch an vorderster Stelle, das bisher Erworbene zu erhalten. Es wäre ein frivoles Spiel, aus parteitaktischen Motiven einerseits Bedürfnisse zu wecken und Zwangsbeglückungen zu bescheren, um andererseits wieder durch Maßnahmen den Besitzstand zu reduzieren. Lohnabschlüsse unter der Inflationsmarke sowie Beitragserhöhungen im Sozialbereich sind schon Anzeichen dafür.

Eine 37. ASVG-Novelle, die höhere Krankenkassenbeiträge für geringere Leistungen festlegt, ist ein Beweis dafür, daß schon in der Vergangenheit die Grundtendenz falsch war.

Abschließend möchte ich doch einen Blick über unsere Grenzen werfen und kurz die tragischen Ereignisse, die sich in den letzten Tagen in Polen entwickelten, streifen. Hier ist ein Regime dabei, den Wunsch nach wirtschaftlicher Besserstellung, gepaart mit aufkeimendem Freiheitswillen, dem Streben nach mehr persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung, mit Waffengewalt zu unterdrücken und zu zerschlagen. Menschen, sie sich veranlaßt sahen, für diese Rechte einzustehen, werden eingesperrt, durch Verbote werden bereits erkämpfte Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt. In einem Arbeiterparadies werden Arbeiter mit Waffengewalt zur Arbeit getrieben. Hier haben Menschen unter einer Herrschaft, unter der Menschenrechte, Menschenwürde mit Füßen getreten werden, den Versuch unternommen, sich zu wehren. Wie sehr an Bedeutung müssen da unsere eigenen Probleme

verlieren, wenn wir mit solchen Ereignissen konfrontiert werden. Wir leben in einem freien Land. Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind für uns schon allzu selbstverständliche Begriffe geworden. Wir laufen Gefahr, zu vergessen, daß sich diese Güter stets zu bewähren haben und immer aufs Neue erkämpft werden müssen. Auch bei uns gibt es Zweifel, ob unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung in der Lage sein werde, eine sicher schwierigere und spannungsgeladene Zukunft zu bewältigen. Wir sollten uns alle bemühen, da vielleicht sehr viel auf dem Spiel steht, diesen Aspekt nicht aus dem Auge zu verlieren. Ein lebhaftes Wirtschaftswachstum hat vielen unserer Mitmenschen mehr Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß vielfach auch überzogen und Wechsel für die Zukunft ausgestellt wurden. Jetzt geht es darum, uns in unseren Erwartungen auf ein schrumpfendes Wachstum umzustellen und unsere Wünsche danach auszurichten.

Jetzt muß dort ein Ausgleich gefunden werden, wo in der Vergangenheit zu undifferenziert öffentliche Leistungen angeboten wurden, und müssen die Wechsel eingelöst werden.

Dazu sind nüchterne Analysen und sachliche Entscheidungen, frei von ideologischem Ballast, notwendig.

Im Landesbudget, das allein schon aus diesen Gründen bei weitem nicht allen Anforderungen gerecht werden kann, kann lediglich der Versuch einer Stabilisierung und Umschichtung unternommen werden.

Solche Ansätze sind im Budget für das Jahr 1982 durchaus erkennbar.

Wir werden dem Jahresvoranschlag 1982 unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich frage daher den Herrn Hauptberichtersteller, ob er den Antrag stellt, in die Spezialdebatte einzugehen.

**Hauptberichterstellerstellvertreter Zinkanell:** Ich stelle diesen Antrag.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Herrn Hauptberichterstellerstellvertreters gehört. Wer ihm zustimmt, möge zum Zeichen der Annahme eine Hand erheben.

Der Antrag ist angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung von 12.30 Uhr bis 14.15 Uhr.)

Meine Damen und Herren!

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Im Namen der Obmänner der drei im Landtag vertretenen politischen Parteien gebe ich folgende Erklärung ab:

Mit großer Sorge, tiefer Betroffenheit und innerer Anteilnahme verfolgen wir alle die dramatische Zuspitzung der Situation in Polen. Wir geben in dieser ersten Stunde unserer gemeinsamen Hoffnung Ausdruck, daß es zu keiner Einmischung von außen kommt, die auch zu einer gefährlichen Verschärfung der weltpolitischen Lage führen müßte, daß der Aus-

nahmezustand und die neuerliche Einschränkung elementarer Menschen- und Grundrechte in Polen so rasch als möglich aufgehoben werden und der beeindruckende und mutige Weg des polnischen Volkes zu mehr demokratischer Freiheit und zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme weiterführen möge. Diese Situation erfordert die Solidarität aller Menschen mit dem polnischen Volk. Es geht um die Solidarität aller demokratischen Staaten der Welt, also auch um jene unserer Republik Österreich. Es geht um die Solidarität des Landes Steiermark, wie insbesondere auch um die jedes Einzelnen. Wir erwarten größtmögliche Hilfestellung seitens der öffentlichen Stellen für Polen und polnische Flüchtlinge.

Gleichzeitig wenden wir uns an die Steirerinnen und Steirer. Am Montag hat die Steiermärkische Landesregierung einstimmig einen Spendenaufruf an die steirische Bevölkerung beschlossen, um die Not der ärmsten kinderreichen Familien in Polen zu mildern. Denn gerade auch zu Weihnachten fehlen in Polen lebenswichtige Grundnahrungsmittel. Die Geldspenden sollen zum Ankauf von Lebensmittellieferungen für polnische Kinder verwendet werden. Alle drei Fraktionen des Landtages unterstützen diesen Spendenaufruf und bitten die Steirerinnen und Steirer, ihren Beitrag für diese steirische Solidaritäts- und Hilfsaktion auf das Konto Nr. 50.000 der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark zu leisten.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, zum Zeichen Ihres Einverständnisses mit dem Inhalt dieser Erklärung sich von den Sitzen zu erheben.

Ich danke Ihnen für diese Kundgebung und das damit bekundete ausgesprochene Bekenntnis zur Menschlichkeit.

Wir gehen nun in die Spezialdebatte ein.

#### **Gruppe 8: Dienstleistungen**

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Richard Pfohl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Pfohl:** Hohes Haus, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Finanz-Ausschuß wurde die Gruppe 8, Dienstleistungen, im Detail besprochen. Die Gesamteinnahmen der Gruppe betragen 66,882.000 Schilling, die Ausgaben 145,878,000 Schilling.

Im Namen des Finanz-Ausschusses beantrage ich, das Hohe Haus möge die Gruppe 8, so wie vorgetragen, zustimmend zur Kenntnis nehmen.

**Präsident Zdarsky:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. DDr. Stepantschitz:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 8 werden auch die dem Land Steiermark gehörenden Landwirtschaften behandelt. Wir können nun feststellen, daß diese im Jahr 1980 einen Abgang von über 8 Millionen Schilling verursacht haben. Ich glaube, diese Zahl wäre doch Veranlassung, darüber nachzudenken. Grundsätzlich, glaube ich, kann man einmal feststellen, daß es doch wirklich nur die Bauernkraft ist, die aus dem Boden so viel heraus-

holt, daß man ohne Pragmatisierung, ohne Schema des Gehalts nicht nur leben kann, sondern sich auch ernähren kann. Diese Zahlen zeigen sehr eindrucksvoll, was wir den freien Bauern wirklich zu verdanken haben.

Zum zweiten: Wenn man die Zahlen aufgliedert, so gibt es 13 Landwirtschaften, die den Landwirtschaftsschulen angeschlossen sind. Diese haben bei über 2000 Hektar einen Verlust von etwa 4 Millionen Schilling. Jene Landwirtschaften, die den Krankenhäusern angeschlossen sind, haben nur 400 Hektar – also etwa ein Fünftel der Fläche – und verursachen einen Abgang von fast 4 Millionen Schilling – also fast den gleichen. Man sieht also, daß der Hektarverlust bei den Krankenhäusern noch bedeutend größer als bei jenen, die den Landwirtschaftsschulen gehören, ist. Man kann dabei noch das Argument ins Spiel bringen, daß die Landwirtschaftsschulen eben auch Landwirtschaften aus rein schulischen Gründen brauchen.

Meine Damen und Herren, ich bin das erste Mal im Jahr 1957 in den Landtag berufen worden und habe damals, wie jeder junge Abgeordnete, sehr genau das Budget studiert, und ich darf aus dem Protokoll der Sitzung vom 18. Dezember 1957 aus meiner Rede zitieren: „Wenn zum Beispiel Hörgas ohne Berücksichtigung der Investitionen einen Abgang von 160.000 Schilling vorsieht, so ist das eine etwas eindrucksvolle Zahl.“ Es geht dann so weiter – Sie können sich das vorstellen. Es waren damals 160.000 Schilling. Heute beträgt der Abgang von Hörgas laut Erfolg 1980 824.000 Schilling, und die Budgetierer waren nicht so optimistisch: Für das kommende Jahr ist ein Betrag von 1.178.000 Schilling vorgesehen.

Schauen Sie, man hat damals argumentiert, Hörgas braucht eine Landwirtschaft, weil die Lungenkranken eben sicher sein müssen, daß sie auch eine Milch bekommen. Inzwischen gibt es kaum mehr Lungenkranke – Gott sei Dank –, es gibt auch zu viel Milch, aber die Landwirtschaft ist immer noch erhalten geblieben. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben nicht zu Unrecht den Antrag eingebracht; man soll doch diese Gründe dazu verwenden, daß junge tüchtige Bauern – Bauernburschen – ein Land bekommen als Pächter oder als Eigentümer, wo sie so arbeiten können, daß einerseits die Milch sichergestellt ist – natürlich auch für die Kranken – und daß andererseits es dem Land erspart bleibt, da noch etwas dazuzahlen. Es ist 24 Jahre her, daß ich auf dieses Problem hingewiesen habe – nächstes Jahr wäre es das silberne Jubiläum. Ich weiß nicht, ob inzwischen unseren Bestrebungen Erfolg beschieden ist, sonst werden wir vielleicht gemeinsam im Kanon singen können – nachdem ja von damals fast niemand mehr hier ist –, Regierung und Landtag werden vergehen, das Rindvieh von Hörgas – es bleibt ewig bestehen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hammerl:** Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Ansatz 85 der Gruppe 8 sind Förderungsmittel für den Wohnungsbau für Bedienstete der Hoheitsverwal-

tung veranschlagt. Diesmal ist es ein Betrag von 2.040.000 Schilling, der für den Ankauf von Wohnungen vorgesehen ist. Weil nun hinter diesem an sich nicht allzu großen Ansatz aber doch eine beachtliche Sozialleistung auf diesem Sektor einerseits über die Abteilung Liegenschaftsverwaltung für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung und andererseits in einem anderen Absatz auch Mittel für die Errichtung von Wohnräumen und vor allem Personalunterkünften in den Krankenanstalten aufscheinen und hier zuzuzählen sind, scheint mir eine Anführung der zur Zeit im Bau und in Fertigstellung befindlichen Wohnbauvorhaben doch von allgemeinem Interesse.

Für Bedienstete der Hoheitsverwaltung sind das zur Zeit folgende Vorhaben: ein 16-Familien-Wohnhaus in Bruck an der Mur, Aufwand hierfür über 10 Millionen Schilling; Mietwohnungen in Graz in der Petrifelderstraße, Aufwendungen hierfür etwa 2 Millionen Schilling; zwei Wohnhäuser in Graz in der Feldgasse 8, Aufwand über 1,5 Millionen Schilling; 18 Mietwohnungen samt Tiefgaragen in Graz, Eckertstraße, Aufwand 835.000 Schilling; weitere 130 Wohnungen in Graz in der Petersgasse 31 mit einem Kostenaufwand von 80 Millionen Schilling; zwei Personalhausbauten in Graz in der Brucknerstraße mit einem Aufwand von 17.427.000 Schilling; schließlich in Graz noch in der Straßganger Straße/Ankerstraße Personalbauten mit einem Aufwand von 40 Millionen Schilling. Wohnraum und Personalunterkünfte für Dienstnehmer in den Krankenanstalten werden derzeit im Landeskrankenhaus Feldbach, Fürstenfeld und Wagna errichtet. In diesen Bereichen werden zusammen 58 Garçonniären und drei Mehrraumwohnungen gebaut, wozu für das Grazer Landeskrankenhaus noch die Anmietung von 79 Garçonniären und 30 Wohneinheiten für Dienstnehmer des Landeskrankenhauses in Graz gezählt werden kann.

Meine Damen und Herren! Im Besitz des Landes sind insgesamt 1837 Wohnungen. Hievon rund 1600 in Graz. Eine gleich hohe Anzahl von Dienstunterkünften gibt es in den Spitälern. Trotz dieser beachtlichen Leistungen auf diesem Sektor, die nur möglich sind, weil entsprechende Mittel aus der Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt werden, besteht eine große Nachfrage seitens der Landesbediensteten nach Wohnungen. Eine letzte Zahl: Es liegen 1013 Wohnungsansuchen bei der Abteilung für Liegenschaftsverwaltung auf, wovon etwa zwischen 600 und 700 als besonders dringliche Fälle zu bezeichnen sind. Viele dieser Ansuchen haben zur Zeit keine Chance, wohnversorgt zu werden, weshalb eine Einbindung auch dieser Wohnbauvorhaben für Landesbedienstete in das Sonderwohnbauprogramm empfehlenswert wäre. Jedenfalls würde ich ersuchen, die Leistungen auf dem Wohnbausektor für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung und der Krankenanstalten keiner Kürzung zuzuführen, sondern diese im bisherigen Umfang voll aufrecht zu erhalten. Vor allem, meine Damen und Herren, sollten die Grundstücksbereitstellungen zeitgerecht erfolgen. Ich stelle dieses Ersuchen an den Herrn Landesrat Dr. Klauser, an den Herrn Landesrat Heidinger und an den Herrn Landesrat Koiner, und ich möchte dabei nicht versäumen, den drei Herren für die bisherige Unterstützung all dieser Vorhaben auch meinen Dank auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Weiters zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Strenitz:** Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor wenigen Wochen ist im Rahmen einer Enquete eine Planungsstudie, betreffend den Verkehrsverbund in der Region Graz und Graz-Umgebung, vorgestellt worden, die von der Steiermärkischen Landesregierung und der Grazer Stadtwerke AG. in Auftrag gegeben und von der Arbeitsgruppe Köstenberger, Sammer, Pesch durchgeführt wurde. Diese Planungsstudie untermauert mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und einer Reihe von Daten und Fakten ein Problem, das uns allen leider nur allzu gut bekannt ist, nämlich, daß die derzeitige Verkehrssituation im Grazer Zentralraum in raumplanerischer Hinsicht, von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten her und auch was die Lebensqualität betrifft durchaus unbefriedigend ist. Nun, meine Damen und Herren, diese Studie ist Ihnen allen zugegangen. Ich möchte mich daher auf die zentralen Aussagen beschränken. Erstens: Täglich erfolgen im Zentralraum Graz rund 700.000 Personenfahrten, von denen wieder etwa 45 Prozent Pendlerbewegungen sind. Der Versuch, all diese Verkehrsströme mit individuellen Verkehrsmitteln zu bewältigen, muß scheitern, würde eine Verschwendung gigantischen Ausmaßes herbeiführen und nicht zuletzt zu einer völligen Zerstörung der urbanen Lebensqualität führen. Dabei ist es leider so, daß sich das Verhältnis zwischen öffentlichem Verkehr und Individualverkehr in den letzten 30 Jahren fortgesetzt zum Nachteil des öffentlichen Verkehrs verschiebt. Waren es in den fünfziger Jahren noch rund 58 Prozent des Verkehrsaufkommens, das durch öffentlichen Verkehr bewältigt wurde, und 42 Prozent Individualverkehr, so waren es 1973 nur noch 29 Prozent öffentlicher Verkehr und schon 71 Prozent Individualverkehr, und die Prognose für 1985 lautet 19 Prozent öffentlicher Verkehr und bereits 81 Prozent Individualverkehr. Die Problematik wird noch durch eine durchaus ungesunde Konkurrenz von rund 23 Verkehrsträgern und Verkehrsunternehmen in diesem Raum erschwert. Die Energieverteuerung macht die Kostensituation der einzelnen Verkehrsträger weiters ungünstiger, die Energiepreise sind in einem Ausmaß gestiegen, daß sie nicht mehr überwält werden können, und der geringe Kostendeckungsgrad führt zu interessanten Entwicklungen. Wo nämlich nicht von vornherein der Eigentümer das Defizit aus allgemeinen Budgetmitteln trägt, werden Wege der Umwegsfinanzierung beschritten, das heißt, daß etwa die Post die Defizite ihrer Autobuslinien mit den Telefongebühren finanziert und die Grazer Verkehrsbetriebe ihr Defizit aus dem Erlös von Strom und Wasser tragen. Es ist aber durchaus nicht einsehbar, daß durch diese Finanzierungsform die Kosten auf an sich Unbeteiligte überwält werden. Alles in allem, meine Damen und Herren: Die Situation ist so, daß der öffentliche Nahverkehr stagniert, daß von einer Verbesserung der Qualität keine Rede sein kann, im Gegenteil, eine Qualitätsminderung eintritt, und daß dieser Teufelskreis: Qualitätsminderung – schlechtere Ausnutzung – noch prekärere finanzielle Situation über kurz oder lang bei dem einen oder anderen

Verkehrsträger zu einem finanziellen Fiasko führen kann und wahrscheinlich auch führen wird.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, an dieser Stelle eine allgemeine grundsätzliche Bemerkung machen. Ich glaube, die öffentliche Hand sollte sich ganz einfach dazu bekennen, daß ein gewisses Mindestangebot an öffentlichen Verkehrseinrichtungen gleichzeitig ein Mindestangebot an Infrastruktur ist, für das die jeweilige Gebietskörperschaft im Rahmen ihrer räumlichen Grenzen und ihrer finanziellen Möglichkeiten ganz einfach Verantwortung tragen, genauso wie wir Verantwortung tragen für Schulen, Kindergärten, Spitäler und so manches andere noch. So sollte eine halbe Stunde Fahrzeit die Obergrenze für die Erreichbarkeit aller wichtigen Einrichtungen in einer Region sein. Das ist ganz einfach eine Frage der Lebensqualität und der möglichst wertgleichen Lebensbedingungen aller Menschen. Die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs ist aber auch eine sozialpolitische Maßnahme, vor allem für sozial schwächere Schichten, für Jugendliche, für Frauen, für ältere Menschen, die ganz einfach nicht in der Lage sind, ein individuelles Fahrzeug in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen und Herren, daher ist die Schaffung eines Nahverkehrsverbundes für den Grazer Zentralraum ganz einfach ein Gebot der Stunde, um von diesem Nahverkehrsverbund ausgehend später auch zu einem Verkehrsverbund für das gesamte Gebiet der Steiermark zu kommen. Für die Lösung der organisatorischen Maßnahmen dieses Problems wird wahrscheinlich die Einsetzung einer außenstehenden Projektgruppe, einer Landeskoordinierungsstelle, zweier oder mehrerer Landesbeauftragter für den öffentlichen Verkehr günstig sein, wobei natürlich die Verkehrsträger ÖBB, GVB, Grazer Verkehrsbetriebe und so weiter sachverständigerweise heranzuziehen sein werden. Es wird Aufgabe sein, die 23 Verkehrsträger, ein einheitliches Liniennetz, Fahrpläne, Tarife usw. zu koordinieren. Es wird aber vor allem Aufgabe sein, sich über die Finanzierung dieses öffentlichen Verkehrs Gedanken zu machen, weil zu den bisherigen Kostenbelastungen durch Energie, Personal, geringe Auslastung noch, und das ist schon errechnet worden, ein rund 35prozentiger Durchtarifizierungsverlust dazukommt. Unter Bezugnahme auf das, was ich vorher gesagt habe, daß sich nämlich die Gebietskörperschaften ihrer Verantwortung ganz einfach nicht entziehen dürfen, möchte ich das Angebot des Grazer Bürgermeisters, die Grazer Verkehrsbetriebe dem Land quasi geschenktweise zu überlassen, als eine Kindesweglegung bezeichnen, die vielleicht seine eigenen Sorgen ein bißchen kleiner macht, aber das Problem insgesamt keineswegs löst. Meine Damen und Herren, wir sollten auch hier nicht in den wenig einfallreichen und unnötigen Ruf einstimmen, neue Steuern zu fordern, etwa eine neue Verkehrsabgabe, sondern wir sollten vielmehr versuchen und bemüht sein, alle bisher schon bestehenden Möglichkeiten auszunützen, dazu gehört auch die Inanspruchnahme der Nahverkehrsmilliarde! Es ist überaus erfreulich, daß es im Herbst zwischen dem zuständigen Referenten der Landesregierung und dem Verkehrsminister Kontakte gegeben hat; vielleicht war das kein Zufall. Vielleicht deshalb kein Zufall, weil die Sozialisten in der Argumentation und auch im Bemü-

hen um den Landtagswahlkampf einige Male mit Hans Gross an der Spitze die Inanspruchnahme der Nahverkehrsmilliarde gefordert haben. Es ist sehr erfreulich, daß die Regierung am vergangenen Montag den Ankauf der Stölzle-Gründe im Bereich des Grazer Hauptbahnhofes mit einer Kostentragung 20 Prozent Land, 80 Prozent Bund zum Ausbau notwendiger Nahverkehrseinrichtungen beschlossen hat. Es ist ebenso erfreulich, daß es im Jänner zwischen dem Verkehrsminister, der nach Graz kommen wird, und den Vertretern der beiden großen steirischen Parteien Gespräche geben wird.

Aber, meine Damen und Herren, ich kann Ihnen leider eine kritische Bemerkung nicht ersparen. Es ist leider eine Tatsache, daß die Gespräche, die schon 1975/76 zwischen der Steiermark und dem Bund geführt wurden, eingeschlafen sind. Wir hätten damals die Chance gehabt, als drittes österreichisches Bundesland nach Tirol und Vorarlberg zu einem Nahverkehrsabkommen mit dem Bund zu gelangen. Heute haben sechs andere Bundesländer solche Nahverkehrsverträge mit dem Bund abgeschlossen. Es ist viel Zeit verflossen, und es sind natürlich auch die Ausbaukosten ganz gewaltig gestiegen. Es geht um den lebensnotwendigen Ausbau eines Schnellbahnsystems, um eine Verbindung der obersteirischen Industrierräume Leoben, Kapfenberg, Bruck mit dem Grazer Raum und um eine Fortsetzung dieses Schienenstranges in einem zweigleisigen Ausbau bis nach Leibnitz. Es geht aber auch um den Ausbau der Achse Oststeiermark, Gleisdorf über Graz in den weststeirischen Raum, und es ist notwendig, diese Planungsarbeiten sehr rasch voranzutreiben.

Und weil ich jetzt oststeirischer Raum sage, erlauben Sie mir, daß ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Schilcher, der im Augenblick leider nicht im Raum ist, sehr herzlich für die Freundlichkeit danke, daß er heute vormittag den sozialistischen NR.-Klubobmann Dr. Fischer und meine Person in einem Atemzug genannt hat. Ich schätze Fischer sehr und fühle mich mit ihm in guter Gesellschaft. Aber es ist nicht so, daß es in unserem Klub eine Doppelstrategie gäbe, was die Pendlerpauschale betrifft.

Meine Damen und Herren, solange der öffentliche Verkehr in gewissen Regionen der Steiermark solche Mängel aufweist, wie das heute der Fall ist, und ich nenne etwa oststeirische Gebiete und die Grenzregionen, und solange die wirtschaftliche Situation von den Menschen dieses Landes ganz einfach eine gewisse Mobilität erfordert und diese Mobilität eben nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigt werden kann, sondern nur durch das private Kraftfahrzeug, solange – glaube ich – ist es nicht zumutbar, daß diese Menschen zu ihrem Opfer an Freizeit – und diese Menschen verbringen viele, viele Stunden auf den Verkehrswegen und sind von ihren Familien abwesend – auch noch finanzielle Opfer bringen. Das ist der Sinn der Pendlerpauschale, und aus diesem Grund haben wir sie beantragt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, zum Abschluß zu kommen und noch einige Anmerkungen zur speziellen Grazer Situation zu machen. Es ist Ihnen allen bekannt, daß die Grazer Verkehrsbetriebe zur Zeit ein jährliches Defizit von rund 100 Millionen Schilling haben, und ich glaube, daß auch das Land an

dieser Problematik nicht vorübergehen darf, wenn wir uns daran erinnern, daß etwa 700.000 Personenbewegungen täglich im Raume Graz und Umgebung stattfinden und davon rund 45 Prozent Pendelbewegungen sind. Ich habe schon gesagt, daß ich mich mit dieser versuchten Kindesweglegung des Grazer Bürgermeisters nicht einverstanden erklären kann. Ich sage, daß der Bund seine Verpflichtungen sehr ernst nimmt, daß der Bund der GVB alljährlich rund 20 Millionen Schilling aus der Nahverkehrsmilliarde zur Verfügung stellt. Auch 1982 wird dieses Geld kommen. Ich nenne die Leistungen aus der Schülerbeförderung, und ich nenne die 10 Millionen Zuschüsse an die Stadt Graz nach dem Finanzausgleichsgesetz, die zur Kosten- und Verlustabdeckung der Grazer Verkehrsbetriebe weitergeleitet werden. Und ich stehe nicht an, anzuerkennen und zuzugeben, daß auch das Land Steiermark in den vergangenen Jahren erhebliche finanzielle Mittel in die Grazer Verkehrsbetriebe, etwa für den Ausbau des Funkleitsystems und den Ankauf der Autobusse, hat fließen lassen. Aber wir waren verwundert darüber, daß die Bereitschaft des Landes, zu helfen, im Augenblick geringer geworden sein dürfte. Oder ich habe die Antwort des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Fuchs falsch verstanden, der in einer Anfragebeantwortung gemeint hat, daß ein Investitionszuschuß von heuer 10 Millionen Schilling und im nächsten Jahr 10 Millionen Schilling an die Grazer Verkehrsbetriebe zwar wichtig wäre, aber nicht vorrangig sei. Und ich hoffe, daß in dieser Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen wurde.

Meine Damen und Herren, worum es also hier geht, ist nicht steirische Politik zu machen und nicht Grazer Politik, sondern eine gemeinsame steirische und Grazer Politik für die Menschen, die diese Verkehrsmittel in Anspruch nehmen. Es ist notwendig, ein koordiniertes System von Förderungsmöglichkeiten zu suchen und zu finden, zu mittel- und langfristigen Finanzierungskonzepten zu kommen, zu Konzepten, die überregional sind und die wahrscheinlich auf mehreren Beinen stehen müssen, wenn wir es vermeiden wollen, daß hier in allzu naher Zeit ein finanzieller Kollaps passiert. Die Verkehrsträger, auf sich allein gestellt, nicht nur die Grazer Verkehrsbetriebe, sondern alle anderen Verkehrsträger auch, werden dazu wahrscheinlich nicht in der Lage sein. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Stoppacher das Wort.

**Abg. Stoppacher:** Frau Präsident, Hoher Landtag, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich habe zuerst über keine Kindesweglegung zu sprechen, sondern ich möchte dem Herrn Kollegen Dr. Strenitz sagen, daß ich mich freue, daß er eine Adoption begeht. Die ÖVP-Fraktion im Nationalrat hat bereits vor langer Zeit einen Antrag auf Einführung einer Pendlerpauschale gestellt, und es würde mich und meine Fraktion freuen, wenn es der Landtagsfraktion der SPÖ Steiermark gelänge, die Nationalratsfraktion der SPÖ – die Mehrheitsfraktion – davon zu überzeugen.

Ein Zweites: Wir freuen uns auch über die Stärkung des öffentlichen Verkehrs in der Oststeiermark, und ich komme ja aus diesem Gebiet, von dem der Herr

Abgeordnete Dr. Strenitz gesprochen hat. Wir brauchen wirklich eine Stärkung des öffentlichen Verkehrs überall dort, wo die Bereitschaft der Menschen besteht, dieses Verkehrsmittel auch anzunehmen.

Und nun zu meinem eigentlichen Thema: In der Gruppe 8, „Dienstleistungen“, befinden sich auch die Verkehrsbetriebe, darunter die Steiermärkische Landesbahn. Wenn man den Wirtschaftsplan der Steiermärkischen Landesbahn betrachtet, sieht man, daß etwa 81 Millionen Schilling an Ausgaben 10,5 Millionen Schilling an Einnahmen gegenüberstehen und somit ein Abgang von 70,6 Millionen Schilling, der als Zuschuß – der Hauptsache nach – durch den Eigentümer, das Land Steiermark, getragen werden muß. Von diesem Abgang – und ein Teil davon liegt ja im Bereich unseres Bezirkes Weiz – entfällt auf die Normalspurbahn Gleisdorf–Weiz, ein Anteil von 9,2 Millionen Schilling, die Bahn Weiz–Birkfeld 14,6 Millionen Schilling und schließlich auf den Kraftwagenbetrieb Weiz weitere 2,9 Millionen Schilling.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heutige Generalredner meiner Fraktion, der Österreichischen Volkspartei, hat von den Dinosauriern gesprochen. Ich habe die Aufgabe, nach dem Motto „klein ist schön“ von der Schmalspurbahn meines Bezirkes zu reden und möchte anhand dieses Beispiels Weiz–Birkfeld und zum Teil der Normalspurbahn Gleisdorf–Weiz einiges sagen. Ich erinnere mich persönlich sehr gut an das Ende der dreißiger Jahre, als ich als Schüler, später als Angestellter in der Elin und auch danach noch einige Zeit, täglich mit der schönen Schmalspurbahn, noch unter Dampfbetrieb, von Anger nach Weiz gefahren bin.

Meine Damen und Herren, das Pendlerproblem ist zwar heute sehr aktuell und akut. Pendler aber hat es zu allen Zeiten gegeben. Ich war einer davon, der täglich gependelt ist, und dazu noch etwa eine Stunde vom Bahnhof zum Elternhaus hin und zurück zurücklegen mußte. Damals war das Verkehrsmittel der Pendler die Bahn und Schusters Rappen. Später ist dann die Konkurrenz in Form der Lkw, der Omnibusse und der vielen Pkw gegen die Bahn aufgetreten. Das bedingte einen Rückgang in der Benützung der Bahn und in ihrer Frequenz. Der Rückgang der Frequenz bei der Bahn brachte natürlich auch einen Rückgang der notwendigen Einnahmen. Das war das eine Problem, die Bahn Weiz–Ratten.

Das zweite große Problem, und wohl das weitaus gravierendere, war die Einstellung des Bergbaubetriebes Ratten. Man konnte damals bereits mit Sorge und einer gewissen Vorausschau Überlegungen anstellen, daß dies auch seine Folgen im Bahnbetrieb haben wird. Durch diesen Rückgang wurde schließlich eine Verminderung der Einnahmen, was ich bereits betont habe, sichtbar. Dies bewirkte wiederum, daß die Möglichkeit der notwendigen Investitionen, die zur Betriebssicherheit, zur Modernisierung und zur Erhöhung des Komforts des Angebots geführt hätten, eingeschränkt wurden. Infolge dieser Entwicklung kamen bei uns, in unserem Gebiet im oberen Feistritztal, insbesondere im Gerichtsbezirk Birkfeld, immer wieder Debatten darüber auf, wie lange es dauern wird, bis die Bahn eingestellt wird. Insbesondere hatten wir diese Debatten über das Streckenstück Birkfeld–Ratten.

Hier gab es Befürworter nicht aus dem Herzen heraus, sondern vor allem aus nüchterner Überlegung der Wirtschaftlichkeit. Andere gab es wieder, die die Sorge über die verstärkte Umweltbelastung zum Ausdruck brachten, daß die Zahl der Lkw noch größer wird, die durch den schmalen Graben des Feistritztales fahren. Hier gab es dann weiters auch die Sorge des überhöhten und hohen Energieverbrauches, insbesondere als Folge des Ölschocks von 1976. Schließlich trat die Sorge des eventuellen Entfalls der Fremdenverkehrsattraktion der „Bummelbahn“ Weiz–Birkfeld–Ratten in Erscheinung. Gerade Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart weiß, wie bedeutungsvoll diese Bahn auch für den Fremdenverkehr war und ist. Schließlich die Sorge aller Gewerbebetriebe und in weiterer Folge der Konsumenten, daß, wenn der Kopfbahnhof weiter herunterverlegt wird, unter Umständen eine Erhöhung der Frachttarife eintreten könnte. Trotzdem, meine Damen und Herren, war es einfach unumgänglich, daß das Streckenstück Weiz–Ratten eingestellt wurde. Die Folge davon waren viele Zeitungsartikel. Ich habe einen davon mit Bildern hier. Bilder eines Streckenkörpers, wo die Geleise abmontiert, die Schwellen herausgerissen und das Stück, wo früher eine Bahn gewesen ist, anderen Zwecken zugeführt wurde. Ich weiß sehr wohl, und wir Menschen im oberen Feistritztal anerkennen das auch, daß das Land Steiermark als Inhaber dieser Landesbahn und im besonderen auch die Steiermärkische Landesregierung und der zuständige Referent, Landesrat Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs, sich immer ehrlich bemüht haben, die Bahn zu erhalten. Uns, meine Damen und Herren, geht es darum, daß echte Bemühungen weitergeführt werden, um die Bahn Gleisdorf–Weiz in ihrem Bestand zu sichern, weil sie nicht nur für die Menschen, sondern auch für den großen Betrieb der Elin eine Notwendigkeit ist. Gerade das Land Steiermark hat durch die Bereitschaft, für den Ausbau der Aspang-Bahn Gelder aus ihren Budgetmitteln zur Verfügung zu stellen, bewiesen, daß es auch für den Menschen des oststeirischen Raumes, meiner engeren Heimat, bereit ist, die notwendigen Opfer zu bringen. Die Bemühungen, die in diesem Bereich erfolgt sind, sind die Großreparaturen an Waggons, die Sanierung der Brücken und Viadukte, die Erhaltung und Verbesserung der Schienenwege und schließlich auch die Unterstützung von den Bediensteten. Diese Unterstützung der Bediensteten der Steiermärkischen Landesbahn beginnt beim Streckenarbeiter und geht hinauf bis zum Landeseisenbahndirektor. Vor allem möchte ich auch die Personalvertretung der Steiermärkischen Landesbahn nennen, die sich um die Erhaltung der Arbeitsplätze der dort beschäftigten Menschen angenommen hat. Neben der Bedeutung der Landesbahn als Verkehrsträger ist sie als Stätte der Lehrlingsausbildung und Arbeitsplatzbeschaffung für 102 Beschäftigte – im Raum Weiz sind zehn Lehrlinge beschäftigt – von großer Wichtigkeit. Gerade wir, die wir täglich damit zu tun haben, junge Menschen unterzubringen beziehungsweise für sie einen Lehrplatz zu beschaffen, wissen auch die Bedeutung zu schätzen, wenn zusätzlich durch die Landesbahn zehn Lehrplätze geschaffen und geführt werden. Ich anerkenne auch die Verbesserung der Güterwaggons durch den Einbau von Schiebetüren in der eigenen Werkstätte in Weiz und die Modernisierungsmöglichkeit, daß man zeitgemäße Mittel bei der Be- und Entladung

verwendet, und schließlich die Hebung der Attraktivität des „Bummelzuges“.

Meine Frauen und Herren, ich darf Sie einladen, in Ihrem Urlaub im Sommer eine „Bummelfahrt“ zu machen. Vielleicht gibt es einen Verein, eine Vereinigung, mit der Sie einen Ausflug machen wollen. Fahren Sie in die Oststeiermark. Das würde uns am besten helfen, wenn Sie uns besuchten, und natürlich auch – bei uns gibt es auch nichts geschenkt – mit Ihrem Geld unsere Wirtschaft unterstützten. Schließlich, meine Damen und Herren, möchte ich auch sagen, daß diese Bemühungen, den Betrieb der Landesbahn aufrecht zu erhalten, nur dann Erfolg haben können, wenn das Land als Eigentümer dieses Betriebes die ehrliche Bereitschaft hat – und diese Bereitschaft hat es in der Vergangenheit stets bewiesen –, diese Bahn aufrechtzuerhalten und zu versuchen, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Budgets jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die für einen Ausbau, für eine Modernisierung und für eine gute Gestaltung des Angebotes der Bahn zur Verfügung stehen.

Weiters möchte ich sagen, daß auch weiterhin der Einsatz der Beschäftigten bei der Bahn notwendig sein wird, um die Einrichtungen entsprechend darzubieten. Dazu gehört vor allem auch, daß man improvisiert, daß sie bereit sind Improvisationen zu machen, die dem Benützer der Bahn zum Vorteil dienen. Ich habe hier eine gewisse Hoffnung, daß es gelingen wird, diese Einrichtung als öffentliches Verkehrsmittel zu erhalten, weil im Raum Birkfeld, sowohl bei den Gewerbetreibenden als auch beim Land, nicht nur die Bereitschaft, sondern auch die Tat zur Unterstützung gegeben ist, die Produkte auf der Bahn zu transportieren und damit der Bahn eine entsprechende Bedeutung zukommt. Ich freue mich und darf das auch sagen, daß die Pappfabrik Rosegg, Firma Worischek, heute Tippler, im verstärkten Maße die Dienste der Bahn in Anspruch nimmt und daß es schließlich der Landesbahn- direktion mit Unterstützung des zuständigen Referenten der Landesregierung gelungen ist, ein Übereinkommen mit den Talkumwerken in Anger und Oberfeistritz zu finden. Etwa zwei Drittel der gesamten Fracht gehen von den Talkumwerken Nantsch aus, und wenn dieser Betrieb mit seinen Lieferungen ausgefallen wäre, könnte man sich ausrechnen, wie es um den Fortbestand der Bahn stünde. Ich meine, hier kann man mit Fug und Recht sagen, daß Gott sei Dank gewisse Anzeichen vorhanden sind, die eine Konsolidierung erwarten lassen. Meine Bitte an den Herrn Landesrat und die gesamte Steiermärkische Landesregierung ist, daß die Bahn auch von Weiz bis Birkfeld erhalten bleibt und als Angebot für den öffentlichen Verkehr dienen kann. Ich weiß aber nicht, Herr Abgeordneter Dr. Strenitz, ob der seinerzeitige Antrag des Herrn Dr. Horvatek und Genossen, betreffend das Streckenstück Birkfeld–Ratten, ein Beitrag zur Erhaltung dieser Bahn war oder ein Alibi wider besseres Wissen. (Abg. Dr. Horvatek: „Darauf haben wir nie eine Antwort bekommen!“) Daher bitte ich, durch Besuche unseres Bezirkes und durch die Benützung dieser Bahn zur Erhaltung derselben beizutragen. Wenn wir alle uns das vornehmen, und wenn wir die Gewißheit haben, daß die Menschen in unserem Raum auch von dieser Einrichtung Gebrauch machen, dann

bin ich überzeugt, daß diese Einrichtung den Menschen und unserem Raum erhalten bleibt. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Das Wort hat nun Herr Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs.

**Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs:** Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Steiermärkischen Landesbahnen als ein Teil dieser Budgetgruppe sind in den vergangenen Jahren immer der Torschlußpanik zum Opfer gefallen. Ich werde mich kurz halten, aber ich glaube doch, daß Sie ein Recht darauf haben, einiges über die Steiermärkischen Landesbahnen zu erfahren und daß auch die Herren Abgeordneten einen Anspruch darauf haben, daß der Referent, soweit er angesprochen wurde, auf die Dinge eingeht, in denen er angesprochen wurde.

Zunächst einmal zur finanziellen Situation. Der Zuschuß zu den Steiermärkischen Landesbahnen – so ist er richtig zu bezeichnen – wird im kommenden Jahr, außerordentlicher und ordentlicher Haushalt zusammen, rund 75 Millionen Schilling betragen. Im ordentlichen Haushalt findet eine Steigerung von 400.000 Schilling statt. Ganze 400.000 Schilling gegenüber den Ansätzen des Jahres 1981. Da allein die Personalkosten ohne Vermehrung um 5,5 Millionen Schilling steigen und die Treibstoffkosten um über eine Million Schilling steigen, ist es leicht zu errechnen, daß alles, was an Einsparungen gemacht wird, auf Kosten der Investitionen geht. Wir haben bewußt diese Tatsache in Kauf genommen, weil es eben darum ging, den Landeshaushalt so vernünftig wie möglich zu gestalten. Es muß aber allen Damen und Herren völlig bewußt sein, daß das bedeutet, daß im Bereich der Steiermärkischen Landesbahnen Neuanschaffungen und andere Dinge, auf die ich im einzelnen zurückkomme, zurückzustehen haben, zumindest im nächsten Jahr.

Die Steiermärkischen Landesbahnen betreiben eine Strecke von 155,4 Kilometern, die überhaupt nicht klein ist, wenn man bedenkt, daß die Osterreichischen Bundesbahnen in der Steiermark insgesamt nur 820 Kilometer haben. Sie sind also ein Verkehrsträger mit gewisser Bedeutung. Darüber hinaus haben die Steiermärkischen Landesbahnen 16 Kraftfahrlinien mit insgesamt 492 Kilometern, wovon eine Strecke von 15,3 Kilometern im Land Steiermark liegt, was die Schiene anlangt, und 90 Kraftfahrkilometer im Bundesland Salzburg. Von den 155 Eisenbahnkilometern sind rund 13 Kilometer im Bundesland Salzburg, und von den 492 Autobuskilometern sind rund 90 Kilometer im Bundesland Salzburg. Das bedingt auch, daß wir Investitionen machen, die im Land Salzburg stattfinden; zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Neubau der Madlingbrücke hat so eine Investition stattgefunden. Durch nachträgliche Verhandlungen mit der Salzburger Landesregierung ist es gelungen, von der Salzburger Landesregierung einen namhaften Beitrag von insgesamt 7 Millionen Schilling zum Bau dieser Madlingbrücke zu bekommen; etwas, was es vordem noch nie gab. Es hat einer gewissen Überzeugungskraft bedurft und die Überzeugungskraft dem Bundesland Salzburg gegenüber war einfach die, daß wir gesagt haben, entweder beteiligen Sie sich in angemessener

Form, oder wir müssen uns überlegen, die Eisenbahn an der Landesgrenze stehenbleiben zu lassen und wieder retour zu führen, was dann doch dazu geführt hat, daß man sich in Salzburg zu einem wirklich sehr namhaften Beitrag bereit erklärt hat.

Im Zusammenhang mit den verschiedenen Anschaffungen, die an sich notwendig wären, die aber zurückstehen müssen, darf ich Ihnen folgendes mitteilen: Die Steiermärkischen Landesbahnen haben rund 50 Autobusse. Wenn man eine zehnjährige Lebensdauer des Autobusses zugrunde legt, müßten wir im Jahr fünf Autobusse kaufen, um ständig eine entsprechende Erneuerung zu betreiben. Private Autobusbetreiber rechnen mit einer durchschnittlichen Verwendungsdauer von nur sieben oder acht Jahren. Wir sind von einer Verwendungsdauer von zehn Jahren ausgegangen. Wir haben im heurigen Jahr zwei Autobusse angeschafft, wir werden im nächsten Jahr keinen Autobus anschaffen, und es sind in den vergangenen Jahren auch immer nur ein oder zwei Autobusse angeschafft worden, so daß man sich leicht errechnen kann, daß unsere Autobusse im Durchschnitt 20 bis 25 Jahre ihren Dienst tun werden, bevor sie ersetzt werden können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist etwas, was vorübergehend sicher möglich ist, das aber auf die Dauer sicher unmöglich ist. Nun bemühen wir uns, Einsparungen auf allen Linien zu erreichen. Es gibt auch einen Kontrollamtsbericht, der den Autobusdienst als einen beträchtlichen Defizitbringer aufzeigt. Wir haben daher im Rahmen des Gelegenheitsverkehrs die Tarife so angehoben, daß wir wirklich nur mehr dort fahren, wo halbwegs kostendeckend gefahren wird. Wir sind auch in Verhandlungen mit Post und Bahn, um zu einem Abtausch von Linien zu kommen; denn es gibt eine ganze Menge von Linien im Bundesland Steiermark, die von der Bahn oder der Post und der Steiermärkischen Landesbahn in Konkurrenz oder parallel betrieben werden, wo einen Kurs die Post führt und einen Kurs wir. Ein an sich unsinniger Vorgang, wenn man bedenkt, daß hier Defizitbetriebe des Bundes und des Landes in Konkurrenz miteinander fahren und Defizite erzeugen, die aus der Tasche des Steuerzahlers bezahlt werden müssen.

Eines der ersten Dinge, die ich getan habe, als ich dieses Amt übernommen habe, war, den Herrn Eisenbahndirektor zu beauftragen, mit den zuständigen Stellen des Bundes Kontakt aufzunehmen und zu einem Abtausch zu kommen. Es ist bitte bis heute nicht gelungen, auch nur eine einzige Linie abzutauschen, obwohl ich auch mehrmals mit dem Minister gesprochen habe, weil es da alle möglichen Widerstände gibt, nicht zuletzt Widerstände der Personalvertretungen, die auf unterschiedliche soziale Stellung, auf unterschiedliche freiwillige, soziale und dienstrechtliche Vorteile hinweisen und diese Argumente auch - man muß es leider sagen - zu Lasten der Steuerzahler einen solchen Abtausch, der mir zunächst einmal sehr vernünftig vorgekommen wäre, verhindern. Wir werden in den Gesprächen, die mit dem Minister Lauscher bevorstehen, die Frage abermals ansprechen. Wir werden uns abermals bemühen, hier - nachdem Post und Bahn, Kraftwagendienst, ja beide in seinem Ressort ressortieren - mit ihm zu einer Regelung zu kommen. Ich könnte mir das im einzelnen so vorstellen, daß man Landesbahner eben im Stand der Landesbahn

läßt, sie aber auf einer Linie eingesetzt werden, die von der Post betrieben wird, und daß auf der anderen Seite Postbedienstete auf Landesbahnbussen fahren, jeweils dort, wo eine dieser beiden Verkehrsträger eine Linie zugunsten eben der Post oder der Landesbahn wechselseitig aufgibt. Jedenfalls erscheint es mir unsinnig, daß hier öffentliche Verkehrsunternehmen einander konkurrenzieren und dabei nicht unbeträchtliche Defizite einfahren.

Weitere Einsparungen werden sicher auch da und dort im Kraftwagendienst stattfinden. Meiner Meinung nach können wir allerdings auch nicht auf einen Kilometer Landesbahn auf der Schiene verzichten. Das derzeitige Streckennetz ist meiner Meinung nach auf ein Minimum reduziert worden, das nicht weiter reduzierbar ist und das auch nicht weiter reduziert werden soll, nicht zuletzt deshalb, weil die Bahn außer einer wirtschaftlichen Funktion eben auch die Funktion hat, ein Gebiet verkehrsmäßig entsprechend aufzuschließen. Gerade wenn man sich die Strecke von Weiz nach Birkfeld anschaut oder die Murtalbahn, so bedeutet dort die Eisenbahn für die Leute über die Möglichkeit hinaus, den Zug zu benützen, einfach, daß sie das Gefühl haben, sie sind nicht abgeschrieben, sie gehören noch dazu. Es wäre daher aus meiner Sicht unverantwortlich, weitere Streckenverkürzungen vorzunehmen.

Es sind in der Vergangenheit beträchtliche Bemühungen gemacht worden, das Service der Landesbahn zu verbessern. Es ist auf der Murtalbahn ein Triebwagenprogramm eingerichtet worden, und wir bemühen uns, für die Strecke Gleisdorf-Weiz durch Ankauf von gebrauchten Triebwagen etwa der Deutschen Bundesbahn auch den Komfort zu verbessern. Es gibt überall Bestrebungen, die Leistung, den Fahrplan und alles, was damit zusammenhängt, zu verbessern. Die Dinge sind natürlich beschränkt in ihren Ausgaben wirksam und werden die Einnahmenseite der Landesbahn nicht in einem erschütternden Maße verbessern. Nun stellt sich immer wieder die Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nun diese Steiermärkische Landesbahn gut geführt, ist sie vergleichsweise zu anderen Eisenbahngesellschaften sparsam oder ist sie sehr aufwendig und hat ein sehr hohes Defizit. Ich kann Ihnen mitteilen, daß die Graz-Köflacher-Bahn ein Defizit von 100 Millionen Schilling im Jahr hat, das allerdings vom Bundesministerium für Verkehr vergütet wird. Sie sind daher als Privatbahn in einer etwas günstigeren Situation. Die Steiermärkischen Landesbahnen bekommen zu ihrem Abgang keinen Zuschuß des Bundes, weil wir nicht als Privatbahn im Sinne des Privatbahngesetzes gelten, sondern eben als Landesbahn. Übrigens die einzige Landesbahn in Österreich. Wenn man verschiedene Kennziffern mit der Bundesbahn vergleicht, wobei ich jetzt bitte nicht sagen möchte, daß wir jetzt gescheiter oder besser sind als die Bundesbahn, sondern lediglich um eine Größenrelation herzustellen, so kann man folgendes sagen: Die Steiermärkischen Landesbahnen haben 351 Beschäftigte im aktiven Stand und 363 Pensionisten. Die Bundesbahn hat rund 73.000 Beschäftigte und rund 79.000 Pensionisten. Also ein etwa vergleichbares Verhältnis. Pro Betriebskilometer allerdings hat die Bundesbahn zwölf Bedienstete, die Steiermärkische Landesbahn 1,74 Bedienstete. Das kommt aber auch

nicht daher, weil wir so besonders schlau sind, sondern das ist einfach das Ergebnis der Tatsache, daß wir viel weniger Personenverkehr haben als die Bundesbahn und hauptsächlich im Güterverkehr tätig sind. Jedenfalls kann man aus diesem Titel nicht behaupten, daß die Steiermärkische Landesbahn besonders aufwendig gebart. Wir bemühen uns nach Kräften. Wenn Sie es sich anschauen, dann haben wir beförderte Personen im Jahr 718.000 oder beförderte Personen je Betriebskilometer 4000; die Bundesbahn hat je Betriebskilometer das Sechsfache an beförderten Personen, daher auch der Unterschied in den Kosten. Das ist einsichtig. Bei Gütern sieht es so aus, daß wir pro Betriebskilometer eine Leistung von 3600 Tonnen haben; die Bundesbahn etwas mehr als das Doppelte mit 8800 Tonnen. Also die doppelte Anzahl von Gütern pro Kilometer und die sechsfache Personenanzahl pro Kilometer und die zehnfache Anzahl von Bediensteten pro Kilometer. Der Verlust pro Betriebskilometer ist bei der Steiermärkischen Landesbahn 395.000 Schilling, bei der Bundesbahn 680.000 Schilling, also nicht ganz das Doppelte, wobei der Pensionsaufwand der Steiermärkischen Landesbahn pro aktiv Beschäftigten 13.000 Schilling pro Jahr ist und bei der Bundesbahn nach Abzug der Vergütung nach § 17 Bundesbahngesetz 26.000 Schilling, also wir haben immerhin auch die halben Lasten an Pensionen zu tragen, und wir haben einen Unterschied pro Kilometer von ungefähr 280.000 Schilling. Allerdings muß man sagen, daß die Pensionierung bei der Steiermärkischen Landesbahn erst ab dem 60. Lebensjahr erfolgt und bei der Bundesbahn ab dem 53. Lebensjahr. Daß wir nur die Differenz zwischen der ASV-Pension und der Bundesbahnpension bezahlen und die Bundesbahnen theoretisch die volle Pensionslast haben, allerdings nach § 17 fast 80 Prozent dieser Pensionslast vom Bund vergütet bekommen. Die von mir genannten Ziffern sind nach Abzug der Vergütung aus dem Bundesbudget.

Ich will es Ihnen ersparen zu sagen, auf wie vielen Linien wir mit dem Autobus in Konkurrenz fahren zu den Bundesbahnen oder zur Post, aber es ist eine ganz erhebliche Länge. Interessant ist, daß es auch Strecken gibt, wo die Steiermärkische Landesbahn auf der Schiene Personenverkehr durchführt, etwa von Gleisdorf nach Weiz, und daneben die Bundesbahn einen Kraftwagendienst unterhält und damit eine beträchtliche Anzahl des Publikumsverkehrs einfach aus Bequemlichkeitsgründen abzieht, weil natürlich der Kraftwagen in den Ort hineinfährt und die Eisenbahn nur zum Bahnhof; gerade beim Berufsschulzentrum in Weiz oder auch in Gleisdorf und den dazwischenliegenden Orten, wo die Bahnhöfe nicht immer am günstigsten gelegen sind. Wir bemühen uns hier wirklich nach Kräften zu sparen und die Dinge halbwegs im Rahmen zu halten. Sicher ist es notwendig, daß entsprechende Abstimmungen stattfinden, und sicher ist es notwendig, daß wir auch in irgendeiner Form vom Bund mehr Geld bekommen für die Steiermärkischen Landesbahnen, denn die Gelder, die wir bekommen, die gehen zum größten Teil wieder umgekehrt an die GKB hinaus, denn der Bund hat sich verpflichtet, an Investitionsaufwand in einem gewissen Ausmaß mitzuwirken, vorausgesetzt, daß das Land auch mitwirkt. Nachdem die Steiermark einerseits Steiermärkische Landesbahnen betreibt und andererseits die GKB eine Privatbahn ist, bedeutet das, daß wir für jeden Schil-

ling, den wir der GKB geben, auch einen Schilling für uns bekommen, aber gleichzeitig für uns noch einmal so viel geben müssen und auch für die GKB, so daß das Geld bei uns durchgeht und eigentlich dadurch für uns, in dem Fall die Steiermärkischen Landesbahnen, nichts hängen bleibt.

Wenn ich nun zu den Verkehrsfragen insgesamt Stellung nehmen darf, so möchte ich folgendes dazu sagen: Es ist davon gesprochen worden, daß ein oder mehrere Landesbeauftragte in der Nahverkehrsfrage eingesetzt werden sollten. In dem Zusammenhang möchte ich sagen, es gibt eine zuständige Rechtsabteilung und es gibt in der Steiermark einen zuständigen Referenten. Ich glaube nicht, daß wir noch weitere Landesbeauftragte in dem Zusammenhang brauchen. Im übrigen ist es nicht so, daß wir zum ersten Mal im September des vergangenen Jahres dem Herrn Bundesminister unsere Bereitschaft erklärt haben, uns an der Nahverkehrsmilliarde beteiligen zu wollen, sondern ich habe das zweimal gemacht sofort nach meinem Amtsantritt bei meinem ersten Besuch bei ihm bereits im Oktober des vergangenen Jahres und ein zweites Mal im Frühjahr des heurigen Jahres. Es ist aber belanglos, wann es gemacht wurde. Es paßt hier natürlich viel besser, wenn gesagt wird, es war erst im September. Richtig ist, daß es schon früher war, und es war bei den Gesprächen jeweils der Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen anwesend. Es waren genug Zeugen vorhanden. Ich möchte das nur richtigstellen, damit nicht im Protokoll einseitige Darstellungen aufgenommen werden.

Was nun die Frage der Pendlerpauschale anlangt, so gebe ich dem Herrn Abgeordneten Strenitz durchaus recht, daß hier keine Doppelstrategie vorliegt, sondern eine Mehrfachstrategie, weil einerseits lehnt man es im Bund ab, andererseits fordert man es durch Abgeordnete, und weiters sagt der Finanzreferent in der „Neuen Zeit“, daß es eigentlich eine unverantwortliche Maßnahme wäre. Bitte, wenn Sie untereinander einig sind, dann können wir sicher gerne darüber reden. Wir haben es hier nie an Gesprächsbereitschaft fehlen lassen. Der Herr Landeshauptmann hat in der Frage sehr klare Aussagen gemacht. Auf Ihrer Seite ist es leicht verwirrend. (Abg. Preamberger: „Wir können eine klare Aussage machen, daß der Arbeitgeber die ganzen Kosten übernimmt!“) Selbstverständlich, nach dem Verursacherprinzip ist der, der Arbeitsplätze schafft, zu bestrafen, indem man ihm noch die ganzen Reisekosten aufhast. Das ist etwas, das sich sicher ausgezeichnet für die Pendler auswirken wird, weil dann der, der am weitesten zu pendeln hat, die geringste Chance hat, einen Arbeitsplatz zu bekommen. (Abg. Ing. Turek: „Der wird am teuersten und verliert am schnellsten!“)

Nun ein Wort zu den Grazer Verkehrsbetrieben. Ich habe anlässlich der letzten Fragestunde Gelegenheit gehabt, meine Stellungnahme abzugeben. Das Land hat mehrfach durch Investitionsspritzen mitgeholfen, den Grazer Verkehrsbetrieben in ihrem Modernisierungsprogramm zu helfen. Im Moment glaube ich, daß die Probleme der Grazer Verkehrsbetriebe nicht so sehr auf der Investitionsseite sind, sondern einfach im laufenden Betriebsabgang, und daß es auch keine Investitionsrechnung gibt, die zeigt, daß durch diese oder jene Investition der Betriebsabgang wesentlich

gesenkt werden kann, und solange so eine Rechnung nicht aufgemacht wird, glaube ich, daß ich nicht empfehlen kann, daß der Hohe Landtag zusätzliche Beträge für die Grazer Verkehrsbetriebe beschließt. Ganz sicher ist es so, daß das Land sehr viel getan hat, daß der Bund auch etwas getan hat, daß aber das Problem eben ein Problem ist, das nicht durch diese oder jene Investition gelöst werden kann, sondern daß es halt überhaupt in der Natur der Sache liegt, daß der öffentliche Verkehr insgesamt, und zwar nicht nur der in Graz, sondern jeder öffentliche Verkehr, an Attraktivität sehr stark zunehmen müßte, um von der Öffentlichkeit wirklich angenommen zu werden.

Und was die Forderung anlangt, daß man überall in einer halben Stunde hinkommt, ja ich bitte sehr, das ist eine wunderbare Forderung. Das gilt vielleicht, wenn man von Gösting nach Puntigam fährt, dann kann man das auch wirklich sagen, wenn aber jemand etwa von Peggau oder von Bruck an der Mur nach Graz kommt, dann ist er ja noch nicht an seinem Arbeitsplatz, sondern vom Grazer Hauptbahnhof oder vom Grazer Ostbahnhof bis zu seinem tatsächlichen Arbeitsplatz ist ja eine zeitlich noch einmal so große Strecke zurückzulegen. Ich glaube daher, daß es unsere vordringliche Aufgabe wäre, uns für den Nahverkehr einzusetzen, um so den schnelleren Zugang von den obersteirischen oder von den oststeirischen oder von den südsteirischen Orten zum Arbeitsplatz in Graz zu schaffen, und daß es wirklich aus der Sicht der Wirtschaftsförderung erst zweitrangig ist, die Investitionen im Grazer Eisenbahnnetz durchzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir vom Verkehr in der Steiermark reden, und wenn wir von der Infrastruktur reden, dann wird im allgemeinen nur von den Autobahnen gesprochen, und die Eisenbahnen kommen entschieden zu kurz. Ich würde Sie alle bitten, immer wieder darauf hinzuweisen, und wo immer Gelegenheit dazu ist, daß die Stadt Graz und die Steiermark insgesamt verkehrsmäßig auf der Eisenbahn aufs entschiedenste benachteiligt sind, verglichen mit allen anderen österreichischen Landeshauptstädten, und aufs entschiedenste als Bundesland. Das ist nicht eine Tatsache, die die Steiermärkische Landesregierung zu verantworten hat, sondern das ist eine Tatsache, die die Bundesregierung zu verantworten hat, und die ist bekanntermaßen seit elf Jahren tätig, Österreich modern zu machen. Vielleicht könnte man einmal die steirischen Bahnlinien der Bundesbahn in dieses Modernisierungsprogramm einbeziehen. Es ist unvorstellbar, und man muß es immer wieder sagen, daß man von Salzburg nach Graz bei 252 Straßenkilometern fast sechs Stunden Fahrzeit hat (Abg. Ing. Turek: „Eine Weltreise!“), daß die Lokomotive dreimal umgehängt wird – in Bischofshofen, in Selzthal und in Bruck an der Mur –, das sind Zustände, die einem modernen Österreich auch in diesen Zeiten Hohn sprechen. Es ist unvorstellbar, daß man wirklich die letzten Garnituren auf diesen Strecken führt, es ist unvorstellbar, daß das Geschwindigkeitsprofil der Bundesbahn auf der Schoberpaßstrecke zwischen 50 und 70 Stundenkilometern pendelt und daß lediglich die Strecke von Graz nach Bruck beziehungsweise von Bruck nach Graz mit Geschwindigkeiten von 100 Stundenkilometern befahren werden kann. Das sind Dinge, die aufgezeigt werden müssen, und das sind Dinge,

deren Lösung wir verlangen müssen. Eine Schleife in Bruck an der Mur, die sogar besteht, aber nicht befahren wird, eine Schleife in Selzthal kostet ungefähr 70 bis 80 Millionen Schilling und würde die Fahrzeit von Salzburg nach Graz oder von Linz nach Graz um rund 20 bis 30 Minuten verkürzen. Und eine Schleife in Bischofshofen hätte denselben Effekt. Wenn man wenigstens einmal eine solche Schleife machen würde. Es ist unvorstellbar, daß man über sechs Stunden braucht, um von Graz nach München zu kommen. Das ist eine Weltreise.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, solange diese Zustände sich nicht bessern, solange kann man Autobahnen und ich weiß nicht was bauen, es gehört eben, um ein modernes Bundesland zu sein, auch dazu, daß man ordentliche Eisenbahnverbindungen hat. Natürlich werden wir uns am Schnellverkehr und am Nahverkehr beteiligen, und natürlich werden wir dadurch die Fahrzeit von Leoben nach Graz oder von Mürzzuschlag nach Graz oder von Wildon nach Graz wesentlich verbessern, aber weiter hinaus muß es auch gehen. Denn zu einer Zeit, wo man in Frankreich mit 300 Stundenkilometern fährt und wo in Deutschland schon überall die 200-Stundenkilometer-Strecken entstehen, geht es nicht an, daß man in der Steiermark nur mit 50 und 60 Stundenkilometern fahren kann, wo alle Straßenübergänge niveaugleich sind, wo keine Ausweichstrecken da sind und wo die größten Strecken nur eingleisig sind. Dafür sich einzusetzen wäre eine Aufgabe und wäre meine Bitte an Sie. Wir bemühen uns sehr, obwohl die Steiermärkischen Landesbahnen in diesem Zusammenhang nicht einmal eine Kompetenz haben, aber Eisenbahn ist Eisenbahn, diese Gedankengänge auf Bundesebene immer wieder zum Ausdruck zu bringen. Ich muß sagen, daß der Herr Verkehrsminister durchaus Verständnis dafür hat, daß er durchaus bereit ist, auch etwas zu unternehmen, allerdings rangieren wir im Ausbauprogramm per Ende 1980 bis in die neunziger Jahre hinein, und so lange werden wir nicht warten können, um bitte auch eine halbwegs moderne Eisenbahn zu bekommen. Ich bitte Sie daher um Ihre Hilfe in diesem Zusammenhang.

Den Bediensteten der Steiermärkischen Landesbahn, der Leitung der Steiermärkischen Landesbahn danke ich für ihre Bemühungen im vergangenen Jahr. Ich danke auch der Personalvertretung für ihre gute Zusammenarbeit und wünsche allen Benützern der Steiermärkischen Landesbahn und deren Bediensteten ein erfolgreiches 1982. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, komme ich zur Abstimmung und bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 8 zustimmen.

Die Gruppe 8 ist somit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

#### **Gruppe 7: Wirtschaftsförderung**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrammel:** Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Budgetgruppe 7, Wirtschaftsförderung, behandelt die Landwirtschaft, die Energiewirtschaft, den Fremdenverkehr, den Handel, das Gewerbe und die Industrie und sieht Einnahmen in der Höhe von 113,310.000 Schilling vor. Gegenüber dem Vorjahr wäre das eine Steigerung um rund 13 Millionen Schilling. Ausgaben in der Höhe von 495,527.000 Schilling sind vorgesehen, das ist eine Steigerung um etwa 34 Millionen Schilling.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Budgetgruppe befaßt, und ich ersuche namens des Ausschusses um Annahme.

**Präsident Zdarsky:** Meine Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil in die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen also mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft.

Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Buchberger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Buchberger:** Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe die ehrenvolle Aufgabe, die Diskussion über das Kapitel 7, Landwirtschaft, eröffnen zu dürfen, und ich darf in dem Zusammenhang vermerken, daß während des heutigen Vormittags die Hauptredner bereits sehr positiv darauf hingewiesen haben, daß sich die steirische Landwirtschaft im speziellen in den letzten Jahrzehnten zu einem potentiellen Wirtschaftsfaktor entwickelt hat. Wir können auch als Landwirte und Konsumenten in vermehrtem Maße registrieren, daß die Ernährung in unserem Lande als gesichert erscheint. Aber ich glaube, es erscheint in dem Zusammenhang notwendig, auch einen Blick über die Grenzen zu tun. Wenn wir die weltweite Ernährungssituation kennen, müssen wir sagen, daß wir in Österreich zu den wenigen Ländern zählen, die behaupten können, in der Lage zu sein, fast zu 90 Prozent oder 100 Prozent die Ernährung aus der heimischen Produktion sicherstellen zu können. Wir haben vor nicht allzulanger Zeit – um einen Blick über die Grenzen zu tun – vom Herrn Generaldirektor der FAO, das ist die Ernährungsorganisation in der UNO, Souma, anlässlich seines vorjährigen Österreichbesuches vernehmen können, daß die Welternährungskrise von ernstem Ausmaß in den kommenden Jahren begleitet sein wird. Wie der Generaldirektor weiter erklärte, wird die Weltgetreideproduktion 1980/81 1,4 Milliarden Tonnen betragen und damit zum zweiten Male hintereinander abnehmen. Die Weltgetreidereserven werden auf rund 14 Prozent des Weltverbrauches absinken und damit erheblich unter die 17- bis 18-Prozent-Marke fallen, die von der FAO als Minimum zur Sicherung der Welternährung angesehen wird. In der Diskussion um die Welternährung wird nun vielfach der naiven Argumentation gehuldigt, daß Mutter Erde noch über unaus-

schöpfliche Produktionspotentiale in bisher agrarisch ungenutzten Teilen der weiten Erde verfüge. Tatsächlich führte die agrarische Inangriffnahme dieser Hoffungsflächen in kürzester Zeit zu Bodenzerstörungen der verschiedensten Art und wurde damit zu einem Hauptproblem der heutigen Agrarszene.

Ich darf in dem Zusammenhang einige Beispiele nennen:

Das sowjetische Neulandprojekt in den zentralasiatischen Steppengebieten ist zwar kein völliger Fehlschlag geworden, mußte aber gegenüber den ursprünglichen Plänen erheblich reduziert werden und ist vorderhand an die Grenzen seiner Möglichkeiten gestoßen; ebenfalls hat die forcierte Erschließung Sibiriens kaum ernährungswirtschaftliche Chancen, und neuerdings wurde der Schwerpunkt der Getreideproduktion in die alten Anbaugelände des europäischen Unionsteiles der Sowjetunion zurückverlagert. Obwohl die Sowjetunion über rund ein Viertel der gesamten Festlandoberfläche verfügt, vermag sie sich weiterhin nicht aus eigener Scholle zu versorgen, und Fachleute bezweifeln, ob dies so bald der Fall sein werde.

Wir haben vor nicht allzulanger Zeit aus dem Munde Breschnjews erfahren können, daß in der Sowjetunion für das Jahr 1988 eine Getreideerntemenge von insgesamt 236 Millionen Tonnen prognostiziert wurde, in Wirklichkeit aber, die Ernte 160 Millionen Tonnen betrug. Also 1981 ein Minus von 66 Millionen Tonnen.

Kanada, ein weiterer Riesenraum, stößt im Anbau an die Kältengrenzen und hat ähnlich wie Australien auch mit Trockenheits- und Erosionsproblemen zu kämpfen.

Die USA nutzen praktisch bereits ihren gesamten für nachhaltigen Ackerbau geeigneten Boden. Bei jeder nachfragebedingten Anbauausweitung vergrößert sich die Erosionsbelastung sprunghaft.

Wir haben zwar heute vormittag gehört, lieber Freund Preamberger, daß vor allem die USA ihre Überproduktion nicht der Ernährung zuführt, sondern anderweitig verwendet oder überhaupt nicht bereit ist, für oder zur Ernährung diesen Beitrag beizusteuern.

Das allerdings sind Dinge, die wir in der Form gar nicht zu registrieren in der Lage sind und natürlich auch von unserer Sicht her abgelehnt werden müssen.

Brasilien droht die brutale Rodung der Amazonasurwälder, in Folge der Labilität der tropischen Waldstandorte, in eine gigantische ökologische und ökonomische Pleite auszuarten, so daß die Entwicklungspläne drastisch reduziert werden mußten.

Ägypten erlebt derzeit statt des erwarteten zweiten Niltales durch die Schlammrückhaltung im Assuanstaudamm eine Beeinträchtigung.

Überhaupt sagen unsere Fachleute, daß es im vorderasiatischen und nordafrikanischen Raum kaum möglich ist, das notwendige Süßwasser aus den Regionen herauszufördern, weil die Reserven des notwendigen Süßwassers in diesen Regionen zu gering sind. In dieser Weise könnte man fortfahren.

Damit soll keineswegs gesagt werden, daß überhaupt keine nennenswerte Ausweitung der Anbauflächen möglich wäre; doch der erforderliche Kapitaleinsatz würde die agrarischen Produkte enorm verteuern. Ende dieses Jahrhunderts wird der Zuschußbedarf der Entwicklungsländer je nach Umfang der Versorgung

zwischen 50 und 100 Millionen Tonnen betragen, das ist etwa ebensoviel bis nahezu das Doppelte der derzeitigen jährlichen Weizenerte des größten Getreideproduzenten der Welt, der USA.

In dem Zusammenhang, was den zusätzlichen Bedarf betrifft, muß noch hinzugefügt werden, daß zu erwarten ist, daß die Weltbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten noch enorm zunehmen wird. Daneben ist außerdem mit einem jährlichen Importbedarf der Sowjetunion im Durchschnitt von 15 bis zu 30 Millionen Tonnen Weizen zu rechnen. Ferner mit einem steigenden Getreideeinfuhrbedarf Japans und der reichen Ölländer des arabischen Raumes. Es ist in dem Zusammenhang auch nicht uninteressant hinzuweisen, welche Bedeutung in der Agrarproduktion die einzelnen Staatssysteme haben. Wir können hier Vergleiche anstellen; einerseits der EWG-Bereich und andererseits das Gebiet des Comecons. Hier haben wir authentische Zahlen, daß es an und für sich so ist, daß die Getreideproduktion oder die Produktion an Nahrungsmitteln in den Comeconländern auf Grund ihres totalitären Staatssystems und auf Grund dessen, weil dort kaum einer etwas besitzt, rückläufig ist. Meistens ist es dort so, daß alle alles und keiner etwas besitzt. In den Oststaaten, Polen, Rumänien, Bulgarien, UdSSR ist deutlich festzustellen, daß die Agrarproduktion in einem enormen Rückgang begriffen ist im Vergleich zur EWG. Dort besteht, in Getreideeinheiten zusammengefaßt, ein enormer Überhang, insgesamt 10 Millionen Tonnen jährlich. Das ist die Situation in unserer Nachbarschaft.

Wenn wir den Blick von der Weltagrarszene nun zurück nach Österreich richten, so haben wir allen Grund, diese Situation freudig zu registrieren. Österreich erreicht in den letzten Jahrzehnten einen Selbstversorgungsgrad von 90 Prozent und bei wichtigen Produkten eine Mehrproduktion, die im Rahmen des Exportes abgesetzt werden muß. Wir haben auch hier wiederum eine Tabelle, die deutlich besagt, daß wir fast ausnahmslos in allen Produktionsgebieten – wir spüren das ja auch speziell in der Steiermark sehr deutlich – eine Versorgungsgrenze bis zu 100 Prozent erreichen, natürlich mit einigen Ausnahmen. Ich darf hier anführen: Getreide 98 Prozent, Kartoffeln 98 Prozent, Zucker 107 Prozent, Gemüse 83 Prozent, Obst 69 Prozent. Bei Obst deshalb nur 69 Prozent, weil auch die Importe an Bananen und Orangen und dergleichen hier mitinkliert sind und wir in der Steiermark noch nicht in der Lage sind, auch Orangen und Zitronen anzubauen. (Abg. Dr. Schilcher: „Wird uns gelingen!“) Wir werden keine Mühe scheuen, lieber Freund Schilcher, wir liegen hier auf der gleichen Ebene, und alle Versuche anstellen, um das in Zukunft vielleicht auch einmal zu erreichen. (Abg. Zinkanell: „Einen Schilcher haben wir schon!“) Noch dazu einen sehr guten. (Beifall bei der ÖVP. Abg. Brandl: „Das soll man begrenzen!“)

Wir haben nur einen Minuspunkt, den wir auch immer wieder diskutiert haben. Das ist der Versorgungsgrad bei pflanzlichen Ölen. Hier liegen wir bei drei Prozent. Und es wird auch in diesem Zusammenhang unser gemeinsames Bemühen bedeuten, um hier einen höheren Selbstversorgungsgrad zu erreichen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Aber hier haben wir es mit anderen Dingen zu tun. Sie müssen entschuldigen,

ich kann die Gespräche von hier aus nicht deutlich mitverfolgen, aber ich nehme das gerne zur Kenntnis.

Bei der Fleischversorgung – um Sie auf diesem Gebiet weiter zu informieren – haben wir einen Selbstversorgergrad von über 102 Prozent, bei Tierfetten 110 Prozent, bei Milch haben wir ebenfalls die 100-Prozent-Grenze überschritten, bei Käse 177 Prozent, Butter 102 Prozent und bei Eiern 90 Prozent.

Wie gut es Herrn und Frau Österreicher zu gehen scheint, zeigt die Entwicklung der Ernährungsgewohnheiten bei uns im Lande. Danach ist seit 1970 der Genuß von Kartoffeln und Brot um 15 Prozentpunkte zurückgegangen, während der Fleischverzehr um 15 Prozentpunkte zugenommen hat und weiter steigt. Gerade deshalb soll immer wieder in Erinnerung gerufen werden, daß es unsere Bauernschaft ist, die trotz zunehmender Einkommensunterschiede zu anderen Berufsgruppen, trotz abnehmender Tauschwerte landwirtschaftlicher Produkte, trotz zunehmender Produktionskostenbelastung und trotz niedrigster agrarischer Preise unseren Tisch übertoll deckt, obwohl die Beschäftigungszahl in der Landwirtschaft ständig abnimmt.

Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, keine neuen Zahlen, denn wir wissen, daß die Entwicklung seit den letzten 20 Jahren so gewesen ist, daß aus der Landwirtschaft bis zu 650.000 Personen abgewandert sind, und zwar kontinuierlich. Diese Entwicklung an und für sich war auch richtig gewesen, weil wir der Meinung sind, wenn wir gezwungen sind, zu mechanisieren, zu spezialisieren, daß die logische Konsequenz in der weiteren Folge nur die sein kann, diesen Maschineneinsatz dadurch zu ermöglichen, daß eine gewisse Anzahl von Arbeitskräften freigestellt wird. Auf der anderen Seite ist die Produktionskostenbelastung. Das ist, nur um einige Beispiele zu sagen, der Dieselpreis, meine sehr verehrten Damen und Herren, und darüber komme ich nicht hinweg. Wir sind in der österreichischen Landwirtschaft, was den Dieselpreis betrifft, Weltmeister. Wir liegen an der Spitze, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Nettopreis für Diesel, wenn ich die 2,48 Schilling Refundierung von 10,20 Schilling abzähle, beträgt 7,82 Schilling für den Bauern. Der italienische Bauer vergleichsweise bezahlt 4,30 Schilling. Wir müssen mit unseren agrarischen Freunden aus dem Ausland und speziell dem Westen gegenüber in Konkurrenz treten. Das sind Dinge, meine sehr Verehrten, wenn ich an die Zinsbelastung, an die Kreditsituation denke, die uns schwer belasten und die sicherlich auf die Dauer nicht tragbar sein werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit bin ich bei einem Problemkreis angelangt, der mehr als alle anderen Probleme die Öffentlichkeit beschäftigt, nämlich das Problem der Arbeitsplatzsicherung. Ich möchte nun aufzeigen, welche Rolle die Landwirtschaft in der Arbeitsplatzsicherung spielt. Zahlreichen Untersuchungen ist zu entnehmen, daß mit Ausnahme von Ballungszentren vor allem im ländlichen Raum bis 1985 rund 200.000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze fehlen. Diese Aussage wurde bereits in der letzten Zeit des öfteren gemacht, daß also in den nächsten fünf Jahren in den ländlichen Regionen – um es noch einmal zu unterstreichen – rund 200.000 Arbeitsplätze fehlen werden. Wir wissen aber auch von

der anderen Seite her, daß in Wiener Ballungszentren ein Fehlen von 150.000 Arbeitskräften besteht. Das ist die Situation, mit der wir in der nächsten Zeit konfrontiert werden. Es müßte daher im Interesse aller gelegen sein, wenn es gelänge, in der Landwirtschaft möglichst viele Menschen zu halten, da in arbeitsmarktwirtschaftlich schwierigen Zeiten ein landwirtschaftlicher Arbeitsplatz dieselbe Bedeutung hat wie einer in Industrie und Gewerbe. Es ist für uns als Vertreter der Landwirtschaft eine Selbstverständlichkeit, daß wir von unserer Sicht her alles unternehmen, um zu erreichen, daß nicht zusätzliche Arbeitskräfte im erhöhten Ausmaße von der Landwirtschaft abwandern, um so als Konkurrent am Arbeitsplatz für jene aufzutreten, die nicht als Rückgrat eine Landwirtschaft hinter sich haben, weil eben - wie gesagt - die Problematik ohnehin schwer genug ist.

In der Steiermark verzeichnen wir derzeit etwa 70.000 volle Arbeitsplätze in der Urproduktion. Das sind rund 14,7 Prozent der Erwerbstätigen überhaupt. Diese Zahl ist natürlich weiterhin rückläufig und verläuft regional sehr unterschiedlich. Während wir in den fünf Grenzlandbezirken eine Agrarquote von rund 20 Prozent haben, beträgt diese in den übrigen Bezirken nur ungefähr sieben Prozent. Leider bestätigt auch die Arbeitslosenstatistik des Landesarbeitsamtes die regionale Unterschiedlichkeit. Im Jänner dieses Jahres waren etwa in den Grenzlandbezirken durchschnittlich zehn Prozent der Erwerbstätigen als Arbeitsplatzsuchende vorgemerkt, während die Zahl in den übrigen Bezirken nur bei vier Prozent lag. Eine Zusammenfassung der Arbeitsplätze in den einzelnen Produktionsparten zeigt, daß der überwiegende Teil der Arbeitskräfte, nämlich etwa 40.000, in der tierischen Produktion tätig ist. Es folgen dann die Forstwirtschaft mit rund 15.000 Arbeitskräften und die Sonderkulturen und Feldfrüchte mit rund 14.000 Arbeitskräften. In der tierischen Produktion ist insofern noch ein Abgang von Arbeitskräften zu erwarten, da sich die Produktionsstruktur zu größeren Produktionseinheiten verschieben könnte. Wir haben zwar auf Grund gesetzmäßiger Möglichkeit die Produktionsbeschränkung nicht zu übersehen. Wir haben bei Schweinen eine Produktionsbeschränkung bei 400 Mastplätzen, bei Zucht-sauen 500, bei Kälbern, Masthühnern und so weiter. Aber wir registrieren leider in der letzten Zeit, daß immer wieder Sonderbewilligungen erteilt werden. Es wird in der nächsten Zeit unsere Aufgabe sein, um die Produktion und die Veredelung auch in Zukunft in Bauernhänden zu behalten, daß wir diese gegenwärtige Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen. Im Gegensatz zur EG, wo bereits ein Prozent der Betriebe 30 Prozent aller Schweine erzeugt, findet sich in Österreich diese Produktionssparte noch in Bauernhand, und es ist durch das Viehwirtschaftsgesetz dafür gesorgt, daß durch die sogenannten Obergrenzen die Produktionssparte weiterhin in Bauernhänden bleiben wird. In der forstlichen Produktion ist durch eine Zunahme der Technisierung mit einer weiteren Abnahme von Arbeitsplätzen zu rechnen. Für die erwähnten Spezialkulturen, denen in der Steiermark wegen der kleinstrukturierten Landwirtschaft eine große wirtschaftliche Bedeutung zukommt, spielt der Außenhandel mit Agrarprodukten eine überwältigende Rolle. Während nämlich die EG und die Comeconländer mit Hilfe massiver Staatsinterventionen

ihren Agrarbereich abschirmen und eine subventionierte Importpolitik betreiben, kennt Österreich nur einen teilweisen Agrarschutz, was dazu führt, daß das agrarische Außenhandelsdefizit im Vorjahr eine Höhe von 22,8 Milliarden Schilling erreichte. Das gibt uns zur Besorgnis Anlaß. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es notwendig sein wird, um hier eine Waffengleichheit herzustellen, daß wir in der österreichischen Landwirtschaft keine Sonderstellung brauchen, sondern eine Waffengleichheit einerseits mit dem EWG-Bereich und andererseits auch mit dem Bereich des Comecon. Wenn das in der nächsten Zeit nicht möglich sein sollte, werden wir diese Konkurrenz mit voller Wucht zu spüren bekommen. Wenn wir in dem Zusammenhang annehmen, daß Agrarimporte in der Höhe von einer Milliarde Schilling dem Verlust von 5000 Arbeitsplätzen entsprechen, so geht es um 10.000 Arbeitsplätze, die wir durch agrarische Einfuhren verlieren. Wir haben gerade in den letzten Tagen wieder registriert, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß Molkereiprodukte aus der Schweiz importiert werden sollen. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß im Ölbereich Importe größten Ausmaßes getätigt werden. Daß gerade in diesen Bereichen die Möglichkeit gegeben ist, hier eine eigene Produktion aufzubauen oder darauf hinzuweisen, daß eine solche bereits vorhanden ist. Eine große Rolle als Arbeitsplatzsicherer spielen jene Wirtschaftszweige, die an der Nahrungsmittelversorgung mitwirken oder landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeiten, insofern, da diese gegenüber Konjunkturschwankungen relativ unempfindlich sind. Zu diesem „Agrarkomplex“ zählen neben der Land- und Forstwirtschaft als Urproduktion die Nahrungs-, Genußmittel-, Getränkeindustrie sowie die Papier- und Möbelindustrie. 1970 umfaßte dieser Agrarkomplex 925.000 Arbeitskräfte. Demnach waren damals knapp 30 Prozent der Arbeitsfähigen in diesen Sparten tätig.

In der Steiermark sind gewisse Bereiche in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nur schwach vertreten. Am besten ausgebaut ist die Verarbeitung im Bereich der Milchwirtschaft mit 16 Molkereien. Auch die Fleischverarbeitung weist zahlreiche leistungsfähige Betriebe in der Steiermark auf, jedoch macht diese Sparte derzeit einen starken Strukturwandel durch. Stark ausgebildet ist auch die Papierindustrie, die mit einem Anteil von fast 35 Prozent in der Steiermark vertreten ist. Wir registrieren auch vom agrarischen Bereich als sehr positiv, daß der Ausbau des Sulfatwerkes in Pöls gesichert erscheint. Daraus ergeben sich für die Schaffung beziehungsweise Erhaltung von Arbeitsplätzen Konsequenzen in drei Punkten: In der Urproduktion sind möglichst viele Arbeitskräfte zu erhalten, für diese ist ein Paritätseinkommen zu sichern. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft soll weitgehend erhalten bleiben. Wir müssen daher jene Betriebssparte forcieren, die möglichst hohe Umsätze pro Hektar sichern. Die Spezialkulturen und in der weiteren Folge auch die Verarbeitung, daß wir uns auf sogenannte intelligente Produkte konzentrieren. Die Entwicklung der Sonderkulturen hängt besonders von den Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiet des Außenhandels ab. Wenn es hier zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen kommt, ich denke an ein Obst- und Gemüsegesetz, so wäre in diesem Bereich ein Halten, wenn nicht eine Zunahme von zusätzlichen Arbeitsplätzen denkbar. Im Bereich der Energieversor-

gung bieten sich heute schon verschiedene Möglichkeiten der Energieversorgung mit Biomasse an. Hier wäre es Aufgabe der öffentlichen Hand, die Versuche fortzuführen, so daß in diesem Bereich neue Aufgaben und damit auch neue Arbeitsplätze für den ländlichen Bereich entstehen. Da der Verarbeitungsbereich in engster Schicksalsgemeinschaft mit der Urproduktion lebt, wäre es sehr wünschenswert, wenn gerade die Nahrungsmittelindustrie, wie in anderen Ländern, systematisch gefördert würde, da dadurch Arbeitsplätze im industriellen Bereich entstehen würden und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten und vermehrt werden würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meinen Ausführungen soll nicht entnommen werden, daß allein in der Urproduktion und der nachgelagerten Industrie die Arbeitsmarktprobleme im ländlichen Raum gelöst werden könnten. Es ist vielmehr notwendig, daß sämtliche Sparten der Industrie und des Gewerbes, aber natürlich auch des Fremdenverkehrs im ländlichen Raum entsprechend unterstützt werden, damit die Abwanderung zumindest teilweise vermieden werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Kenntnis unseres Voranschlages 1982 und der Ansätze für den agrarischen Teil ist zu entnehmen, daß sehr positive Ansätze zu finden sind. Diese positiven Ansätze im Voranschlag 1982 geben auch Anlaß dazu, daß wir ohne Besorgnis diesen Ansätzen in der Gruppe 7, Landwirtschaft, unsere Zustimmung geben können. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Feldgrill:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Zinkanell das Wort.

**Abg. Zinkanell:** Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte ohne lange Einleitung auch gleich zu der Behandlung einiger wesentlicher agrarpolitischer und agrarwirtschaftlicher Probleme kommen, und zwar vor allem zu denen, über die es draußen zum Teil heftige Diskussionen gibt. Ich fürchte, daß es nach meiner Rede nicht dazu kommen wird, so wie jetzt, daß die andere Fraktion, wie wir jetzt beim Herrn Präsidenten Buchberger, applaudiert, außer Sie lassen sich von diesen Wahrheiten (Abg. Dr. Maitz: „Halbwahrheiten!“) überzeugen, was mich ja freuen würde. (Beifall bei der SPÖ.) Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Welt zeigen sich ja nicht nur im Budget des Bundes, sondern auch im Budget des Landes und hier ganz deutlich in der Reduzierung einiger markanter Ansätze des Landwirtschaftsteiles der Gruppe 7. Dieser Hinweis gilt für all jene Bauernbundfunktionäre auch hier im Hohen Haus, die bei ihren Versammlungen draußen und in ihrer Zeitung heftig kritisieren, daß die böse Bundesregierung und natürlich nur die Bundesregierung die eine oder andere Ausgabenstelle im Budget nicht wunschgemäß erhöht hat. Diese Bauernbundkritik ist unbegründet, weil die wesentlichen Bedürfnisse der Landwirtschaft noch jedes Jahr vom Bund weitgehend berücksichtigt wurden. Zu den effektiven und zum Teil harten Kürzungen im Landwirtschaftsabschnitt des Landesbudgets stelle ich fest, daß man diese auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Sachlage im allgemeinen wohl oder übel zur Kenntnis nehmen muß. Das ist aber kein

Hindernis, Zweifel an der Zweckmäßigkeit bestimmter spezieller Kürzungen anzumelden. So ist zum Beispiel darauf hinzuweisen, daß die Beiträge zur Förderung der Ent- und Bewässerung von 18,4 Milliarden Schilling beim Erfolg 1980 um 5 Millionen Schilling auf 13,4 Millionen Schilling im Voranschlag 1982 reduziert wurden, obwohl diese Gelder, wie ja auch der Titel dieser Untergruppe 71, „Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft“, sagt, dazu vorgesehen sind, die Grundlagen, die Voraussetzungen für eine optimale Landbewirtschaftung zu schaffen. Ebenso bedenklich erscheint mir, daß ausgerechnet die unter dem Titel „Strukturverbesserung“ aufscheinenden Beiträge zur Förderung von agrarischen Operationen von 5,4 Millionen Schilling beim Erfolg 1980 auf 3,2 Millionen Schilling für 1982, also um über 40 Prozent, gekürzt worden sind. Die bäuerlichen Kollegen hier im Haus kennen das, und die nichtbäuerlichen können es sich leicht vorstellen, daß es ein großer Unterschied ist, ob die Bauern Riemenparzellen beziehungsweise viele weit verstreute Kleinparzellen mühsam und zeitraubend bearbeiten müssen oder ob durch eine gut geplante Zusammenlegung nicht nur weniger, weil größere und auch besser geformte Parzellen, zu bewirtschaften sind, sondern gleich auch dazu die erforderlichen Zufahrten zu den Grundstücken geschaffen werden. Wenn man sieht, daß bei so wichtigen agrarischen Maßnahmen wie der Ent- und Bewässerung und der Grundzusammenlegung vom Erfolg 1980 auf den Voranschlag 1982 drastisch um 7 Millionen Schilling gekürzt wurde, aber der Personalkostenzuschuß für die Landwirtschaftskammer in der gleichen Zeit um 16 Millionen Schilling erhöht wird, dann dürfen Sie, meine sehr verehrten Kollegen vom Bauernbund und auch Herr Landesrat Koiner, nicht erwarten, daß ich diese Tatsache stillschweigend übergehe, nur vielleicht deswegen, weil ich bei der vorjährigen Budgetdebatte schon aufgezeigt habe, daß schon damals der Personalkostenzuschuß für die Landwirtschaftskammer mehr als das Dreieinhalbfache der gesamten Bergbauernausgleichszahlung des Landes Steiermark für 11.279 steirische Bergbauern ausgemacht hat. Die Zahlen des Landesvoranschlages 1982 zeigen, daß sich dieser Vergleich für das nächste Jahr nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert. Der Personalkostenzuschuß ist um weitere 8 Millionen Schilling auf 98,9 Millionen Schilling gestiegen. Der vorgesehene Beitrag für die über 11.000 steirischen Bergbauern, die für eine Ausgleichszahlung in Frage kommen, ist von 24 Millionen Schilling auf 21,6 Millionen Schilling reduziert worden.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen heuer nicht weitere Vergleiche zwischen Personalkostenzuschuß einerseits und gekürzten Leistungen des Landes für die Bauern andererseits vorrechnen. Es liegt ja auf der Hand, daß bei einem niedrigeren Gesamtbeitrag die Zahlung an die einzelnen kleinen Bergbauernhöfe, die im Jahr 1980 bei 24 Millionen Schilling Gesamtaufwand nur 454 Schilling erhalten haben und im Jahr 1981 – also heuer – bei auch 24 Millionen Schilling, aber etwas mehr Betrieben, 433 Schilling bekommen haben, im Jahr 1982 bei nur 21,6 Millionen Schilling nicht mehr ausmachen kann. Das ist logischerweise nicht drinnen. Der Zahlung des Landes mit 24 Millionen Schilling für 1981 – also für das heurige Jahr – steht die Leistung des Bundes für die steirischen

Bergbauern der Zonen 2 und 3 mit 71 Millionen Schilling gegenüber. Also schon für das Jahr 1981 – heuer – fast dreimal soviel vom Bund für diese Bergbauern, als das Land Steiermark für diese steirischen Bergbauern gibt.

Nachdem der Landwirtschaftsminister bereits bekanntgegeben hat, daß 1982 die Einzelzahlungen wiederum wesentlich erhöht werden, und zwar bei der Zone 3 – bei den Betrieben bis zu 40.000 Schilling Einheitswert –, von 8500 Schilling auf 10.000 Schilling, wird sich die Summe des vom Bund in die Steiermark fließenden Bergbauerndirektzuschusses noch wesentlich über die 71.000.000 Schilling des heurigen Jahres hinaus erhöhen. Das, meine Damen und Herren und wer te Kollegen von der Bauernbundsseite, ist gediegene, verantwortungsbewußte und soziale Bergbauernpolitik. Von der sozialistischen Bundesregierung so durchgeführt, weil sie überzeugt ist, daß – und zwar auch im Interesse der Gesamtbevölkerung – die Wirtschafterschwernisse der Bergbauern nach Kräften ausgeglichen werden sollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die insgesamt rund 21.800 steirischen Bergbauern bewirtschaften mehr als die Hälfte der land- und forstwirtschaftlichen Kulturfläche der Steiermark und sie sind es daher im besonderen Maße, die die gesuchte und benötigte Erholungs- und Fremdenverkehrslandschaft bewahren. In diesem Sinne – ich muß das wieder in Erinnerung rufen – wurde vom Bund das erste fünfjährige Bergbauernsonderprogramm mit weit über 1,5 Milliarden Schilling neu geschaffen und dann das zweite fünfjährige Sonderprogramm mit vorläufig 4 Milliarden Schilling beschlossen. 5,5 Milliarden Schilling, nein, sogar mehr, für den ländlichen, für den bäuerlichen Raum. Aber die Steirische Bauernbundzeitung schreibt von einer planmäßigen Aushungerung des Landes, und eine kleine unabhängige steirische Zeitung hat geschrieben, es wäre ein beschämendes Schauspiel, daß es Milliarden für Ballungszentren, aber nicht einmal 10 Millionen Schilling für eine bessere Grenzlandhilfe gibt. Das kommt davon, weil man halt den Dingen einfach nicht nachgeht und nicht mitrechnet. Wieviel dem Grenzland im besonderen wirklich gegeben wird, das kommt noch zur Sprache. Ich möchte nur wiederholen: Allein durch die zwei Bergbauernsonderprogramme kommen mehr als 5,5 Milliarden Schilling in den ländlichen Raum, denn der Jahresanteil der Programme ist immer wiederum proportional ganz beachtlich erhöht worden. So auch von den 777 Millionen Schilling des heurigen Jahres auf 858 Millionen Schilling für 1982. Interessanterweise muß man dazu feststellen, daß die Österreichische Volkspartei im Parlament bei diesen Dingen immer wieder dagegengestimmt hat. Ich möchte außerdem noch dazusagen – man soll das auch nicht vergessen, und ich habe es ab und zu, glaube ich, schon erwähnt –, daß in der ÖVP-Alleinregierung damals die Bergbauernhilfe von 40 Millionen Schilling der Jahre 1966 bis 1970 auf 0 Millionen Schilling reduziert wurde. Ich muß auf diesen krassen Unterschied in der Praxis der Bergbauernpolitik zwischen ÖVP und SPÖ deswegen aufmerksam machen, weil der Bauernbund seit einiger Zeit draußen damit agiert, daß die SPÖ gegen ein Gesetz für die Bergbauern sei. Laut Bauernbundzeitung „Neues Land“ vom 15. November des heurigen Jahres hat der Herr Bauernbunddirektor,

Nationalrat Riegler, erklärt, die Sozialisten verhindern eine Weiterentwicklung der Bergbauernzuschüsse zu leistungsgebundenen Direktzahlungen. Daß die SPÖ die Direktzahlungen neu eingeführt und sie ständig enorm – jetzt schon bis zu 10.000 Schilling pro Betrieb – weiterentwickelt hat, das weiß der Herr Direktor Riegler, das weiß auch der Bauernbund. Was will man nun eigentlich? Was will der Bauernbund? Der Bauernbund will offenbar mit seinem Gesetzesantrag leistungsgebundene Direktzahlungen, abgestellt – und das ist besonders wichtig, daß ich das unterstreiche – auf die bewirtschaftete Fläche. Was heißt das, meine Damen und Herren? Das heißt, je weniger Hektar ein Betrieb hat, desto weniger Zuschüsse bekommt er auch. Das heißt das. Das ist das, was der Bauernbund in Wien als neues Bergbauerngesetz betreibt. (Abg. Brandl: „Das ist ÖVP-Politik. So sind Sie!“ – Abg. Tschernitz: „Großbauernpolitik!“) Der Landwirtschaftsminister hat den Standpunkt der Sozialisten zu diesen Direktzuschüssen erst kürzlich wieder im Landwirtschaftsausschuß des Parlaments deutlich erklärt. Ich darf daraus nur den diesbezüglichen Kernsatz aus der Parlamentskorrespondenz vom 20. November 1981 zitieren. Er sagt: „Eine Förderung muß dorthin gelenkt werden, wo sie am dringendsten notwendig ist und am gefährdetsten ist jener Bauer, der die geringste Bodenausstattung hat und vor allem im Grenzbereich des Vollerwerbs steht.“ Das ist die Meinung des Landwirtschaftsministers, das ist die Meinung der Sozialisten und daher bleiben wir auch bei dieser Regelung, die sich bewährt hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Nächstes Jahr sind es zehn Jahre, daß der Bergbauernzuschuß nach diesem Prinzip, aber wie gesagt immer wieder verbessert und aufgebessert, ausbezahlt wird und von den in die geförderten Zonen einbezogenen Bauern selbstverständlich auch anerkannt wird. Wenn auch der Bauernbund zugleich mit flächengebundener Direktzahlung noch weitere 350 Millionen pro Jahr zu den vom Bund bereitgestellten 858 Millionen für die Bergbauern verlangt und anscheinend hofft, damit Mißstimmung gegen die Sozialisten unter die Bergbauern tragen zu können, so dürfte ihm das, glaube ich, nicht viel nützen. Die Bauern sind hellhörig und beurteilen selbst, was zur gegebenen Zeit möglich ist. Gerade jene vielen Bergbauern, die Milch liefern, die spüren es bei jeder Milchgeldabrechnung, daß der Bauernbund durch die von ihm beherrschte Präsidentenkonferenz, übrigens ein absolut undemokratisches monokolores Gebilde. (Unverständlicher Zwischenruf.) Wir haben uns am Samstag, Herr Präsident, darüber ausführlich in der Landwirtschaftskammervollversammlung unterhalten. Wir waren der Meinung, daß es völlig überflüssig ist, einen Beitrag von der Steiermark von 3,85 Millionen Schilling an diese Präsidentenkonferenz zu zahlen, solange dort nicht die Verhandlungen geführt werden, daß auch die zehn Prozent sozialistische Bauern miteinbezogen werden, wie es ihnen zustünde. Leider Gottes ist über diesen Antrag nicht einmal abgestimmt worden, Herr Präsident. (Abg. Buchberger: „Das ist eine andere Frage.“) Es war die Bauernbundfraktion nicht bereit, eine geteilte Abstimmung des Voranschlages durchzuführen, eine höchst eigenartige Haltung auch der steirischen Bauernbundfunktionäre, das muß man auch nebenbei sagen. Jedenfalls war der Bauernbund bisher uneinsichtig und hat die-

sen sozialistischen Vorschlag abgelehnt, daß die Bergbauern der Zonen 2 und 3 von der Zahlung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages befreit würden. (Abg. Buchberger: „Wir sind dafür, aber nicht auf Kosten der anderen. Darüber brauchen wir nicht reden!“) Das wäre trotzdem möglich, Herr Präsident. Denn im Sinne der Zielsetzung der geordneten Milchwirtschaft, die von beiden großen Parteien beschlossen wurde und für die beide Parteien auch die Verantwortung tragen, hat sich die Milchlieferung vorerst auf ein verkraftbares Maß eingependelt. Leider war es dann aber so, daß praktisch zugleich mit der von der Bauernbundspitze als Pioniertat, Sie erinnern sich meine Damen und Herren auch von der Bauernbundseite, gefeierten Beschlußfassung über die neue Milchmarktordnung Behinderungen eingesetzt haben, einerseits in der Form von fast 100.000 vom Bauernbund initiierten Anträgen auf Kontingenterhöhungen auch von den jahrelangen Unterlieferungen und andererseits dadurch, daß nicht wenige Molkereifunktionäre, zugleich durchwegs Bauernbundfunktionäre, die Milch liefernden Bauern heftig aneiferten und aneifern, noch mehr Milch auf den Markt zu bringen, um nicht nur (Abg. Grillitsch: „Das ist eine Unterstellung!“), Herr Kollege Grillitsch, die höchstmögliche Auslastung, sondern womöglich noch eine weitere Kapazitätsausweitung der eigenen Molkerei und natürlich auf diese Weise vieler Molkereien zu erreichen. Ohne Rücksicht darauf, daß dadurch logischerweise der Milchstrom noch stärker anschwillt, daß infolge dessen der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag, über den draußen soviel debattiert wird, über den die Bauernbundzeitung ununterbrochen schreibt, daß dieser zusätzliche Absatzförderungsbeitrag wegen der Zuvielanlieferung erhöht werden muß und somit das Milchgeld der Bauern reduziert werden muß. Diese Animation zur verstärkten Milchlieferung ist jedenfalls wesentlich ein Grund dafür, daß die angelieferte Milchmenge, die wie gesagt nach der Einführung der neuen Marktordnung rückläufig war, wiederum so im Steigen begriffen ist, daß zum Beispiel im Informationsdienst der Agrosserta, die ist Ihnen ja allen bekannt, vor allem den Bauernbundfunktionären sicher bestens bekannt, ich habe das da und könnte das allenfalls zur Verfügung stellen, daß diese Agrosserta auf der Seite 4 bereits von einem prognostizierten zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag von rund 2 Schilling gesprochen hat. Ich möchte das ganz besonders herausstreichen. (Abg. Buchberger: „Das ist doch angekündigt. Das ist kein Geheimnis!“) Das ist im Juni von der Agrosserta gesagt worden, deren Generaldirektor, wie auch bekannt ist, im Milchwirtschaftsfond eine ganz maßgebliche Rolle spielt und der über die Ziffern bestens Bescheid gewußt hat. Der im Juni von 2 Schilling redet, und Sie alle von der Bauernbundseite schreien und schimpfen draußen, daß der Minister gezwungenermaßen auf 1,83 Schilling erhöht hat. So liegen die Dinge, das soll man nicht ganz außer acht lassen.

Der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag hat eine von beiden Parteien gewollte wichtige Signal- und Lenkungsfunktion, die gemeinsam beschlossene Milchmarktordnung zwingt den Minister bei entsprechend steigender Milchlieferung den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag anzuhäben im Interesse der Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Milchmarktordnung, somit im Interesse der Milchbauern, der Milch-

wirtschaft, auch des Generaldirektor Pichler nebenbei und der Konsumenten. Es ist besonders anzumerken, daß sogar nach der Erhöhung des zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages auf 1,83 Schilling die Milchlieferung weiterhin noch stark gestiegen ist. Da wirkt es geradezu peinlich, meine Damen und Herren, wenn mit dem Chef der Präsidentenkonferenz, dem Abgeordneten Lehner, die Bauernbundmandatäre behaupten, der Landwirtschaftsminister hätte nicht berücksichtigt, daß die Anlieferungsentwicklung bedeutend unter seinen Annahmen liegt. Man bräuchte nur nachschauen, was die Agrosserta damals geschrieben hat. Wie unaufrichtig die Behauptung des Bauernbundes gerade in dieser Sache ist, geht aus einer Unterlage hervor, die ich zur aktuellen Frage des zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages erbeten und erhalten habe. Diese Unterlage zitiert die in Frage kommende Gesetzesstelle, den § 57 Abs. 5 des gemeinsam beschlossenen Marktordnungsgesetzes, wonach die Absatzförderungsbeiträge zum nächstfolgenden Monatsersten zu ändern sind, wenn sich im Laufe eines Wirtschaftsjahres erhebliche Änderungen des Finanzierungserfordernisses ergeben. Im weiteren darf ich Ihnen aus dieser Unterlage vorlesen: Diese Situation, die im Abs. 5 bezeichnet ist, war gegeben auf Grund einer neuen Marktplanung des Milchwirtschaftsfonds. Diese Situation, die in dem Fünfer bezeichnet ist, war auf Grund einer neuen Marktplanung des Milchwirtschaftsfonds – das betone ich – mit dem Generaldirektor Pichler und anderen (Abg. Buchberger: „Wie die Zusammensetzung ist, das weißt Du!“) vom 6. Oktober 1981 gegeben. Anstieg der Milchlieferleistung auf 2,3 Millionen Tonnen und einer darauf basierenden Stützungsprognose der Ö-Molk vom 9. Oktober 1981. Ö-Molk ist eine große Dachorganisation mehr oder weniger der Molkereigenossenschaften und ein Exportbetrieb. Diese Unterlagen wurden vom Geschäftsführer des Milchwirtschaftsfonds am 12. Oktober 1981 mit einer Neuberechnung der Absatzförderungsbeiträge – für den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag ergab sich ein Wert von 1,83 Schilling – dem Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft als Entscheidungsgrundlage für die Verordnung zur Kenntnis gebracht, meine Damen und Herren. Die für diese Berechnungen, Prognosen und Vorschläge fachlich und sachlich zuständigen verantwortlichen Personen im Milchwirtschaftsfonds und in der Ö-Molk sind durchwegs, wenn nicht ausschließlich, Ihre Leute, meine Herren vom Bauernbund, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Die haben das dem Herrn Minister als Unterlage gebracht, und Sie sagen draußen, der Herr Minister ist ein schlechter Mensch, weil er das auf 1,83 Schilling festgesetzt hat. Ich habe gar nichts dagegen, daß diese Herren dort arbeiten, und ich nehme an (Abg. Brandl: „Doppelzüngigkeit!“) und gebe auch ohne weiters zu, daß es sich bei diesen Leuten im Milchwirtschaftsfonds und in der Ö-Molk um versierte Fachleute handelt. Wogegen man sich aber sehr wohl und ganz entschieden verwahren muß, das ist, daß der Bauernbund den Herrn Minister als Schuldigen an der Milchgeldkürzung hinzustellen versucht. Wobei, bitte sehr, auch die kammeroffizielle Zeitung voll eingespannt wird – wir haben auch darüber am Samstag aus einem anderen Anlaß geredet –, und, nebenbei bemerkt, auch das schon erwähnte kleine steirische Presseorgan wollte

dabei nicht zurückstehen und berichtet, daß die Landwirtschaft – es passiert halt immer wieder, daß Bauernbund und Landwirtschaft verwechselt werden – über einen neuen Alleingang des Landwirtschaftsministers Haiden verstimmt ist, weil der „Strafbeitrag“ – so nennt es diese Zeitung –, gemeint ist der zusätzliche Absatzförderungsbeitrag, von 1,50 auf 1,83 Schilling angehoben wurde. Meine Damen und Herren, es ist nur gut, daß die meisten Menschen diese Art von Darstellung ablehnen und daß die Tatsachen und Leistungen sozialistischer Agrarpolitik, die die bäuerlichen Menschen ja draußen selber erleben, immer mehr für sich selber sprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das gilt nicht nur für die Bergbauernförderung, sondern für das ganze Bundesagrarsbudget 1982, das mit 9 Milliarden Schilling um 500 Millionen Schilling höher als in diesem Jahr ist. Der ständige Bauernbundvorwurf, daß der Landwirtschaftsanteil am Gesamtbudget des Bundes seit 1970 viel stärker gesunken wäre als vorher, ist falsch. Trotz der enormen Zunahme des Dienstleistungssektors der Wirtschaft und der strukturellen Abnahme des landwirtschaftlichen Teiles der Bevölkerung, ist der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtbudget in den Jahren 1977 bis 1982 nur um 0,5 Prozent, in den Jahren von 1965 bis 1970 mit ÖVP-Landwirtschaftsministern aber um zwei Prozent – also viermal so stark – zurückgegangen. Die bestmögliche Dotierung des Agrarsbudgets des Bundes seit 1970 hat sicher dazu beigetragen, daß ab dieser Zeit die reale Einkommenssteigerung einen Durchschnittswert von 4,3 Prozent pro Jahr erreicht. Dieser Prozentsatz liegt – eben als Durchschnitt der letzten zehn Jahre – zwar weit unter dem Prozentsatz des besonders günstigen Vorjahres, ist aber doch mehr als doppelt so hoch als die 1,9 Prozent Einkommenssteigerung in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung. Diese Fakten, die der Bauernbund nicht wahrhaben will, kommen ja nicht von selbst. Sie sind das positive Ergebnis der sozialistischen Agrarpolitik, von der ich heute ja nur einige Schwerpunkte herausgreifen konnte.

Es müßte eigentlich eine ganze Liste von Maßnahmen und Leistungen angeführt werden, wie zum Beispiel die praktisch jährliche Anhebung des Produzentenpreises für Milch und Getreide, die Viehexportförderung, die Festlegung neuer Preisbände und manches andere noch. Einer speziellen Darstellung wert wäre das vor einigen Wochen zustande gekommene Agrarabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft mit einem Exportvolumen von 1,4 Milliarden Schilling. Das ist zustande gebracht worden – die Insider wissen auch das sehr genau –, obwohl die EG nach wie vor mit sehr großen agrarpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat (Abg. Buchberger: „Seit 1972!“). Einige der Herren werden sich erinnern, daß wir vor zwei Jahren, insbesondere in der Diskussion mit dem Herrn Landesrat Koiner, über diese Frage ja ziemlich ausführlich gesprochen haben. Ich möchte aber, auf Grund dessen, daß der Herr Präsident auch davon gesprochen hat, auf die gute Entwicklung im Verhältnis – ich betone das – Agrarexport zu Agrarimport hinweisen. Die Deckungsquote konnte auf 48 Prozent erhöht werden. Wenn auch die absoluten Ziffern im Steigen sind, aber die Deckungsquote Agrarexport zu Agrarimport beträgt 48 Prozent, dagegen in der ÖVP-Zeit 23 Prozent, meine Damen und Herren. (Abg. Buchberger: „Jetzt haben

wir andere Zeiten. Nicht immer von der Vergangenheit reden!“) Diese gute Entwicklung kommt nicht von selber, sie gehört zu den Leistungen, die aus dem Agrarsbudget des Bundes gefördert werden. Und du, Herr Präsident, hast nebenbei auch den Käseimport mehr oder weniger beklagt. Man muß dazu sagen, daß der größte Käseimporteur die sogenannte Käse-Brach AG. Wien ist, eine Tochterfirma – wenn ich richtig informiert bin – der steirischen Agrosserta, wiederum mit dem Herrn Generaldirektor Pichler an der Spitze (Abg. Buchberger: „Das ist kein Geheimnis!“), der im Milchwirtschaftsfonds entscheidend drinnen ist und der mitgeholfen hat, dem Herrn Minister die Unterlagen für die 1,83 Schilling Absatzförderungsbeitrag beizustellen. (Abg. Buchberger: „Warum soll die Agrosserta nicht dazu beitragen, Sonderwünsche des Konsumenten zu erfüllen?“) Ja, gut, das auch. Aber es wird immer so getan, der Herr Minister ist schuld, wenn es die anderen machen. Das ist es ja, das soll man ja nicht außer acht lassen. (Abg. Brandl: „Schön still sein, nicht jammern!“)

Meine Damen und Herren, ich fürchte, ich halte Sie ein bißchen zu lange auf, aber es mußte ja einiges gesagt werden. Das, was über das Agrarsbudget in die Landwirtschaft fließt – jedenfalls im Jahr 1982 –, ist nur etwas mehr als die Hälfte dessen, was der Bund insgesamt für die Landwirtschaft aufwendet, denn weitere 8 Milliarden Schilling Bundesmittel kommen ja auf dem Weg über die Sozialversicherung der Bauern den bäuerlichen Familien zugute. Auch das soll man nicht außer acht lassen, weil es zehnmal soviel ist als im Jahre 1969.

Meine Damen und Herren, ich will ja diesmal nicht den mühseligen Weg der Bauernpensionsversicherung und der Bauernkrankenkasse, über den ich in diesem Hohen Haus ja schon mehrmals gesprochen habe, wiederum nachzeichnen. Von dem, was bis 1970 leider durch Jahrzehnte von der ÖVP verhindert und versäumt worden ist, konnte jetzt sehr vieles in diesen elf Jahren aufgeholt werden. Bauernpension, Ausgleichszulage, Dynamisierung, um nur einiges davon zu nennen, sind ja bereits förmlich auch Selbstverständlichkeiten geworden. Undenkbar zu einer Zeit, wo man auf Ihrer Seite dagegen gewettert hat, das einzuführen: Die Bauern sollen – wollen – keine Staatsrentner werden. Das soll man auch nicht ganz außer acht lassen, meine Damen und Herren. Das ist eine wichtige Sache.

Dazu jetzt und gewissermaßen abschließend: Nach einer langen Hinhaltetaktik durch die Ärztekammer – der Herr Präsident der Ärztekammer ist ja dem Hohen Hause aus seiner Tätigkeit hier noch gut bekannt (Abg. Karrer: „Er fehlt aber nicht!“) –, wird im Bereich der Bauernkrankenkasse ab 1. Jänner 1982 durch die neue, fälschlich Direktverrechnung, richtiger gesagt Dreiecks- oder Fünfecksverrechnung – nämlich Arzt zum Bauern, zur Bauernkrankenkasse, zur Bank, wieder zum Arzt zurück –, für viele Bauern die finanzielle Belastung wegfallen, dem Arzt das volle Honorar im voraus hinlegen zu müssen. Nachdem diese Forderung auch bei der, Kollege Pörtl, im Mai dieses Jahres durchgeführten Landwirtschaftskammerwahl und auch bei der Landtagswahl, an die wir uns ja nicht ungerne erinnern, damals stark von den sozialistischen Bauern herausgestellt wurde, begrüßen wir diesen Schritt vor-

wärts, wenn es auch kein voll befriedigender Schritt vorwärts ist.

Eine andere soziale Verbesserung, die ins Haus steht und die ich sehr begrüße, betrifft die bäuerlichen Mütter und soll eine echte wirksame Arbeitsentlastung, nicht Bevormundung, wie man das auch in der Bauernbundzeitung gelesen hat, sein. Ich freue mich, Frau Kollegin, daß Sie mir stimmen, offenbar. (Abg. Klasnic: „Nein, nein!“) Nicht, ich dachte Sie meinen mit dem Nicken, daß ich recht habe. Es ist nämlich von Bevormundung geredet worden. Es geht darum, daß die Bäuerin wirklich eine Arbeitsentlastung für die Zeit von mindestens acht Wochen vor der Niederkunft und acht Wochen nach der Niederkunft bekommen soll. Auch die Einführung einer dritten Rate der Geburtenbeihilfe, die ja für alle Mütter gilt und daher auch für die bäuerliche Mutter, womit der Gesamtbetrag der Geburtenbeihilfe auf 19.000 Schilling erhöht wird. Das wird sicher dazu beitragen, daß auch die bäuerlichen Mütter ihre Kinder im dritten Lebensjahr ebenfalls vom Arzt untersuchen lassen, so daß wieder etwas Wesentliches getan wird, um den bekanntermaßen an sich nicht sehr guten Gesundheitszustand der bäuerlichen Menschen zu verbessern.

Hohes Haus! Wenn man den steirischen Anteil an der Gesamtzahl der bäuerlichen Betriebe in Österreich als Maßstab für den Anteil nimmt, der von der Gesamtförderung der Landwirtschaft, und zwar wirtschaftlich und sozial, vom Bund in die Steiermark fließt, dann ergibt das, daß der Bund das Zehnfache dessen gibt, was das Land Steiermark in den Untergruppen 71 Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft und 74 Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft mit rund 330 Millionen Schilling der Landwirtschaft zukommen läßt. Das sollte man auch ein bißchen bedenken und wissen.

Nachdem der Redner des Bauernbundes diese Tatsache nicht herausgestellt hat und ich annehme, daß die nachfolgenden Redner des Bauernbundes diese positiven Tatsachen der sozialistischen Agrarpolitik auch nicht herausstellen werden, habe ich mich ein bißchen länger mit diesen Problemen befaßt, und ich hoffe, Sie sind mir nicht allzu böse, daß es ein wenig gedauert hat. (Abg. Ritzinger: „Es war interessant!“)

Abschließend: Ich hoffe aufrichtig, daß der landwirtschaftliche Teil des Landes-, aber auch des Bundesbudgets, den bäuerlichen Familien im kommenden Jahr, das hoffentlich für alle ein gutes und glückliches Jahr wird, helfen wird, die wichtigen Aufgaben, die die Landwirtschaft hat, auf die die Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht angewiesen ist, zu erfüllen und selbst zu bestehen. Wir werden als sozialistische Fraktion daher dem Landwirtschaftsteil der Gruppe 7 gerne unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Chibidziura. Ich erteile es ihm.

**Abg. Chibidziura:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als im Herbst dieses Jahres der sozialistische Landwirtschaftsminister Haiden in Wien den Grünen Bericht 1980 vorlegte, meinte wenig später sein sozialistischer Kollege Pfeiffer im Parlament, die Opposition sollte – statt zu klagen – dem Minister ein Glück-

wunschtelegramm senden. Die SPÖ erflachte damit förmlich die Anerkennung ihrer Agrarpolitik durch die Oppositionsparteien.

Gewiß, bei einem durchschnittlichen Ansteigen der Agrareinkommen um 25 Prozent ist es für die Opposition nicht ganz leicht, dies der Öffentlichkeit klarzumachen, warum ein solcher Bericht kritisiert wird.

Die FPÖ hat trotz dieser Aufforderung kein solches Telegramm gesendet, noch werden wir steirischen Freiheitlichen an Landesrat Koiner ein Glückwunschtelegramm senden. Schließlich und endlich ist es doch so, wenn man hier steht und vorher die Vorredner hört, daß ein Jubelbericht seitens des Landes beziehungsweise seitens des Bundes gebracht wird. Auf der einen Seite wird die Schuld auf den Bund geschoben und auf der anderen Seite wieder gibt das Land zu wenig. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Agrarmisere auf das Konto der Sozialisten geht. Doch da laut Bundesverfassung die Landwirtschaft zuvorderst Landessache ist, geht diese auch auf Kosten der Österreichischen Volkspartei. Die Verantwortung ist daher unteilbar, nicht zuletzt deshalb, weil die politische Struktur es nicht anders zuläßt. Das Landwirtschaftsministerium ist rot, sprich von den Sozialisten verwaltet. In den meisten Ländern sind die Landwirtschaftskammern aber von der ÖVP und dem Bauernbund besetzt. Davon müssen wir ausgehen, wenn wir die steirische Agrarpolitik betrachten und die Ergebnisse, wie sie den Bauern gegenüberstehen. Langfristig hat sich das Einkommen der steirischen Landwirte mehr oder minder deutlich unter dem Bundesdurchschnitt bewegt.

Im Bundesdurchschnitt betrug 1980 das Agrareinkommen je Arbeitskraft monatlich 7500 Schilling; im südöstlichen Flach- und Hügelland, das bekanntlich überwiegend in der Steiermark liegt, belief es sich auf 6200 Schilling; am Alpenostrand, ebenfalls eine Region, an der die Steiermark großen Anteil hat, wurden 6600 Schilling registriert; und im Hochalpengebiet wurden 1980 lediglich 5300 Schilling erwirtschaftet.

Während im Bundesdurchschnitt immerhin ein Zuwachs von 25 Prozent zu verzeichnen war, fiel er in den steirischen Produktionsgebieten nur auf 16, 13 und zehn Prozent aus.

Gewiß, die Preisgestaltung wird am Agrarsektor sehr stark vom Bund und seinen Maßnahmen beeinflusst, daher liegt die Hauptverantwortung für die ständige Abwanderung, für den menschlichen Aderlaß am Lande, bei den Verantwortlichen am Stubenring sowie beim Bundeskanzler, der eine derartige Agrar- und Gesellschaftspolitik zuläßt! Die Vollerwerbsbauern sind ständig im Abnehmen begriffen, sie stellen leider nur mehr eine Minderheit dar. In der Steiermark sind es noch 36 Prozent, über 56 Prozent sind Nebenerwerbslandwirte. Wir Freiheitlichen meinen, daß es seinerzeit von seiten der Sozialisten eine aus ihrer Sicht sehr geschickte Politik war, die bäuerlichen Existenzgrundlagen allmählich aufzuweichen – und um die Bauern später beim Fabrikstor in Empfang zu nehmen! Vielleicht mag die totale Nebenerwerbslandwirtschaft ein Bestandteil der Politik sein, aber zu hoffen ist, daß diese Entwicklung zum Stillstand kommt, denn der Nebenerwerbslandwirt ist ein Produkt der modernen Industriegesellschaft. Für uns Freiheitliche jedenfalls hat der landwirtschaftliche Vollerwerbsbetrieb nach

wie vor seinen ungebrochenen Stellenwert. Es mag vielleicht die sozialistische Politik das Überleben selbständiger Menschen in bäuerlichen Wirtschaftseinheiten immer schwerer machen. Ich glaube, es ist sicherlich richtig, wenn man behauptet, daß ein hohes Maß an Zermürbungstaktik den Bauern gegenüber angewendet werde. Die bäuerlichen Einkommen hinken gegenüber dem Industriearbeitereinkommen derart nach, daß viele Bauern deshalb resignieren und abwandern. Dieses Abwandern – so scheint es mir – paßt eben in die Gesellschaftspolitik und in die Grundzüge der SPÖ. Aber wo, bitte, blieb dann die ÖVP, meine Damen und Herren? Wo blieb auch der Bauernbund? Außer Jammern wurde in den Jahren nichts unternommen.

Der Bauernbund ist somit der sozialistischen Nebenwerbsideologie auf den Leim gegangen. (Abg. Ritzinger: „Erklären Sie uns, was die FPÖ gemacht hat!“)

1950 gab es in unserer Landwirtschaft noch rund eine Million Erwerbstätige. (Abg. Ing. Turek: „Misch dich nicht ein!“) 1980 waren es nur mehr 300.000; Österreichs Landwirtschaft wurde somit binnen dreier Jahrzehnte personell völlig leergefegt. „Zu wessen Lasten, auf wessen Kosten?“ fragen wir Freiheitlichen.

Seinerzeit, 1960, als mit Blasmusik und Händeklatschen das Landwirtschaftsgesetz beschlossen wurde, meinte man auf seiten der ÖVP und SPÖ, durch das Gesundshrumpfen würden die Einkommen der verbleibenden Bauern genügend stark steigen, um den Anschluß an die übrigen Berufsgruppen zu schaffen. Indes, der Einkommensabstand wird immer größer statt kleiner. 1970 betrug er noch 2800 Schilling im Monat, 1980 erreichte diese Kluft zum Industriebeschäftigten bereits 6000 Schilling. Mit anderen Worten, die Opfer, die die Landwirtschaft auf sich nehmen mußte, haben sich nicht gelohnt. Die Verantwortlichen sind von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Die Volkspartei redet auf Bundesebene ständig von einem Kurswechsel in der Politik. Kurswechsel ja, aber auch in der Agrarpolitik, bitte schön! Das heißt, Kurswechsel in der Preispolitik, Absatzpolitik, sozialen Gerechtigkeit, Kurswechsel in Richtung neuer Landwirtschaftsgesinnung, Kurswechsel in sozialpartnerschaftlichen Gremien, in den Agrarfonds und Beiräten, in den Landwirtschaftskammern und auch Genossenschaften, daß die Bauern nicht allein Stimmvieh sind (Abg. Buchberger: „Wissen wir!“), sondern hart arbeitende Menschen, denen mehr Gerechtigkeit gebührt. Der Bauer hat Anspruch auf einen geschützten Arbeitsplatz! (Abg. Stoppacher: „Bravo!“)

Ich habe eingangs gesagt, die Verantwortung für die Agrarpolitik in diesem Lande sei unteilbar. Wir haben seit 1976 in der Steiermark ein Landwirtschaftsförderungsgesetz, das auch zahlreiche Maßnahmen vorsieht, damit es den Bauern besser geht. Anscheinend sind diese Maßnahmen und Schwerpunkte nicht richtig gesetzt, sonst würden sie besser greifen. Im Bericht 1980 ist zu lesen, daß 24 Millionen Schilling für die Bergbauernausgleichszahlung 1981 (1982 ja leider nur mehr 21 Millionen Schilling) –, und nochmals über 6 Millionen Schilling als Alpengprämie ausgeschüttet wurden. Ein ganzes Dutzend anderer Maßnahmen und Finanzhilfen runden das Bild ab. Daß all dies zusammen nicht mehr bewirkt hat als ein Über-Wasser-Halten der Landwirtschaft, finden wir Freiheitlichen als

höchst bedenklich. (Abg. Buchberger: „Ich gebe zu, du jammerst mehr, als wir!“)

Herr Präsident, es freut mich, daß gerade du seitens der ÖVP den Paritätslohn, den wir Freiheitlichen schon immer gefordert haben, forderst oder davon redest.

Daß die Verantwortung unteilbar ist und auf beide Großparteien zutrifft, läßt sich auch daran ablesen, daß der Bauernbund bis vor kurzem kein Interesse fand, vom ungerechten Barleistungssystem in der Krankenversicherung abzurücken. Nun hört man, nach heftigen Grabenkämpfen mit der Ärztekammer, daß ab Jänner 1982 ein neues System kommen soll. Wenn ich richtig gelesen habe, ein günstigeres als bisher, doch ein äußerst bürokratisches: A schickt die Honorarnote nach B, B schickt sie weiter nach C, C zurück an B, B wieder an A. „Was soll dieser Unfug?“ werden sich im nächsten Jahr viele Bauern fragen.

Bei der Mutterschaftshilfe ist es ähnlich. Seit 1974 gibt es für die unselbständig beschäftigten Frauen das sogenannte Karenzgeld. Nun prescht der Sozialminister mit der Regelung vor, für die Bäuerinnen reichten vier Monate lang eine Betriebshelferin. Wo bleibt hier die Gerechtigkeit? Der Bauernbund hingegen pflichtet dem Sozialminister bei und bejubelt den Erfolg. Zugegeben, es ist sicherlich ein Schritt vorwärts und wir Freiheitlichen sind froh darüber, aber wo bleibt wirklich die Gerechtigkeit? Und die Frage ist, ob diese Diskriminierung wirklich so ein Erfolg ist. Ich wollte nur mit diesem Exkurs aufzeigen, daß die Agrarpolitik nicht am Semmering endet und daß sich der Bauernbund nicht unbeobachtet am politischen Gegner abputzen und danach seine Hände in Unschuld waschen kann. (Abg. Karrer: „Am Semmering fängt es erst an, in Niederösterreich!“)

Zusammenfassend möchte ich noch sagen, daß das Jahr 1980 im Bundesdurchschnitt – vor allem auf Grund guter Ernten – ein relativ gutes Jahr war. Daran gibt es nichts zu deuteln. Während im Bundesmittel ein Einkommenszuwachs von 25 Prozent festzustellen war, erreichten die steirischen Bauern bei weitem nicht so günstige Werte und liegen in einem unterdurchschnittlichen Einkommensniveau. Die Agrarförderung von Bund und Land ist sicherlich kein Pappenstil, doch greift sie anscheinend nicht. Alles läuft anscheinend in die falsche Richtung. Und da gibt es ein Sprichwort, das heißt: „Wenn ein Zug in eine falsche Richtung fährt, so sind auch alle Stationen falsch.“

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich noch etwas betreffend den ländlichen Wegebau dazusagen darf, dann möchte ich hier einige Dinge aufgreifen: Er ist sicherlich ein Schwerpunkt in der Verkehrserschließung in ländlichen Gebieten. Aber auch diese Budgetpost fiel dem Rechenstift – dem Rotstift – zum Opfer. (Bitte, das jetzt nicht parteipolitisch aufzunehmen, aber ein Abstrich der Budgetpost wird halt gerne mit dem Rotstift vorgenommen.)

Insgesamt umfaßt das ländliche Wegenetz 21.000 Kilometer, und etwas mehr als ein Drittel dieser Wege ist ausgebaut und mit einer Schwarzdecke versehen. Der Rest entspricht nicht immer den Erfordernissen. Die Verkehrserschließung des ländlichen Raumes ist eine Voraussetzung für eine erfolgreiche und zweckmäßige Bewirtschaftung des jeweiligen Gebietes, ist sehr wichtig für den steirischen Fremdenverkehr, der

einen Schwerpunkt auf den Urlaub auf dem Bauernhof legt und ist sicherlich eine unbedingte Voraussetzung für die Beförderung der Schüler in die Schulen. Ebenso benutzen diese Verkehrsadern 100.000 Pendler, in erster Linie Bauern, die wegen der durch Jahre hindurch geführten Bauernvertreibungspolitik auf ihren Höfen das für das tägliche Leben notwendige Einkommen nicht finden konnten und daher in Industrie und Gewerbe dazuverdienen müssen, was ihnen zu ihrem Auskommen aus bäuerlicher Tätigkeit fehlt. Nach der derzeitigen wirtschaftlichen Lage muß befürchtet werden, daß es für den Bauern in Zukunft keine Chance eines Zuerwerbes geben wird.

Was beim ländlichen Wegebau auffällt ist, daß zwar jährlich ein Teil des Wegenetzes ausgebaut wird, daß aber annähernd gleich viel wieder kaputt geht. Hier besteht die Gefahr, daß im ländlichen Wegebau auf der Stelle getreten wird. Oder anders ausgedrückt, für das ausgegebene Geld wird zu wenig Qualität geboten. Gerade in einer Zeit der sinkenden Budgetmittel muß über den Einsatz dieser geringeren Budgetmittel bei steigenden Preisen gesprochen werden. Ausgegangen muß bei den Anforderungen an die Konstruktionsstärke werden. Hat sich doch auf dem ländlichen Transportsektor in den letzten 30 Jahren eine gigantische Entwicklung vollzogen. Hat man vor 30 Jahren noch mit Roß und Wagen transportiert, so haben sich die Tonnagen bis auf 40 Tonnen erhöht. Diese Lasten müssen aber über die Wegekonstruktion in den Untergrund abgeführt werden. Mit einem Wort, die ausgeführten Konstruktionsstärken reichen heute nicht mehr aus. Durch die hohen Tonnagen werden die neuen Straßen sehr arg in Mitleidenschaft gezogen.

Ich behaupte, daß mit gleichem Geld eine bessere Qualität zu erreichen wäre. Es ist einfach unverständlich und nicht einsehbar, daß die Kosten für die gleichen Positionen im ländlichen Wegebau oft den doppelten Preis gleicher Positionen des Landes- oder Bundesstraßenbaues erreichen. Wenn man von der Agrar eine Abrechnung der geleisteten Arbeiten nach den Positionen Abtrag, Dammschüttung, Frostschutz, Bitukies nach Kubikmeter und Preis haben möchte, so ist das fast nicht möglich und wird nur unter besonderen Umständen herausgegeben. Üblicherweise wird von der Agrar den Gemeinden nur eine Rechnung mit einer Summe übermittelt, die ohne weitere Information einfach zu zahlen ist. Ich glaube, daß es notwendig sein wird, in Zukunft den einzelnen Gemeinden klar aufgeschlüsselte Abrechnungen vorzulegen, die mit anderen Leistungen vergleichbar und leichter kontrollierbar sind.

Eines möchte ich noch anziehen. Das ist eine Aktion zum Export rückstandsfreier Kürbiskerne. (Abg. Brandl: „Da spricht der Predinger!“) Natürlich, da ja die Predinger die Kürbisbauern sind, hat mich das am meisten getroffen, daß die Kriterien, die seitens der Abnehmer gestellt worden waren, nicht erfüllt wurden und daher diese riesigen Mengen an Kürbiskernen zurückgeschickt wurden. Tatsache ist, daß enorme Mengen der exportierten Kerne zurückgeschickt wurden, also nicht abgesetzt werden konnten. Die nicht abgesetzten Kürbiskerne drückten also auf den Inlandspreis, so daß die Kürbisbauern heuer statt der üblichen 50 Schilling nur 35 Schilling je Kilogramm

Kerne erreichen konnten. Damit entsteht ein Verlust in Millionenhöhe für die Bauern.

Es kann festgestellt werden, die Behandlung der Ackerböden mit Pestiziden, Fungiziden und Kunstdünger hat die Qualität der Kerne so beeinflusst, daß sie den Anforderungen der Abnehmer nicht entsprechen haben. Aus dem Blickwinkel des Volkes wird auch in Zukunft zu überlegen sein, welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um dem direkten Zusammenhang zwischen gesundem Boden, gesunden Pflanzen, gesunden Tieren, gesunder Nahrung und gesunden Menschen zu entsprechen.

Zum Schluß meine Damen und Herren! Nun möchte ich mich noch einer Forderung von uns Freiheitlichen zuwenden, nämlich der TKV-Monopolverordnung, die trotz Zusagen bis heute noch immer nicht revidiert wurde. Es wurde immer wieder gesagt, daß dies nach Vorliegen des Kontrollamtsberichtes geschehen werde. Nun liegt der Bericht schon seit Monaten vor. Nebenbei möchte ich erwähnen, daß ich ihn, obwohl er dem Kontrollausschuß bereits zugeteilt wurde, noch immer nicht gesehen habe. Ich will niemandem etwas unterstellen, aber wenn man sich als Obmann des Kontrollausschusses um das Verbleiben des Aktes erkundigt, heißt es: Mit der Wahl sei der Akt ausgeteilt worden und sei nicht zurückgekommen. Ich hoffe, daß das nur mangelnde Organisation ist, ich möchte nicht behaupten, daß das eine bewußte Regie ist, obwohl es weiter heißt: „Sie werden den Akt noch rechtzeitig bekommen.“ Oder soll vielleicht doch an der Tierkörperverordnung nicht gerüttelt werden. Schließlich und endlich werden doch die Bauern damit geschädigt. Wenn nun, wie schon üblich, der Bund schuld sein soll, daß diese Änderung nicht stattgefunden hat, dann sollte man dies auch klar sagen, damit bundespolitische Aktivitäten zum Wohle der Bauernschaft gesetzt werden können. Damit der Bauer, wenn er schon vom Pech verfolgt ist, einen kleinen Teil seines Schadens rückvergütet bekommt.

Zum Schluß möchte ich sagen, auch wir Freiheitlichen geben trotzdem dem Kapitel 7, Landwirtschaft, unsere Zustimmung. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Feldgrill:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prutsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Prutsch:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir Sozialdemokraten sehen in der bäuerlichen Produktions- und Lebensform eine wichtige Grundlage der Gesellschaft. Wir respektieren das bäuerliche Eigentum und treten für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der ländlichen Regionen ein. Wir wollen auch eine stärkere Selbst- und Mitbestimmung der bäuerlichen Produzenten bei der Marktverwertung ihrer Erzeugnisse. Die Erhaltung der bäuerlichen Produktions- und Lebensform muß der Gesellschaft finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung wert sein, wenn dadurch wichtige Funktionen der Landschaftsbewahrung und der Umweltgestaltung aber auch der kulturellen Belebung erfüllt werden können. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, treten wir für die Beseitigung nachteiliger Lebensbedingungen der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten ein. Insbesondere die Lebenschancen der kleinen Landwirte und

Nebenerwerbsbauern sollen gefördert werden. Wir sind für eine Förderung und Planung der Agrarproduktion, die die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit hochwertigen Grundnahrungsmitteln weitgehend unabhängig von internationalen Märkten sichert. Die Selbstversorgung hat in Österreich in den letzten Jahren sehr stark zugenommen und hat bereits ein Ausmaß von über 90 Prozent erreicht. Wir wissen aber auch, daß noch immer landwirtschaftliche Produkte, Gemüsearten wie Sprosskohl, Käferbohne, Knoblauch, Zuckermais und anderes mehr sowie pflanzliche Eiweißfuttermittel, in immer größeren Mengen importiert und dafür jährlich Millionenbeträge an Devisen ausgegeben werden, obwohl der Anbau aus klimatischen Gründen auch bei uns in Österreich möglich wäre. Maßnahmen dazu, solche Produkte in Österreich zu erzeugen und kostendeckend vermarkten zu können, sind weiterhin in Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaftskammer, Land und Bund in Zukunft noch stärker zu forcieren.

Meine Damen und Herren, eine positive Entwicklung hat sich in den letzten Jahren beim Ölkürbisanbau ergeben. Diese Entwicklung wird zwar heuer durch den Preisverfall getrübt, ich hoffe aber, daß sich die Preisentwicklung in Zukunft zugunsten der Produzenten einpendeln wird. Der Ölkürbisanbau ist eine süd-, ost- und weststeirische Spezialkultur und stellt für Hunderte Kleinbauern eine wichtige Produktionsalternative dar. Auf einer kleinen Fläche kann relativ viel Einkommen erwirtschaftet werden. Er eignet sich daher für kleine Betriebe mit ungenügendem Einkommen und freien Arbeitskapazitäten, deren Inhaber ohne den Kürbisanbau zu einem außerlandwirtschaftlichen Erwerb genötigt wären. Vor einigen Jahren wurde eine Arbeitsgemeinschaft steirischer Kürbisbauern gegründet. Sie baute in Mureck eine Aufbereitungshalle, die aus Mitteln der Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume mit 400.000 Schilling gefördert wurde. Ich hoffe, daß sich diese Zusammenarbeit der Pflanzen- und Gartenbauabteilung der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft mit der Bundesregierung auch in Zukunft im Interesse der Kleinbauern weiterentwickelt.

Hohes Haus! Wir Sozialdemokraten unterstützen den Ausbau und die Stärkung der Kontroll- und Mitbestimmungsrechte des bäuerlichen Produzenten in landwirtschaftlichen Genossenschaften und Selbsthilfeeinrichtungen. Wir müssen aber feststellen, daß vor allem die kleineren und mittleren Bauern von der Machthaltung in den landwirtschaftlichen Vereinigungen und Monopolisierungstendenzen bei der Verarbeitung und Vermarktung agrarischer Produkte benachteiligt werden. Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark hat für die Funktionsperiode 1981 bis 1986 ein Arbeitsprogramm vorgelegt, das in seinen Formulierungen sehr einseitig politisch gegen die Bundesregierung ausgerichtet ist. Unter dem Titel „Reinertrag für die Landwirtschaft“ wird geschrieben: „Schon seit Jahren wirft die Land- und Forstwirtschaft im Bundesmittel keine Verzinsung des Eigenkapitals mehr ab, gibt es keine Vermögensrente, gibt es keinen Reingewinn. Auf die Dauer ist es untragbar, ohne Reinertrag wirtschaften zu müssen. Diese ungleiche Behandlung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in der Bundespolitik und Sozialpartnerschaft ist auf lange Sicht untragbar.“

Unter dem Titel „Sozialpolitik“ wird mit keinem Wort der für das Jahr 1982 vorgesehene Bundeszuschuß in der Höhe von 8 Milliarden Schilling für die bäuerliche Sozialversicherung erwähnt. Obwohl das Kammerwesen in Gesetzgebung und Vollziehung eine reine Angelegenheit des Landes ist, werden durch die Kassen der Landwirtschaftskammer im Jahre 1982 insgesamt 85.594.000 Schilling Bundesmittel fließen. 51 Millionen Schilling treuhändig verwaltete Mittel und 34 Millionen Schilling Bundeszuschüsse für Kammererfordernisse.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es nicht jener Teil der Wirtschaft, der die landwirtschaftlichen Betriebe mit Betriebsmitteln und Maschinen versorgt, also der der Landwirtschaft vorgelagerte Sektor, und jener Teil, der die Produkte übernimmt, sie weiterverarbeitet und verteilt, der der Landwirtschaft nachgelagerte Sektor, der in immer größerem Maße von der bäuerlichen Produktion profitiert, und das ist zum größten Teil die Raiffeisenorganisation mit ihren 2800 Einzelgenossenschaften und 2400 Filialen und nicht die ungleiche Behandlung der Bauern durch die Bundespolitik, wie es die Kammer in ihrem Arbeitsprogramm behauptet. Der Raiffeisengigant ist für den kleinen Bauern draußen undurchschaubar geworden. Mit ihren vielen Organisationen, Raiffeisenkassen, Raiffeisenlagerhausgenossenschaften, Molkereigenossenschaften, Nutzungsgenossenschaften, Agrarverwertungsverband Agrosserta kontrollieren beziehungsweise vermarkten sie bereits mehr als zwei Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Produkte. Neben dem Absatz landwirtschaftlicher Produkte werden heute bei den Raiffeisenlagerhäusern, von Toilettenartikeln angefangen, Waren aller Art angeboten. Und dieser Raiffeisengigant, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit seinen 1200 Kassen und 1150 Filialen weist Ende 1980 ein Bilanzvolumen von rund 345 Milliarden Schilling auf. Er verfügt an Spareinlagen aller österreichischen Geldinstitute über einen Anteil von 24 Prozent. Bei den Bauspareinlagen liegt der Marktanteil sogar bei 33 Prozent. Am Gesamtkreditvolumen ist Raiffeisengeld mit zirka 17 Prozent beteiligt. Mit 66 Prozent Marktanteil nimmt die Land- und Forstwirtschaft eine dominierende Position ein. Aber gerade diese Wirtschaftsunternehmungen vertreten Eigeninteressen und expandieren in Bereiche hinein, die nicht ihrer unmittelbaren Aufgabe entsprechen, zum Beispiel in den Zeitungsmarkt.

Es gibt auch positive Aussagen in diesem Arbeitsprogramm, zum Beispiel sieht die Weinbauabteilung bei der Weinvermarktung in der Steiermark die Ausgangssituation so, daß etwa 80 Prozent des steirischen Weines durch Selbstvermarktung abgesetzt werden können. Diese Selbstvermarktung wird weiterhin zunehmen, da die Genossenschaften ungenügende Preise zahlen. Außerdem liegt in der Traubenverarbeitung und Selbstvermarktung (Abg. Buchberger: „Das ist der Buschenschank!“) in Flaschen- und Buschenschank ein zusätzliches Arbeitsaufkommen für den Weinbauern. Durch die positive Außenhandelspolitik der Bundesregierung hat der österreichische Weinexport in den letzten zehn Jahren sprunghaft zugenommen. Hat Österreich noch im Jahre 1967 465.483 Hektoliter Wein importiert und nur 10.861 Hektoliter exportiert, so wurden im Jahre 1980 bereits 470.719 Hektoliter Wein exportiert und nur mehr 221.261 Hektoliter importiert.

Meine Damen und Herren, weltweit müssen wir gewaltige Ungleichheiten in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums feststellen. Auch bei uns in Österreich gibt es Räume und Regionen, deren Bewohner weniger Möglichkeiten der Existenzsicherung und weniger Chancen zur Selbstverwirklichung haben als die Bewohner anderer Gebiete.

Der Bezirk Radkersburg ist einer der schwächsten Regionen Österreichs. Es ist ein Problemgebiet, in dem koordinierte Maßnahmen der Gebietskörperschaften unbedingt durchgeführt werden müssen, um der Abwanderung der Grenzbevölkerung Einhalt zu gebieten.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit über einem Jahr wurde von der ÖVP und insbesondere durch den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer in der Öffentlichkeit wiederholt die Auffassung vertreten, daß der Bund nicht bereit sei, im gleichen Ausmaß für die Grenzlandförderung Mittel zur Verfügung zu stellen, wie das Land Steiermark. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Bekanntlich besteht zwischen dem Bund und dem Land Steiermark eine fixe Vereinbarung, die am 13. Mai 1976 im Bundeskanzleramt in Wien getroffen wurde. Das Protokoll sieht vor, daß der Bund für das Jahr 1976 15 Millionen Schilling an Beihilfen und für ein AIK-Volumen von 40 Millionen Schilling für die Zinszuschüsse aufkommt. Dieses agrarische Grenzlandsonderprogramm wurde damals für fünf Jahre fixiert. 1977 wurden vom Bund 15 Millionen Schilling Beihilfe und für 40 Millionen Schilling AIK-Kredite die Zinszuschüsse ausgegeben. Das Land hat 15 Millionen Schilling ausgegeben. 1978 wurden vom Bund 14,4 Millionen Schilling Beihilfe und für 75 Millionen Schilling AIK-Kredite die Zinszuschüsse ausgegeben. Für 1979 wurden vom Bund 15 Millionen Schilling Beihilfe und für 75 Millionen Schilling die Zinszuschüsse ausgegeben. Für 1980 wurden vom Bund 15 Millionen Schilling an Beihilfe und für 32,5 Millionen Schilling AIK-Kredite die Zinszuschüsse bereitgestellt. Für 1981 wurden vom Bund 20 Millionen Schilling an Beihilfe und für 70 Millionen Schilling AIK-Kredite die Zinszuschüsse beigestellt. Das Land hat in all diesen Jahren jeweils 15 Millionen Schilling Beihilfe gezahlt. Für das Jahr 1982 sind im Bundesbudget 25 Millionen Schilling an Beihilfe und für 75 Millionen Schilling AIK-Kredite die Zinszuschüsse vorgesehen. Die Zinszuschüsse für sämtliche AIK-Kredite ab dem Jahre 1976 werden 1982 bereits 30 Millionen Schilling betragen. Das sind insgesamt rund 55 Millionen Schilling Bundesbeitrag für das Jahr 1982 gegenüber 30 Millionen Schilling, die das Land zur Verfügung stellt. Was die Förderungsquote anlangt, so liegt die Steiermark den anderen Bundesländern gegenüber im mittleren Durchschnitt. Denn bei Einführung der Grenzlandförderung im Jahre 1976 wurden nur die tatsächlichen Grenzbezirke Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Feldbach und Fürstenfeld mit 29.594 Betrieben in das Programmgebiet aufgenommen. Über Ersuchen der Landesregierung und der Landwirtschaftskammer wurde vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Günter Haiden das Programmgebiet ab 1980 auf die politischen Bezirke Hartberg und Weiz unter der Bezeichnung oststeirisches Hügelland mit zusätzlich 14.085 Betrie-

ben ausgedehnt. Daß die Förderungsquote pro Betrieb bei insgesamt 43.679 Betrieben gegenüber 29.594 Betrieben kleiner wurde, bedarf wohl keiner näheren Erläuterung. Meine Damen und Herren! Mit Polemik ist unseren Grenzlandbauern keineswegs gedient, daher wünschen wir Sozialisten eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Bund, Land im Interesse der gesamten Bauernschaft. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Grillitsch:** Verehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Wenn man die Vorredner jetzt gehört hat, vor allem den letzten und vorvorletzten, dann muß man das Gefühl haben, die Landwirtschaft lebt überhaupt in einem Paradies. Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat sicher vergessen, daß es sicher nicht zu den wesentlichen Bedürfnissen der Bauernschaft gehört, daß die AIK-Kredite so lange nicht erledigt werden, und er hat vergessen, sich beim Bundesobmann der Österreichischen Volkspartei Dr. Mock zu bedanken, daß es ihm gelungen ist, in den Wirtschaftsgesprächen den Herrn Landwirtschaftsminister oder den Herrn Bundeskanzler zu überzeugen, daß es eine unbedingte Notwendigkeit ist, daß die Bauernschaft auch billige Kredite für Investitionen zur Verfügung hat. Es kann sicher nicht zu den Bedürfnissen der Landwirtschaft gehören, daß das Ölsaatenprojekt so lange hinausgeschoben wird, und es kann sicher auch nicht das Bedürfnis der Bauernschaft sein, daß mit dem Herrn Landwirtschaftsminister gewisse Gesetze vor Gerichten geklärt werden müssen. Wenn der Herr Abgeordnete Zinkanell heute so sehr die Bergbauernsituation erwähnt hat, so glaube ich, ist es unser aller Sorge um die Bergbauern. Aber bitte nur eines und wir kommen im speziellen noch darauf zu sprechen in der Milchangelegenheit: Es ist der sozialistische Vorschlag sicher kein Allheilmittel, die Bergbauern von der Richtmenge zu befreien, sondern wir müssen wissen, daß eine Einkommenssicherung der Bergbauern, gesunde und tragbare Viehpreise sind und in Ordnung zu bringende Holzpreise. Eines hat mir besonders leid getan: Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat vollkommen vergessen zu sagen, was sich zum Nachteil der Landwirtschaft seit 1976 vor allem entwickelt hat und zwar der Gesamtkostenindex. Der wurde überhaupt nicht erwähnt. Auf Seite 159 zu lesen, um 18,8 Prozent gestiegen, die Lohnkosten um 29,3 Prozent gestiegen, die Baukosten um 26,6 Prozent gestiegen und die allgemeinen Betriebsmittel um 16,6 Prozent. Es hätte mich gewundert... (Abg. Brandl: „Und die Produktivität noch mehr! Die gehört dazu!“) Seite 159 zu lesen im Grünen Bericht, falls Sie den nicht gelesen haben.

Es hätte mich gewundert, Herr Abgeordneter Brandl, wenn Ihrerseits nicht ein totaler Angriff gegen die Genossenschaften gekommen wäre. Herr Abgeordneter Zinkanell, ich muß das sagen, du bist von deinem Chef schon wirklich gut abgerichtet, weil ich kenne das im Bezirk Judenburg jahrelang. Sie vergessen immer, auch die wertvolle Funktion der Raiffeisenorganisation in der Vermarktung und überall zu erwähnen. (Abg. Brandl: „Er hat nie von den Genossenschaften geredet. Das muß man klarstellen!“) Der Nachfolger hat es

gesagt, der Trampusch. Und du hast es auch angedeutet. Ihr vergeßt die Situation, was die Raiffeisenorganisation in punkto Arbeitsplatzsicherung leistet, und wie sehr die Vermarktungsorganisation vor allem bereit ist, hier bei der Einkommensverbesserung der Landwirtschaft mitzuhelfen. Generell gesagt, im Berg- und Grünland ist die Einkommensentwicklung eben Holz, Vieh und Fleisch, und gerade diese Sparten sind in den letzten Jahren schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Lage der Forstwirtschaft ist durch sinkende Preise und den Nachfragerückgang beim Sägerundholz im besonderen gezeichnet, und wir merken seit März dieses Jahres einen starken Rückgang. Nach 1250 bis zu 1300 Schilling haben wir jetzt nur mehr Preise von 1100 bis 1150 Schilling zu verzeichnen. (Abg. Brandl: „Das waren Spitzenpreise!“) Oder gibt es eine Firma, die mehr bezahlt? Dann, bitte sehr, Herr Abgeordneter Brandl. (Abg. Brandl: „Ihr habt mehr bekommen. Selbstverständlich, bei 1400 Schilling!“) Bitte sehr, hoffen wir es! Die Preise sind damit am Niveau des Jahres 1980 angelangt, und die Spitzenpreise des Vorjahres sind mit dem Jahr 1974 zu vergleichen. Gerade in der Forstwirtschaft waren die Kostensteigerungen auch enorm. Sie wissen, wie die Kosten bei den Wegaufschließungen gestiegen sind. Wenngleich zwei Drittel schon erschlossen sind, so ist ein Drittel immerhin noch zu vollziehen, damit auch die Bringung in eine Mechanisierung umgestellt werden kann und damit die Nutzung entsprechend gepflogen wird. Die Forstwirtschaft hat im Jahr 1980 2.464.000 Festmeter Blöchholz erzeugt, und es wurden 1.285.000 Festmeter für die Papierindustrie zur Verfügung gestellt. Es ist heute die Bedeutung der Forstwirtschaft am Energiesektor schon angeklungen, und es wurden im letzten Jahr auch 500.000 Festmeter bereits für Energiezwecke zur Verfügung gestellt. Von den 550 holzverwertenden Betrieben in der Steiermark beschäftigt die Forstwirtschaft in den Sägewerken 2919 Arbeitnehmer, und 61.000 Waldbesitzer in der Steiermark haben auch eine Arbeitsplatzsicherung zu verzeichnen.

Neben all den Funktionen der Forstwirtschaft, was die Jagd anlangt, die Umwelt und die Energie, liegt auch eine wesentliche Bedeutung der Forstwirtschaft – glaube ich – in der Entwicklung des Fremdenverkehrs, und man muß gerade diese Sparte hochhalten und ihr eine entsprechende Beachtung zuwenden.

Wenn wir zu den Preisen von den Rindern kommen, haben wir heuer, nach einem mehrjährigen Preisstillstand, eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Es war nur zu bedauern, daß die Anhebung der Preise so lange hinausgezögert wurde. Es ist hier aber vor allem dem Land Steiermark herzlicher Dank für die Unterstützung des Herbstviehmarktes zu sagen. Die Nachziehung ist aber auch dringend notwendig gewesen, weil die Rinderproduktion in der Steiermark bereits um 55.000 Stück zurückgegangen ist, und das sind fast acht Prozent weniger als vor zwei Jahren. Um diesen rückläufigen Trend zu stoppen und vor allem die Einkommenssicherung der Rinderproduzenten zu gewährleisten, vor allem bei den Bergbauern, war diese Unterstützung auch notwendig.

Die Exportinitiativen, die hier gesetzt wurden, sind auch vom Herrn Minister einige Male nicht zugunsten der Bauernschaft entwickelt worden. Denken Sie nur

an den Dollarkursverfall, wo es möglich gewesen wäre, die Rinderpreise automatisch anzuheben, was damals nicht passiert ist, und denken Sie auch daran, welcher Streit immer ist, wenn höhere Exportförderungsmittel notwendig sind, bis hier seitens des Landwirtschaftsministers auch eine positive Erledigung erfolgt. Der Standpunkt, 50 Prozent Land und 50 Prozent Bund, ist – glaube ich – sehr ungerechtfertigt. Denn, wie Sie alle wissen, meine Damen und Herren, kassiert der Bund ja über die Exportabschöpfung. Das Land hat diese nicht, sondern es hat nur einen Anteil von sechs Prozent am Bundesbudget und soll automatisch hier immer 50 Prozent als Stützungen leisten. So hat das Land Steiermark im Jahr 1978 24 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, 1979 waren es 42,3 Millionen Schilling, 1980 45 Millionen Schilling und 1981 35 Millionen Schilling.

Man wird es dem Herrn Landwirtschaftsminister immer wieder sagen müssen, daß der wichtigste Preis im Bergbauerngebiet, Herr Abgeordneter Zinkanell, der Viehpreis ist, und der muß halt einfach passen. Vor allem muß er deshalb passen, weil wir sonst immer mehr Mastbetriebe verlieren, wenn dort keine Avance mehr zu erreichen ist, und daß wahrscheinlich dann die Viehproduktion noch weiter zurückgeht. Man soll es gerade in diesen Sparten auch nicht so machen, wie man es bei anderen Urprodukten schon gemacht hat, und wie man es Ihrerseits sehr lange gepflogen hat: Wozu im Inland die teure Produktion, wenn wir es im Ausland viel billiger kriegen? Denken Sie, bitte, hier an die Kohle. Dort hat man das Spiel getrieben und heute haben wir die Situation, damals war die Kohle um 900 Schilling zu teuer – daß man heute froh sein muß, wenn man um 2900 oder 3100 Schilling eine Tonne Kohle bekommt. (Abg. Zinkanell: „In den ‚Landwirtschaftlichen Mitteilungen‘ vom 15. September, 15. Oktober und 15. November stehen sechs, sieben, acht Meldungen je Seite über die guten Preise. Gott sei Dank!“) Ja, Gott sei Dank! Das war nach der Anhebung. Aber ich habe ja darauf verwiesen, daß gerade der Herr Bundesminister im vergangenen Jahr einmal die Möglichkeit gehabt hätte, die Viehpreise automatisch durch die ganze Devisensache anzuheben. Das hat er verhindert, und es war auch nicht so ohne weiters, daß er bereit war, das Preisband anzuheben, und es war letztlich beim Herbstviehabsatz die positive Sache der Steiermärkischen Landesregierung, vor allem was die Einstellungsproduktion anlangt, daß hier mit der Einstellprämie von 600 Schilling der Markt fließend gehalten wurde und daß die Preise auch angehoben und gehalten werden konnten. (Abg. Zinkanell: „Und die Absatzsicherung!“) Wir hoffen nur, daß sie gehalten werden, weil wir – und du weißt es, Herr Abgeordneter Zinkanell – von Haus aus immer die Meinung vertreten, es muß ein Preisverhältnis zwischen Vieh und Milch von etwa eins zu siebeneinhalb bis eins zu acht, schon im Interesse der Bergbauern und auch im Interesse der ganzen Milchproduktion sein. (Abg. Zinkanell: „Das hat sich auch gewandelt!“)

Die Milchmarktordnung ist ja auch von diesem Leitgedanken im Kompromiß entstanden, und wäre die Milchmarktordnung richtig gehalten worden, dann – glaube ich – gäbe es wahrscheinlich auch noch nicht so viele Probleme. (Abg. Zinkanell: „Wäre sie nicht sabotiert worden!“)

Der Landwirtschaftsminister hat heuer im Mai, trotz eines dynamischen Strukturwandels bei den Milchbauern, auf einer gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1980/81 unveränderten und unserer Meinung zu geringen Gesamtrichtmenge bei der Milch für die Jahre 1981 und 1982 bestanden. Bei optimaler Auslegung des Gesetzes wäre es möglich gewesen, die Gesamtrichtmenge für das kommende Wirtschaftsjahr mit 2.218.631 Tonnen festzusetzen und damit um 30 Prozent der überlieferten Menge des vergangenen Jahres bei der Neufestsetzung der Einzelrichtmengen zu berücksichtigen. Heuer waren es leider nur 21 Prozent, weil man eben die Gesamtrichtmenge nicht mit 2.218.000 Tonnen, sondern mit 2.200.000 Tonnen festgelegt hat, und jetzt zeigt sich schon wieder mit der Anhebung des zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages – du hast zwar heute darauf bestanden, daß die Zahlen immer stimmen; ich habe – und du hast die Zeitung vor dir – in der „Landwirtschaftlichen Mitteilung“ soeben gelesen, daß der Herr Minister am schnellsten Wege informiert wurde, daß sich die neuesten Zahlen geändert haben. Die Milchlieferung ist eben jahreszeitlich bedingt und nicht das ganze Jahr gleich, und wir werden im heurigen Wirtschaftsjahr wahrscheinlich eine niedrigere Anlieferung als im Vorjahr haben. (Abg. Zinkanell: „Höchstwahrscheinlich!“) Jedenfalls glaube ich, daß es keinem Milchbauern zuzumuten ist, einen zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag von 1,83 Schilling zu bezahlen, wo man auf der anderen Seite weiß, daß nicht alle Exporte in die ganze Milchmengenregelung einbezogen werden und daß vor allem jetzt wiederum das eigenständige Vorhaben des Herrn Landwirtschaftsministers da ist, etwa 3000 Tonnen Joghurt – wie der Herr Präsident Buchberger schon gesagt hat – aus der Schweiz einzuführen. Wie man hört, gibt es jetzt bereits Überlegungen, den Absatzförderungsbeitrag auf 2 Schilling anzuheben. (Abg. Zinkanell: „Die Agrosserta hat schon 2 Schilling gerechnet!“) Die Bauernschaft anerkennt die grundsätzliche Funktion des zusätzlichen Absatzförderungsbeitrages als Steuerungsinstrument für die Anlieferung. Sie spricht sich aber entschieden dagegen aus, daß mehr von den Bauern abkassiert wird als notwendig ist. Schon im Jahre 1979 hat man in der Milchmarktfrage, Herr Abgeordneter Zinkanell, 600 Millionen Schilling entzogen, und es sind seitens des Staates jährlich rund eine Milliarde Schilling an Stützungsgeldern für die Milchwirtschaft erspart geblieben.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß gerade die Sparten Milch, Fleisch und Holz die einkommensträchtigen Sparten des Bergbauern sind, und wir brauchen uns bei weitem nicht so viel sorgen um die Direktzusagen, die ja auch nur für einzelne gelten, weil du sicherlich auch die Probleme in der Zonierung kennst, wenn die Einkommenssituation bei den Preisen in richtige Ordnung gebracht wird. Bei der Kostensteigerung, in der sich die Bauernschaft befindet, glaube ich, ist das letztlich nur ein Almosen, wenn dieses Almosen auch jährlich für eine Bergbauernfamilie, meinetwegen in der Zone 3, auf 10.000 Schilling angehoben wird. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Trampusch:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Sie sehen mich hier das erste Mal an diesem Rednerpult stehen – ehrfürchtig, erstaunt und überrascht, und zwar vor allem deshalb, weil mein Vorredner, der Herr Kollege Grillitsch, meine Ausführungen kritisiert hat, Ausführungen die ich hier noch gar nicht vorbringen konnte. (Abg. Ritzinger: „Er ist seiner Zeit voraus!“) Ich bin deshalb überrascht, weil er anscheinend hellseherische Fähigkeiten hat, denn ich werde hier sicherlich einiges sagen, mit dem er nicht ganz einverstanden sein wird.

Der Herr Kollege Chibidziura hat vor mehr als einer Stunde gesagt, daß ihn das Stillschweigen in der Tierkörperverwertungsfrage stört. Dazu läßt sich sicherlich einiges sagen. Denn abgesehen von den leidigen, bekannten und durch Gerichtsurteile auch einigermaßen geklärten Machenschaften vormaliger Gesellschafter der TKV stehen noch immer die geltenden Tierkörperverwertungsverordnung und Fragen, die damit zusammenhängen, im Lichte berechtigter Kritik. Bekanntlich hat nach der im November 1979 erlassenen Verordnung der Landeshauptmann für die Einsammlung, für die Abfuhr und die Beseitigung der abfuhrpflichtigen Gegenstände nach Prüfung der Kosten – ich betone ausdrücklich: nach Prüfung der Kosten – die Entgelte in einem kostendeckend begrenzten Entgelttarif festzulegen. Die in Kraft befindliche diesbezügliche Verordnung enthält aber Berechnungen, die diese gesetzlich festgelegte Kostendeckung – nach unserer Auffassung – nicht zur Gänze berücksichtigen. Es ist in der zitierten Verordnung ausdrücklich festgelegt, daß nicht nur die Kosten des Einsammelns und der Abfuhr, sondern auch die der Beseitigung für die Festlegung des begrenzten Entgelttarifes heranzuziehen sind. Es ist nun längst bekannt geworden – ich glaube, hier muß das nicht besonders betont werden –, daß die steirische Tierkörperverwertungs Ges. m. b. H., sprich Agrosserta, aus dem Betrieb der Tierkörperverwertungsanstalt bedeutende Gewinne erzielen konnte und sie auch heute noch erzielt. Die bei der Beseitigung durch die Verarbeitung und den Verkauf der dadurch erzielten Produkte erreichten Gewinne wären daher bei der Festlegung der Entgelte ebenfalls – unserer Ansicht nach – zu berücksichtigen. Obwohl die nach § 10 der Tierkörperverwertungsverordnung errechneten Kosten vom Landeshauptmann jährlich zu überprüfen wären, und obwohl der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft, der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft, aber auch dem Steiermärkischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund ein Anhörungsrecht zusteht, ist dies, nämlich die Prüfung der Kosten, seit nunmehr zwei Jahren nicht mehr erfolgt. Im Trubel der vielen Zeitungsmeldungen des Sommers 1980 über den sogenannten TKV-Skandal und der Ermittlungen des in diesem Zusammenhang eingesetzten Untersuchungsausschusses des Steiermärkischen Landtages haben dann mehrere Besprechungen über eine Abänderung der Tierkörperverwertungsverordnung bis in den November 1980 hinein stattgefunden. Seither ist es um allfällige Novellierungsbestrebungen wieder sehr still geworden. In Zeiten wie damals, als ein hoher Landespolitiker gehen mußte (Abg. Brandl: „Das ist gut!“ – Heiterkeit bei der SPÖ.), als Parteispenden an

die ÖVP zögernd zugegeben worden sind, als Innungen, Kammern und Gemeindeverbände vehement eine Änderung verlangten, da war nicht so wie heute davon die Rede, daß erst die Anfechtungsentscheidung beim Verfassungsgerichtshof abgewartet werden müßte. Denn ich frage, wer hindert uns heute daran eine bessere Lösung zu finden, im Interesse vor allem auch der Landwirtschaft. Jetzt will man zuwarten. Damals aber war man bereit, über eine Änderung der Entgelttarife zu reden. Das stand zumindest am 12. August 1980 in der „Südost-Tagespost“, und ich zitiere: „TKV-Tarife – Agrosserta ist gesprächsbereit. In einer mehrere Stunden dauernden Sitzung befaßte sich gestern der Vorstand der Agrosserta mit den TKV-Angelegenheiten und nahm bei dieser Gelegenheit auch gleich den Rücktritt der beiden Geschäftsführer Adam Piller und Erich Schröck offiziell zur Kenntnis. Als wichtigstes Ergebnis der Sitzung ist aber wohl zu werten, daß sich der Vorstand in bezug auf die Höhe des TKV-Tarifes gesprächsbereit zeigt. Man will nämlich, so heißt es in einer Aussendung wörtlich, die zuständigen Stellen des Landes um eine Aussprache in Fragen der Verordnung ersuchen. Dies ist wohl eindeutig als Reaktion auf die Erklärung von Landeshauptmann Dr. Krainer zu werten, der keinen Zweifel daran gelassen hatte, daß es zu einer Änderung der umstrittenen Tarife kommen werde, sollte sich herausstellen, daß den Berechnungen falsche Bilanzen zugrunde gelegt wurden.“ Nun frage ich den Landeshauptmann, es sind nun mehr als 16 Monate seit dieser Feststellung vergangen. Sind nun die ursprünglichen Berechnungen nach falschen Bilanzen erstellt worden, ist die Überprüfung inzwischen vorgenommen worden? Wenn nein, warum bitte nicht? Wenn ja, weshalb wurden dann nicht Änderungen des Entgelttarifes vorgenommen? Weshalb wurden nicht jene Institutionen informiert und gehört, die nach der Verordnung zu hören gewesen wären? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ein schöner Einstand ist das!“) Der Abgeordnete Dr. Schilcher hat heute in seiner Generalrede davon gesprochen, daß die vorverlegten Landtagswahlen keinen Abbruch der Arbeit an offenen Fragen gebracht hätten. Ich sehe das als Aufforderung auch in der Frage, möglichst rasch die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Salzburger TKV-Verordnung, die ja die gleiche bundesgesetzliche Grundlage hat, sieht bei der Berechnung der dortigen Tarife die Einbeziehung anderwärtiger Einnahmen, also auch Erlöse bei der Beseitigung der Abfälle vor. In der Steiermark ist das anscheinend nicht möglich. Die steirische Tierkörperverwertungs Ges. m. b. H. verrechnet so zum Beispiel in der Entgeltvorschreibung zusätzlich 18 Prozent Mehrwertsteuer, obwohl in der Tierkörperverwertungsverordnung alle Kosten in die Berechnung der Tarife einzubeziehen gewesen wären und die Verordnung selbst keinen Ansatz für eine zusätzliche Vorschreibung der Mehrwertsteuer erkennen läßt. Die Agrosserta hat aber auch als Konkurrentin der Fleischauger und der Schlachthöfe über die TKV Einblick in die Geschäftsabwicklung, wie in den Umfang der Geschäftstätigkeit der Konkurrenten. Und hier gibt es sicher Probleme mit dem Datenschutz. Die Agrosserta als „Selbsthilfeeinrichtung“ hat hier sicher ein Sonderstellung, über die man reden müßte. Die Tierkörperverwertungsanstalt wäre aber auch weiter verpflichtet, alle nicht verwertbaren Schlachtabfälle abzuführen. Sie tut es nur nicht immer. Auch hier gibt es Probleme.

Die Tierkörperverwertungsanstalt wäre verpflichtet, dichte verschließbare Sammelbehälter auch in den Schlachthöfen aufzustellen. Es werden aber zum Teil offene Ölfässer als Sammelbehälter verwendet. Die Tierkörperverwertungsanstalt schließlich hat vom Land Steiermark insgesamt 19,26 Millionen Schilling als tilgungs- und zinsbegünstigtes Darlehen trotz der hohen Eigengewinne erhalten. Nicht zuletzt deshalb, weil im Interesse des Umweltschutzes große Investitionen in Obervogau notwendig waren. Aber die Umweltbelastung, meine Damen und Herren, ist immer noch gegeben. Fragen Sie einmal die Bewohner der Gemeinde Obervogau oder die Bevölkerung der angrenzenden Gemeinden etwa an Wochenenden und bei Niederdruckwetter: Kilometerweit ist der süßliche Aasgeruch zu riechen, und die Menschen bringt es fast zur Verzweiflung. In der Nähe hat es einmal eine alte Römersiedlung Flavia Solva gegeben und aus dieser Zeit stammt auch das Sprichwort: „Pecunia non olet.“ Wenn die Römer schon damals eine TKV vor der Nase gehabt hätten oder heute dort leben würden, hätte dieses Sprichwort sicherlich auf gut steirisch einen anderen Ausdruck gefunden, nämlich: „Geld stinkt doch, wenn auch dort bei der TKV.“ Und ich zitiere hier noch einmal den Herrn Abgeordneten Dr. Schilcher, der heute in der Generaldebatte vom Dinosauriereffekt gesprochen hat. Ich kann nur hoffen, ich kann ihn ja nicht dazu überreden, aber vielleicht hat er im stillen doch auch an die Agrosserta und an ihre Monopolstellung gedacht. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ja, ich weiß nicht. Ich verstehe ohne weiters die Zwischenrufe, wenn sie etwas „verschröckt“ wirken.

Meine Damen und Herren, im Interesse einer baldigen Bereinigung – und ich sage hier wirklich im wahrsten Sinne des Wortes Bereinigung – dieser offenen Fragen und Probleme im Zusammenhang mit der Verordnung, mit dem Entgelttarif, mit der Beseitigung selbst, appelliere ich an alle Verantwortlichen und besonders an den Herrn Landeshauptmann, die Verhandlungen doch wieder so rasch als möglich aufzunehmen, vor allem in Zusammenarbeit mit der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft, mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft sowie dem Steirischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund. Hier sollte bald eine gemeinsame befriedigende Lösung gefunden werden. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Schwab zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schwab:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In der Steiermark gibt es 21.870 Bergbauern, das sind rund ein Drittel aller steirischen Höfe. Die Bergbauern bewirtschaften mehr als die Hälfte der land- und forstwirtschaftlichen Kulturfläche unseres Landes, und kein ernst zu nehmender Mensch zweifelt eigentlich heute daran, daß gerade die Bergbauern einen sehr wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft leisten und daß sie durch die Besiedelung und Bewirtschaftung der Bergregionen in weiten Gebieten die wichtigste Basis für den österreichischen Fremdenverkehr schaffen. Dazu, meine Damen und Herren, ist es aus der gemeinsamen Verantwortung

heraus – Bund und Land – notwendig, die Existenz dieser Berufsgruppe immer wieder neu zu festigen. Es sind vor allem jene Voraussetzungen zu schaffen und weiter auszubauen, damit der Selbstbehauptungswille und die Eigeninitiative der Bergbauern erhalten bleiben. Das gilt ganz besonders, und das wurde ja heute auch erwähnt, für die Sicherung der Preise, denn die Bergbauern sollen meiner Meinung nach durch ihre Arbeit und entsprechende Preise weitgehend aus eigener Kraft und selbständig Bauer bleiben können. Die Bergbauern erbringen jedoch auch große Leistungen für die Gestaltung und Erhaltung unserer Kulturlandschaft, die über die Preispolitik allein nicht abgegolten werden und nicht abgegolten werden können. Die von Bund und Land seit Jahren gewährten Direktzuschüsse müssen und sollen zweifellos verbessert und betriebsbezogen – und da liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen uns zwei, lieber Sepp Zinkanell – und leistungsgebunden auf eine Höhe gebracht werden, die in ihrer Wirksamkeit unserer gemeinsamen Zielsetzung entspricht. Nachdenklich – und ich muß das aufzeigen – stimmt mich allerdings, daß auf Bundesebene Förderungsgelder zum Teil umgeschichtet und für eine Aufstockung der sicherlich notwendigen Direktzuschüsse verwendet werden.

Ein konkretes Beispiel dazu: Durch den Beitritt von Griechenland zur EWG wurden als Abgeltung 50 Millionen Schilling zusätzlich für die Bergbauern ausgehandelt. Schön und gut, aber, meine Damen und Herren, nur 12 Millionen Schilling von diesen ursprünglich 50 Millionen Schilling sind wirklich den Bergbauern zur Verfügung gestellt worden. 5 Millionen – nach Adam Riese bleiben also 38 Millionen Schilling über – wurden zur Finanzierung von Räumlichkeiten im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft verwendet, ein Beitrag von 2,5 Millionen Schilling für die Spanische Reitschule und ein wesentlicher Teil auch dieser 38 fehlenden Millionen geht in die landwirtschaftlichen Bundeslehr- und Versuchsanstalten. Völlig klar – das gebe ich gerne zu –, dort ist das Geld sicherlich auch nötig. (Abg. Zinkanell: „Da haben sie dir falsche Zahlen gegeben!“ – Abg. Brandl: „Da ist etwas passiert!“) Aber, lieber Sepp, man kann offiziell nicht etwas in den Raum stellen, das dann nicht ganz belegbar ist. (Abg. Ing. Turek: „Der Ileschitz verwechselt so etwas hie und da!“)

Meine Damen und Herren, ich möchte klarstellen, ich bin absolut für Direktzuschüsse, denn sie sind eine Abgeltung für die erschwerten Produktionsbedingungen der Bergbauern, die sie gegenüber den Talbauern haben. Nur ist zu bedenken, daß die Direktzuschüsse, auch wenn sie in der Optik sicherlich relativ hoch wirken, in Wahrheit nur mit ein paar Prozenten – knapp unter drei Prozent – echt einkommenswirksam sind und niemals ein Ersatz für eine ordentliche Investitionsförderung sein können.

Und bitte wieder ein paar Zahlen – ich muß das der Ordnung halber wirklich tun, und Sepp, ich meine, wir zwei verstehen uns auch in der Weise, daß wir uns gegenseitig akzeptieren, daß die Zahlen auch stimmen. Es ist übrigens eine Tabelle aus dem Ministerium.

Vom Jahr 1966 bis 1972 betrug der Nettozinssatz, den wir als Bauern für die AIK-Kredite zu bezahlen hatten, drei Prozent. Das hat sich dann weiterentwickelt – ich sage nur ein paar Jahre: 1975 bereits fünf

Prozent, dann ist es ein bißchen heruntergegangen auf viereinhalb im Jahr 1980, dann auf sechs Prozent und beim Stand 1981 sind wir bereits vor dem Abkommen Mock-Kreisky bei achtdreiviertel Prozent gewesen, für die Bergbauern allerdings um eineinhalb Prozent weniger. (Abg. Brandl: „Da hat der Mock auch nichts machen können!“ – Abg. Zinkanell: „Damals, 1966, hat es keine 14 Prozent Zinsen gegeben!“) Hör' bitte zu, lieber Sepp, ich werde die andere Seite auch aufzeigen. Der Zinszuschuß des Bundes hat am meisten in den Jahren 1969, 1970 und 1971 ausgemacht, und zwar sechseinviertel Prozent. Das hat sich bis zum Jahr 1981 verringert, wo der Bund nur mehr dreidreiviertel Prozent übernommen hat. Dort schaut es also wesentlich anders aus. Auch ein Faktum, das mich nachdenklich stimmt: Im Jahr 1981 hat das Gesamtkreditvolumen 2,5 Milliarden Schilling betragen. Wahrscheinlich in der Hoffnung, daß auf Grund des hohen Zinssatzes die AIK nicht mehr ausgenützt werden können in dem Ausmaß, wurden für 1982 die Budgetansätze um 500 Millionen niedriger gehalten, also mit 2 Milliarden Schilling geradeaus. (Abg. Zinkanell: „Es gibt doch das Nachtragsbudget wie jedes Mal!“) Man muß das dazusagen. Hoffentlich sieht das Nachtragsbudget gut aus.

Sehr geehrte Damen und Herren noch eines. Neben entsprechenden Preisen bei Rindern, Milch und Holz ist die zentrale Angelegenheit der Berggebiete der Wegebau und die Wegerhaltung. Durch den hohen Stellenwert des ländlichen Raumes als Erholungsraum werden die Wege und Straßen zu zirka 80 Prozent, in manchen Gebieten ist dieser Prozentsatz noch wesentlich höher, von anderen Menschen frequentiert, und wir im ländlichen Raum und wir als Bergbauern stehen dann vor folgender Situation, daß 1. die Bundesmittel vom zuständigen Ministerium nicht vollständig ausgeschüttet werden und 2. die Bergbauern nicht mehr bereit und finanziell oft auch nicht in der Lage sind, die Interessentenmittel in der Größenordnung von 30 und 40 Prozent der Baukosten aufzubringen. Da stört mich wieder eines, daß nämlich die Realisierung der Bundesvoranschläge für die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete nicht weiß Gott wie berühmt aussieht, daß sie in den letzten Jahren kontinuierlich in der Realisierung zurückgegangen ist. 1977 Realisierung 93,84 Prozent, 1978 82,78 Prozent, 1979 88,97 Prozent und 1980 78,99 Prozent und für 1981 liegen Zahlen vor von Anfang November, daß für 1981 diese Bundesmittel wieder wahrscheinlich mit etwa 100 Millionen Schilling einbehalten oder nicht ausgenützt werden. Soviel dazu. (Abg. Zinkanell: „Dafür wieder anderswo mehr!“ – Abg. Buchberger: „Aber in der Gesamtsumme weniger!“) Sepp, noch ein paar Zahlen. Entnommen dem Grünen Bericht, den wir vormittag in der Tagesordnung hatten. Grüner Bericht 1980: Landesmittel 124,3 Millionen, Bundesmittel 70,6 Millionen. Zusätzlich Beschleunigungsprogramm des Landes 1978/79 in der Größenordnung von noch einmal 141,2 Millionen Schilling.

Zum Abschluß dieses Themas Wegebau und Wegerhaltung die zentrale Frage, meine Damen und Herren. Insgesamt umfaßt das ländliche Wegenetz in der Steiermark rund 21.000 Kilometer. Im Vergleich dazu Landesstraßennetz 3307 Kilometer, Bundesstraßennetz 1560 Kilometer. Damit glaube ich, werden die Relation

und die Bedeutung deutlich sichtbar. Echte Lösungsmöglichkeiten ansetzen muß man meiner Meinung nach durch verstärkte Berücksichtigung der Berggebiete im Finanzausgleich auch im Sinne von mehr Gerechtigkeit, wenn davon immer die Rede ist, damit der ländliche Raum und besonders das Dorf in Zukunft wieder mehr Chancen als in der Vergangenheit bekommen. In gleicher Weise, das ist eigentlich eine ältere Forderung von uns, sollte auch ein Teil der Bundesmineralölsteuer für die Wegerhaltung und die Schneeräumung zweckgebunden verwendet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre aber meiner Meinung nach zu wenig, die Bergbauern immer nur aus wirtschaftlicher Sicht zu sehen, und gestatten Sie mir persönlich auch einige Gedanken dazu. Es gibt viele positive Faktoren und Merkmale, die ungeheuer wertvoll sind und für die es sich lohnt, daß wir uns mit ganzer Kraft für sie einsetzen. Ich will nur einige davon nennen: weitgehende Entscheidungsfreiheit, gute bäuerliche Familien mit enger Bindung der Familienmitglieder untereinander, enger Kontakt mit der Natur, Leben, Wohnen und Arbeiten in einer gesunden Umwelt. Im ländlichen Raum ist Gott sei Dank der Gemeinschaftssinn noch weitgehend intakt. Das räumliche Nebeneinander der Nachbarschaft wird großteils doch noch als ein Miteinander empfunden, und die Nachbarschaftshilfe funktioniert nicht nur bei Katastrophen, sondern sie prägt auch den Alltag.

Meine Damen und Herren! Was in der Stadt durch ein Überangebot an Nachbarschaft, etwa in den Wohnsilos, unfruchtbar bleibt oder zugrunde geht, kann hier noch in überschaubarer Gemeinschaft gepflegt werden, und eines zeigt die Entwicklung auch sehr deutlich: Je mehr man die Menschen von der Natur fernhält, um so stärker drängen sie zu ihr zurück. Noch ein Aspekt ist wichtig: Der ländliche Raum ist noch stark an den Rhythmus der Jahreszeiten gebunden und an den Wechsel von Tag und Nacht. Das sind Gesetze, die die städtisch technisierte Welt weitgehend aufgehoben hat. Fließbänder kennen keinen Unterschied zwischen Sommer und Winter, zwischen Mittag und Mitternacht, und diesem Tempo, meine Damen und Herren, setzt das Land auch heute noch das Abwartenmüssen und das Abwartenkönnen der natürlichen Lebensvorgänge entgegen. Das strahlt Ruhe aus, Gemütlichkeit und Geborgenheit, und das ist unsere Stärke, das ist unsere Chance, denn das sind Voraussetzungen für eine gewisse innere Zufriedenheit und – wenn Sie so wollen – fürs Glücklichein. Wir alle, und eigentlich sollte sich die gesamte Gesellschaft danach orientieren, sollten wieder mehr auf den Pulsschlag des Lebens achten, denn das sind unschätzbare Werte gerade unseres ländlichen Raumes. Die Bauern und die bäuerlichen Familien sind heute mehr denn je ein Vorbild für die gesamte Gesellschaft bezüglich Leistungswillen und Sparsamkeit. Kriterien, meine Damen und Herren, die für die Zukunft wesentlich und unverzichtbar sind. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Karrer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist heute schon viel über den „Grünen Bericht 1980“ gesprochen worden, seine Auswirkungen für die Landwirtschaft im allgemeinen, aber auch im besonderen. Es wurden auch verschiedene Sparten herausgegriffen, aufgezeigt, wie es ihnen geht. Der eine Redner hat positiv dazu Stellung genommen, der andere negativ, je nachdem, wie er diesen Bericht ansieht. Ich darf vielleicht beginnen beim Herrn Kollegen Buchberger, der eingangs gesagt hat, daß er zuerst einen Blick über die Grenzen machen will, wie es dort aussieht, denn das hängt doch mit der Ernährung zusammen. Hier, meine Damen und Herren, glaube ich, finden wir ein erschütterndes Bild. Über 55 Millionen Menschen verhungern jährlich. Und was vielleicht noch erschütternder ist, daß unter diesen 55 Millionen eine sehr große Zahl von Kindern ist, für die wir betteln, für die wir stündlich aufstehen, und für die wir sammeln gehen, und auf der anderen Seite werden von uns Menschen – und das muß man auch sagen – für Rüstungen und Kriege Milliarden ausgegeben, und wir sind nicht in der Lage, für unsere Mitmenschen etwas abzuwickeln, damit sie nicht verhungern. So ist das, und ich glaube, das hat der Herr Kollege Buchberger mit dem Blick über die Grenzen gemeint, und ich glaube, sein Blick ist doch über die Polen-Situation hinausgegangen. So darf ich wohl sagen, daß wir in Österreich, Gott sei Dank, in einem glücklichen Land leben, und daß wir diese Debatte heute über den „Grünen Bericht“, über das Leben in der Landwirtschaft, in einer Atmosphäre abführen können, die anderswo nicht so zu finden ist.

Der „Grüne Bericht“ Steiermarks unterscheidet sich ja nicht im wesentlichen von jenem der Bundesregierung. Je nachdem, wie man ihn liest, wie man gewillt ist, ihn aufzufassen, oder was man daraus herausgenommen hat und versucht, der bäuerlichen Bevölkerung politisch eine andere Darstellung zu geben. Dies kann man in Worten, in Schrift tun, wo immer man sich berechtigt glaubt, es zu machen. Daß es falsch ist, meine Damen und Herren, das wissen Sie. Im Grunde aber ist der „Grüne Bericht“ eine Fundgrube vieler Probleme der Land- und Forstwirtschaft, der Wirtschaftszusammengehörigkeit auf Bundesebene, und sagt sehr viel über die Struktur unserer Wirtschaft und der Landwirtschaft aus. Das wurde auch heute schon vielfach aufgezeigt. Daß die Landwirtschaft eine wesentliche Bedeutung für uns alle hat, braucht nicht unterstrichen zu werden. Der große Prozentsatz, der zur Ernährung der österreichischen Bevölkerung beiträgt, ist beispielgebend. Trotzdem darf man dem Bericht entnehmen, daß die Betriebe zurückgegangen sind. Die Vollerwerks-, die Zuerwerks- und die Nebenerwerksbetriebe haben sich in der Zahl verändert. Wenn der Nebenerwerbsbetrieb nun stärker in den Vordergrund getreten ist, dann hat dies auch seine berechnete Entwicklung gefunden. Und, Herr Kollege Chibidziura, das ist nach meinem Erachten deine persönliche Auffassung, wenn du dem Vollerwerb mit einer Zahl von etwa 2500 eine solche Chance, eine solche Stellung, einräumst. Wir glauben aber, daß die größte Zahl die Zuerwerks- beziehungsweise die Nebenerwerksbetriebe mit etwa 57 Prozent aller Betriebe und der größten Personenzahl sind. (Abg. Ing. Turek: „Von der Produktion her!“) Ich darf hier auch sagen, deine Bemerkung, daß der Nebenerwerbsbauer so quasi gezwungen wird, sich vor den Fabrikstoren anzustellen, um hier Arbeit zu erlangen, ist nicht

richtig. Denn, meine Damen und Herren, man darf nicht vergessen, der Nebenerwerbsbauer kommt nicht mit leeren Händen vor das Fabrikstor, sondern er bringt ja zum Teil eine gediegene Fachausbildung mit. Das können wir immer wieder feststellen, und für diese Fachausbildung, auf die er persönlich stolz ist, findet er auch Anerkennung in der großen Gemeinschaft der Industriearbeiter. Sehen Sie, ich glaube, das ist mit ein Grund, warum die Nebenerwerbsbauern zugenommen haben. Die technische Entwicklung der Landwirtschaft tut ja ihr übriges dazu. Es ist ja hier ein gewaltiger Fortschritt erzielt worden. Die Maschinen ersetzen die Menschenkraft. Wo früher Hunderte Arbeitskräfte notwendig waren, haben wir heute die Maschinen. Ein Traktor leistet wesentlich mehr, als man noch vor 30, 40 Jahren geglaubt hat. Die Bedienung – und das wird wohl mit ein Grund für die Abwanderung oder für den Beruf des Nebenerwerbslandwirtes sein – dieser Maschinen wird in vielen Fällen von jugendlichen Familienangehörigen betrieben. Und hier glaube ich auch sagen zu können, es ist ja kein Geheimnis, daß ein Jugendlicher die Landmaschinen einschließlich Traktor besser bedient als wir Erwachsene. Das kann man ja immer wieder feststellen. Die Frauen der Nebenerwerbslandwirte – und das muß auch gesagt werden – müssen sehr oft die Maschinen bedienen und sind auch befähigt, Pkw zu steuern, wenn es notwendig ist; auch um beweglicher zu sein. Auf Grund dieser technischen Entwicklung – glaube ich – ist es im Tagesablauf des Mannes und der gesamten Familie leichter geworden, und es ist auch so, daß das Familienoberhaupt beruhigter dem Nebenerwerb nachgehen kann, zu dem es gezwungen ist, weil das Auslangen auf dem bäuerlichen Hof nicht gegeben ist. Daß dadurch eine Belastung auf ihn zukommt, ich glaube, meine Damen und Herren, das braucht nicht besonders betont zu werden. Der Acht-Stunden-Tag, den er in der Fabrik zu verbringen hat, hat für ihn keine Gültigkeit. Er muß ja, wenn er nach Hause kommt und wenn er sieht, wie seine Familienangehörigen die Arbeit leisten und wie schwer es zum Teil ist, hier zu Rande zu kommen, mit anpacken und mithelfen, auch wenn er, auf Grund seiner achtstündigen Tätigkeit im Betrieb, schon etwas müde nach Hause gekommen ist. Darüber habe ich ja im Vorjahr ausführlicher gesprochen, und ich darf es mir heute ersparen.

Eines darf ich aber doch sagen, daß die Probleme der Nebenerwerbsbauern ja nicht nur allein darin liegen, das Geld ins Haus zu bringen, sondern sie führen auch eine ethische Verpflichtung, ihren Hof oder ihr Eigentum zu erhalten. Zum Teil ist es ja das Heimathaus, und sie sind bestrebt, das zu erhalten, was sie geerbt haben, und wollen das an ihre Kinder weitergeben. Und das ist – und das darf man nicht unterschätzen – eine sehr große Triebkraft für jene Menschen, die zwei Berufe in ihrem Leben ausfüllen. Daß natürlich auch der Wohlstand in jene Haushalte stärker Einzug gehalten hat, glaube ich, ist verständlich. Daß die Kinder, auf Grund der Tätigkeit und des Zusammenlebens des Mannes in der Industrie mit anderen Bevölkerungsschichten, aufgeschlossener erzogen werden, werden Sie auch verstehen, und daß auch den Kindern auf Grund des Anspruches und der Möglichkeit eine gediegenere Ausbildung, sei es nun in der Landwirtschaft, aber auch in gewerblichen Berufen, ermöglicht wird. Es ist heute schon so, daß die Schulbildung ja nicht mehr am

Bauernhof halt macht, sondern daß es auch der bäuerlichen Jugend gegönnt ist, bis in die höchsten Schulstufen hinauf zu studieren, zu lernen und ihren Beruf wahrzunehmen. Hier, glaube ich, meine Damen und Herren, darf man nicht übersehen, daß die sozialistische Familienpolitik des Bundes auch besonders der bäuerlichen Bevölkerung – wie heute schon von meinem Kollegen Zinkanell ausgeführt – zugute kommt und daß die bäuerliche Bevölkerung diese soziale Sicherheit und diese Errungenschaft familienpolitischer Art doch zu schätzen weiß. Das sieht man ja auch bei den verschiedenen Wahlgängen, ob sie nun auf Landes-, Bundes- oder Kommunalebene durchgeführt werden. Das Geld allein ist es nicht, aber es trägt mit dazu bei, daß das Leben am Bauernhof letzten Endes doch anders wird. Die Sozialversicherung, meine Damen und Herren, spielt überhaupt eine große Rolle beim Bewältigen eines Nebenerwerbes. Ich habe es heuer miterlebt, daß Nebenerwerbslandwirte in diesem Jahr in Pension gegangen sind, nachdem sie jahrzehntelang in unserem Betrieb tätig waren. Auf Grund der Errungenschaft durch die Gewerkschaft haben sie die Abfertigung für zwölf Monate, eine schöne Stange Geld, bekommen, das sie sicher ihrem Betrieb, ihrer Familie zuführen. Aber, meine Damen und Herren, sie sind ja auch jahrzehntelang Mitglied dieser Gewerkschaft gewesen, und zwar freiwillig, und jetzt sehen sie sehr deutlich die Errungenschaft der Gewerkschaft; die diese für sie erkämpft hat. Daher glaube ich auch, sagen zu müssen, daß die soziale Sicherheit, sei es nun auf diesem Sektor in der Pension oder im Krankheitsfall und der Gesundheitsvorsorge, doch eine wesentliche Rolle spielt. Und hier verstehe ich nicht, wenn in der „Tagespost“ vom 4. November 1981 vom Herrn Dr. Alois Puntigam, unserem Gastkommentator und Nationalratsabgeordneten, steht:

Er schreibt hier zum Schluß. Er spricht auch: gesünder ohne Krankenscheinssystemregelung für Bauern als Beispiel. Er meint damit die Krankenversicherung ab 1. Jänner, und er schreibt hier: „Es kommt ja nicht von ungefähr, daß Personen, die keine Rezeptgebühren zahlen müssen, um 53,3 Prozent mehr Tropfen, Pillen und Tabletten brauchen als andere. Eine Untersuchung, die ein Jahr nach Einführung der Rezeptgebühren im Bereich der bäuerlichen Krankenversicherung vorgenommen wurde, hat dieses verblüffende Ergebnis ans Tageslicht gebracht.“ Es ist nur schade, daß der Gastkommentator nicht schreibt den Vergleich zu den 53,3 Prozent, was er damit meint, denn das bleibt er ja der Öffentlichkeit schuldig. Glaubt er, daß die bäuerliche Bevölkerung, die keine Rezeptgebühr braucht, nachdem sie das leichter bekommen, Kameradschaftsdienste in der Abholung von Pillen, Tropfen und so weiter leisten? Ich glaube nicht, daß man so denken kann, glaube auch nicht, daß man so etwas schreiben soll. Oder wenn das stimmt, dann soll er auch den Beweis antreten, daß dem so ist.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich schon bei der Krankenkasse bin und bei der sozialen Sicherheit für die Nebenerwerbslandwirte. Ich glaube, das muß immer wieder betont werden, denn so lange ist das noch nicht her, daß auch die Bauern eine Krankenkasse haben. Wenn in unserer Industrie einer in den Krankenstand geht, dann braucht er keine Angst zu haben, in der jetzigen Situation auf Grund

des Entgeltfortzahlungsgesetzes, daß er finanziell eine Einbuße erleidet. Im Gegenteil, es ist nun so geregelt, daß bei dem, der krank ist, der eine Hilfe braucht, dessen Familie dadurch in Schwierigkeiten kommen könnte, dafür gesorgt ist, daß auf Grund der Basis vom erhöhten Krankengeld er dasselbe bekommt als wenn er arbeiten würde, und das hat auch seine Berechtigung darin, da ja dadurch mehr Ausgaben für die Familie entstehen. Es würde zu weit führen, würde ich das aufzählen. Aber die finanzielle Situation sieht so aus, ich könnte es nachweisen, ich habe es schriftlich vor mir liegen, daß wesentlich mehr geleistet wird von der Krankenkasse, und es ist schön und erfreulich, daß damit kein Mißbrauch gemacht wird. Zumindest nicht von den Landwirten.

Es ist heute schon von den Weggenossenschaften, vom Wegebau gesprochen worden. Meine Damen und Herren, hier habe ich einen Fall in meinem Bereich, wo sich neun Bergbauern zusammengeschlossen haben, um einen Aufschließungsweg zu bauen. Das sind alles keine Reichen, wir haben auch Nebenerwerbslandwirte dabei. Die haben versucht, hier Förderungen zu bekommen, damit sie etwas rascher zu Rande kommen, denn nach den bisherigen finanziellen Möglichkeiten sieht es nun so aus, daß es fast neun bis zehn Jahre dauern würde, um dies finanziell zu verkraften. Das geht nicht. So habe ich an den Herrn Minister einen Brief geschrieben, und er hat sich bereit erklärt, dieser Weggenossenschaft nach Überprüfung der Unterlagen einen sehr schönen Betrag für eine Fortsetzung zu geben, und ich darf hier dem Herrn Minister danken, nachdem ich vorher einige Male probiert habe, auf steirischer Landesebene für diese Gruppe eine Unterstützung zu bekommen, was mir versagt wurde. Ich weiß nicht, warum. Aber hier hat man scheinbar kein Geld, weil sie doch im Bezirk Mürzzuschlag beheimatet sind.

So darf ich doch schon zum Schluß kommen und sagen: Die Nebenerwerbslandwirte wollen es auch bleiben. Weil sie, wie ich schon gesagt habe, auf ihre Familieneigenheiten, auf ihre Verbundenheit, auf ihr Heimathaus nicht verzichten können und auch nicht wollen, daß sie eine Liebe für die Betreuung der Tiere haben und daß sie letzten Endes auch für ihre Kinder etwas vorsorgen, daß der Hof die Heimstätte für die Familie ist, das kommt vielleicht jetzt zu Weihnachten wieder sehr stark zum Ausdruck. Daß die Brauchtumpflege – von meinem Vorredner schon gesagt – sehr tief ist, das wissen wir auch. Daß man in einem Bauernhof in der ländlichen Bevölkerung gesünder leben kann durch eine gesunde Umwelt, wissen wir. Sie sind frei vom Werksleben, sie sind frei von Umwelteinflüssen, aber ich glaube, sie sorgen sich auch um diese Umwelt. Sie sind jederzeit bereit, ihre Leistungen so abzustimmen, daß auch dafür Zeit übrig bleibt, daß eine sehr gesunde und saubere Umwelt für ihre Mitmenschen doch noch vorhanden ist. Für all diese Arbeit, meine Damen und Herren, die sie im Interesse auch der Allgemeinheit tun, darf ich den Nebenerwerbslandwirten und allen übrigen, die in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind, meinen Dank im Namen meiner Freunde aussprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fuchs. Ich erteile es ihm.

**Abg. Fuchs:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Auch für mich ist es heute das erste Mal, daß ich hier im Hohen Haus sprechen darf. Ich bin stolz, über das Grenzland reden zu dürfen, stolz dadurch, ich bin doch ein Obersteirer, dort geboren und aufgewachsen. Habe in Donawitz die Werksschule besucht, Maschinenschlosser gelernt und in der BE gearbeitet. Ich kenne die Problematik der Obersteiermark und bin jetzt 35 Jahre im Grenzland Bauer und habe hier auch die Schwierigkeiten eines Grenzlandbauern kennengelernt, und ich glaube, das kann man dann doch ein bißchen besser abwägen.

Nun vielleicht zu meinen beiden Vorrednern. Zuerst von der Sozialistischen Partei, Herrn Kollegen Prutsch. Ich möchte dich bitten und ersuchen, mir beizustehen und zu helfen, daß das gelingt, was schon so lange in der Agrarwelt steht. Erst in der letzten Nummer stand über die Subvention für die Kürbiskernhalle, und auch du, lieber Freund, hast das heute gesagt. Die 400.000 Schilling haben wir leider nicht bekommen. Ich bin doch verantwortlich für diese Genossenschaft, für diese Kürbisarbeitsgemeinschaft. Ich möchte hier sagen: Wir haben voriges Jahr 200.000 Schilling bekommen, haben jetzt drei Bundeskommissionen durchgemacht und ist uns immer versprochen worden, wir werden die restlichen 200.000 Schilling bekommen. Ich habe gestern vom Bundeskanzleramt einen Anruf bekommen, daß noch einige offene Rechnungen, die wir aber nicht mehr haben, wir haben alles bezahlt, fehlen und daher der Rest noch nicht ausbezahlt werden konnte.

Wir haben alles getan. Ich möchte Sie bitten, mitzuhelfen, wenn schon zwei Jahre davon geschrieben wird, daß wir wirklich die 400.000 Schilling bekommen.

Zum Abgeordneten Chibidziura, der hier die Rückstände von Kürbiskernen beanstandet hat und hier im Hohen Haus gesagt hat, sie sind vom Export zurückgekommen, möchte ich richtigstellen, daß das kein einziger Kilo steirischer Kürbiskerne war. Das waren Kürbiskerne aus Ungarn, die nach Deutschland zur Firma Dekam-Fink nach Stuttgart gekommen sind, dort beanstandet wurden wegen Rückstände, aber nach Österreich ohne weiteres eingeführt werden durften durch die Firma Dekam, wo der Handel gekauft hat. (Abg. Aichhofer: „Österreich ist gut genug!“ – Abg. Brandl: „Daran sind Eure Leute schuld!“) Ich möchte vor allem in diesem Zusammenhang die Bundesregierung und das Bundeskanzleramt bitten, daß nicht nur bei der österreichischen Ware immer eine ständige Kontrolle auf Gesundheit durchgeführt wird, sondern auch bei Importen agrarischer Produkte eine ständige Kontrolle, und nicht nur wie derzeit stichweise, erfolgt.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich doch über das Grenzland etwas sage. Im steirischen Grenzland, das sind die Bezirke Fürstenfeld, Feldbach, Leibnitz, Deutschlandsberg und Radkersburg, leben zirka 100.000 erwerbstätige Steirer. Das ist über ein Fünftel aller Erwerbstätigen in unserem Bundesland. Die Erwerbstätigen dieser Bezirke sorgen für eine Wohnbevölkerung von weit über 200.000 Personen. Das steirische Grenzland hat daher ein beachtliches bevölkerungsmäßiges Gewicht. Das steirische Grenzland ist stark agrarisch geprägt. Zirka 30.000 bäuerliche Betriebe, das sind über 40 Pro-

zent aller steirischen Landwirtschaften, gibt es in den Grenzlandbezirken. Es sind vorwiegend Klein- und Mittelbetriebe. Auf diesen Höfen leben zirka 50.000 Erwerbstätige voll oder teilweise von der Land- und Forstwirtschaft.

Das Problem der Arbeitslosigkeit: In den nächsten Jahren wird die Arbeitslosigkeit zunehmen. Das hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen in seiner Studie über die längerfristige Arbeitsmarktentwicklung prognostiziert. Vor allem in den stärker agrarisch geprägten Bezirken der Steiermark bestehen jetzt, vor allem aber in Zukunft, hohe Defizite an nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen.

Gelingt es nicht, diesem hohen Arbeitsplatzbedarf Rechnung zu tragen, was passiert dann? Es kommt zu noch intensiverer, räumlich weitreichender Pendelwanderung; zur Abwanderung; wenn die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsstätte nicht mehr bewältigt werden kann; zu einem Rückstau von Arbeitskräften in der Landwirtschaft, und außerdem kommt es in diesen ohnehin benachteiligten Regionen zu einem Ansteigen der Arbeitslosenraten.

Die Jugend ist besonders betroffen. Die nächsten Jahre werfen neben quantitativen auch qualitative Arbeitsmarktprobleme auf. Der Ausbildungsgrad der Erwerbstätigen steigt an. Die Jugendlichen sind besser ausgebildet als die ausscheidenden älteren Jahrgänge. Es besteht die Gefahr, daß die Wirtschaft das Potential an qualifizierten Arbeitskräften nicht adäquat nutzen kann. Hier sind die Chancen gerade für die Jugend in benachteiligten Regionen schlecht. Sie sind nicht nur im Zugang zu Bildung und Ausbildung räumlich, wirtschaftlich und sozial benachteiligt, sondern sie finden heute und in Zukunft noch häufiger nach der Ausbildung keine entsprechend qualifizierten Arbeitsplätze in der Heimatregion. So gesehen wird die Ausbildung zur „Rausbildung aus der Region“. Schließlich sind der Jugend aus benachteiligten Regionen entsprechend qualifizierte Arbeitsplätze wegen der räumlichen Distanz und oft aus sozialen Gründen schwerer zugänglich. Diese bedenkliche Situation wird sich verschärfen, wenn es nicht gelingt, entsprechende regionalpolitische Maßnahmen zu setzen.

Neue Bedeutung der Landwirtschaft: Bei diesem geänderten wirtschaftlichen Datenrahmen kommt auch der Arbeitsplatzsicherung in der Landwirtschaft eine große Bedeutung zu.

Nun weisen gerade die Grenzgebiete eine ungünstige Agrarstruktur und große strukturelle Schwächen der gewerblichen und industriellen Wirtschaft auf. Es fehlen in der Regel außerlandwirtschaftliche Beschäftigungsalternativen. Besonders problematisch ist, daß mit der hohen Agrarquote hohe Arbeitslosenraten Hand in Hand gehen. In der Regel sind die Grenzbezirke jene, die in der Steiermark die größten Arbeitslosenraten aufweisen, insbesondere was die saisonale Arbeitslosigkeit anlangt. Zum Beispiel waren zu Jahresbeginn in den Grenzgebieten der Südoststeiermark durchschnittlich zehn Prozent der Erwerbstätigen als Arbeitssuchende vorgemerkt. In den übrigen Gebieten der Steiermark lag dieser Prozentsatz bei etwa vier Prozent. Die wachsenden gesamtwirtschaftlichen Schwierigkeiten gefährden die gewerbliche und industrielle Wirtschaft in den Randlagen in besonders

hohem Ausmaß. Das führt zu einer weiteren Verschlechterung der angespannten Arbeitsmarktlage.

Arbeitslosigkeit in den Grenzgebieten hat besondere Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Wenn der Arbeitsmarkt keine Arbeitskräfte aufnehmen kann, dann stauen sich Arbeitskräfte besonders in der kleinstrukturierten Landwirtschaft zurück. Das führt zu einer Verschlechterung der Einkommenssituation der Bauernfamilien und zu einem steigenden Angebot an agrarischen Produkten.

Die ersten Bemühungen des Landes Steiermark, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Binnenland und Grenzraum zu mildern, reichen in die Erste Republik zurück. Die südliche Steiermark, heute Grenzgebiet, verlor durch den Friedensvertrag von Saint Germain einen wesentlichen Teil ihres Hinterlandes. Seit damals ist eine gezielte Förderung selbst aus staatspolitischen Gründen notwendig.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung das Grenzland in der Entwicklung zurückblieb, begann die Steiermärkische Landesregierung über Initiative von Landeshauptmann Krainer 1957 mit außerordentlichen Förderungsmaßnahmen für das Grenzland. Im Landesvoranschlag 1958 wurden neben der allgemeinen Wirtschaftsförderung des Landes erstmals Mittel für eine besondere Förderung der Grenzgebiete vorgesehen. Bewerber aus dem Grenzland wurden bei der Vergabe von Aufträgen sowie Krediten durch das Land Vorzugsrechte eingeräumt. Seit damals wurde neben der Förderung der Landwirtschaft der Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze in den Grenzlandbezirken besonderes Augenmerk gewidmet, der Fremdenverkehr wurde weiterentwickelt, und ein besonderer Schwerpunkt lag in der Verbesserung der Infrastruktur. Im Bereich der Landwirtschaftsförderung gab es in den letzten fünf Jahren – 1976 bis 1980 – ein gemeinsames „Grenzlandsonderprogramm“ des Bundes und des Landes Steiermark. Es war mit 30 Millionen Schilling jährlich dotiert. Bund und Land brachten jeweils 15 Millionen Schilling auf. Ich möchte hier einen Dank an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer richten, der die Aufstockung für 1982 im Budget auf 30 Millionen an hob. Der Bund – ich muß sagen leider – nur 5 Millionen, so daß es hier 20 Millionen Schilling sind. Na ja, dann werden es ja bald 30 sein, dann werden wir ja bald hinkommen. Ich möchte nur sagen, lieber Kollege Prutsch, daß hier der AIK-Kredit doch für alle österreichischen Bauern, auch im Binnenland, geschaffen wurde. Man soll das nicht so darstellen, daß das gerade für das Grenzland vorhanden ist. Es soll dort ein eigenes Programm ersichtlich werden.

Der überwiegende Teil – 60 bis 70 Prozent – der Förderungsmittel wurde in der Verkehrserschließung – Hofzufahrtswege – eingesetzt. Darüber hinaus wurden im Rahmen dieses Programmes landwirtschaftliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude, bestimmte Maßnahmen im Sonderkulturanbau und in der Viehwirtschaft sowie in der Hauswirtschaft gefördert. Zum Programmgebiet zählten bis 1979 die Bezirke Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Feldbach und Fürstenfeld. Im heurigen Jahr wurden auch die südöstlichen Gemeinden der Bezirke Hartberg und Weiz in die Förderung einbezogen.

Ein beträchtlicher Teil der land- und forstwirtschaftlichen Erwerbstätigen findet in der Steiermark im Sonderkulturanbau Arbeit. Dazu folgende Rechnung: Der Endrohertrag der steirischen Land- und Forstwirtschaft beträgt zirka 12 Milliarden Schilling. 1,3 bis 1,4 Millionen Schilling entfallen davon auf landwirtschaftliche Sonderkulturen. Der Einkommensbeitrag dieser Kultur kann in unserem Bundesland auf etwa 800 Millionen Schilling geschätzt werden. Das gibt letztlich 13.000 Arbeitsplätze.

Der Sonderkulturanbau ist in der Steiermark auf das südöstliche Flach- und Hügelland konzentriert. Sonderkulturen brauchen günstige klimatische Gegebenheiten. Diese finden sich in Österreich besonders im südöstlichen Flach- und Hügelland und im pannonischen Klimaraum entlang der österreichischen Ostgrenze. Diese Gebiete sind von den natürlichen Gegebenheiten her besonders für den Anbau von Sonderkulturen geeignet.

Unter den ungünstigen Rahmenbedingungen sind der Ausbau landwirtschaftlicher Sonderkulturen und ihre Verarbeitung eine der wenigen Möglichkeiten, die wirtschaftliche Tragfähigkeit ländlicher peripherer Gebiete zu festigen. Die Koppelung mit der Verarbeitung ist deshalb notwendig, um neben der Rohwareproduktion in den gefährdeten Regionen auch durch die Verarbeitung zusätzliche Wertschöpfungsmöglichkeiten zu erschließen.

Aus einzelbetrieblicher Sicht ist die arbeitsplatzsichernde Wirkung von Sonderkulturen in der hohen Flächenproduktivität dieser Kulturen begründet. Sie binden durch ihren relativ hohen Arbeitsbedarf viel Arbeitskraft auf relativ wenig Fläche. Sonderkulturen eignen sich daher besonders gut für flächenknappe, aber verhältnismäßig gut mit Arbeitskräften ausgestattete landwirtschaftliche Betriebe.

Die hohe Flächenproduktivität darf uns allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der hohe Arbeitsbedarf bei manchen Sonderkulturen eher gering entlohnt wird. Neben der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Sonderkulturanbaues darf ein einkommenverbessernder Effekt nicht vernachlässigt werden. Den wichtigsten Ansatz in diese Richtung stellen handelspolitische Maßnahmen dar, weil es auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Sonderkulturen besondere handelspolitische Lücken gibt. Das beweisen folgende Zahlen: 1980 standen hier Einfuhren im Wert von 7,8 Milliarden Schilling einem Ausfuhrwert von 900 Millionen Schilling gegenüber. Das Handelsbilanzdefizit machte allein in dieser Produktparte rund 7 Milliarden Schilling aus. Zugegebenermaßen wird dieser Sektor der Handelsbilanz von den Südfrüchteimporten und von Produkten belastet, die im Inland nicht erzeugt werden können. Trotzdem bestätigen die Daten der Handelsstatistik, daß handelspolitische Lücken den Ausbau der Inlanderzeugung hemmen. Derzeit sind große Marktbereiche der Landwirtschaft zwar marktordnend geregelt. Daneben gibt es jedoch Bereiche, denen ordnende Instrumente fehlen. Dazu zählen besonders der Obst- und Gemüsebereich wie der Sektor sonstiger landwirtschaftlicher Sonderkulturen. Bei Markteinbrüchen in diesen Sektoren gibt es immer wieder Schwierigkeiten, die das Fehlen von marktordnenden Instrumenten deutlich machen.

Von einer besseren handelspolitischen Absicherung landwirtschaftlicher Sonderkulturen ginge ein starker Impuls zur Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe aus. Maßnahmen in diesem Bereich lassen sich darüber hinaus auf die Erfordernisse besonders benachteiligter Gebiete des Grenzlandes hin ausrichten. Ziel müßte die Sicherung und Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Sonderkulturen und der Verarbeitung der Erzeugnisse daraus sein.

Der wichtigste Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Sonderkulturen und der Verarbeitung der Erzeugnisse daraus ist die Einführung eines selbsttragenden Systems einer Importausgleichs- und Förderungsregelung. Ein Vorschlag von bäuerlicher Seite dazu liegt in Form eines „Obst- und Gemüsegesetzes“ vor. Er sähe die zweckgewidmete Einhebung von Importausgleichen oder Zöllen bei Produkten vor, die für den inländischen Sonderkulturanbau relevant sind.

Aus diesen Mitteln sollen inländische Produktion und Verarbeitung je zur Hälfte gefördert werden. Damit müßte es möglich sein, den Bestand landwirtschaftlicher Sonderkulturen zu sichern und da und dort der Landwirtschaft sogar neue Produktionsmöglichkeiten zu erschließen.

Darüber hinaus sind tarifarische und nichttarifarische Maßnahmen im Obst- und Gemüsebereich (Zölle, Dreiphasensystem, Terminverschiebungen) zu setzen.

Schon 1974 wurde ein Initiativantrag auf Einführung einer Importausgleichsregelung bei den Verarbeitungsprodukten aus Obst und Gemüse im Parlament eingebracht. Die Regierungspartei lehnte diesen Antrag ab. Die im damaligen Antrag vorgesehene Regelung wurde weiterentwickelt und liegt ausformuliert als sogenanntes „Obst- und Gemüsegesetz“ vor.

Es ist der Initiativantrag auf Einführung einer Importausgleichs- und Förderungsregelung, die die handelsrechtliche Situation bei landwirtschaftlichen Sonderkulturen wesentlich verbessern würde. Damit wäre es möglich, die Einkommenschöpfung in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft durch die Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Sonderkulturen wesentlich zu erhöhen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Pörtl:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bei der Rede des Herrn Abgeordneten Zinkanell haben wir einleitend wahrgenommen, daß er selbst gezweifelt hat, daß er uns von seinen angeblichen Wahrheiten überzeugen kann, und ihm einen Applaus schenken können. (Abg. Brandl: „Das war schwer für dich!“ – Abg. Zinkanell: „Ich habe Sie schon öfter enttäuscht!“) Ich sage Ihnen auch, warum. Weil vor allem bäuerliches Denken im Grunde immer langfristig und praxisbezogen ist. Ich möchte vor allem zur Vervollständigung einige Wahrheiten, aber tatsächliche Wahrheiten, ausführen.

Wir haben wahrgenommen, daß sehr stark vor allem in jenen Bereichen in der Ausführung Formulierungen getroffen wurden, wo wir im Grunde so manches vergessen sollten. Wir haben eine Milchmarktreg-

lung, Vorlage der sozialistischen Fraktion, auf Bundesebene, vor uns liegen gehabt mit einer starren Regelung, wo der Bauer in den natürlichen Grünlandgebieten überhaupt keine Chance gehabt hätte, sich zu entwickeln, und wir alle wissen ganz genau, daß wir uns den Standort nicht aussuchen können, wo wir mit unseren Betrieben produzieren, und daß wir auch nicht eine Entwicklung brauchen, die sich nach dem Standort der Molkereien richtet. Es hat einige andere Dinge gegeben, und ich muß auch einige Zahlen bringen. Wir alle haben festgehalten, daß im Grunde – die Zahl wurde vorsichtshalber nicht gesagt – Zahlen statt Prozentzahlen und vor allem statt Vergleichszahlen hier ausgesagt wurden, und ich möchte diese Zahlen ergänzen. Und zwar ist von 1970 bis 1980 fünfmal ein realer Verlust in der landwirtschaftlichen Einkommensentwicklung eingetreten. Tatsächliches Faktum laut „Grüner Bericht“. Es ist ebenfalls zu bemerken und festzuhalten, daß das Einkommen von 1965 bis 1970 real 6,56 Prozent und von 1975 bis 1980 real plus 2,94 Prozent betrug. In Zusammenhängen gesehen, ist unsere Meinungsbildung, und vor allem die der bäuerlichen Kreise, daß man nicht alles begreift, was die Bundesregierung tut; die Bauern spüren es auch. (Abg. Zinkanell: „Das sind Ziffern des „Grünen Berichtes“, der draußen gemeinsam mit Euren Leuten erarbeitet wird!“) Das stimmt alles, nur denken wir in größeren Zusammenhängen. Im Jahr 1979 ein Minus von 9,49 Prozent zu verzeichnen, dann dürft Ihr Euch nicht wundern, wenn keine Jubelsitzungen stattfinden, wo ein Plus von 25 Prozent im jetzigen Jahr gegeben ist. (Abg. Zinkanell: „1980 waren es 25 Prozent!“) Kollege Zinkanell näher zum Ohr des Bauern, möchte ich fast empfehlen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich möchte vor allem diese Lobeshymnen im Rahmen der Bergbauernförderung anziehen. Es scheint tatsächlich so, daß jetzt auf einmal die Bergbauernförderung entdeckt worden sei. Wir kennen die Besitzfestigungsaktionen, die Umstellungsaktionen, die Regionalförderungen, wo wir grundlegend schon zu unseren Zeiten des Mitregierens und der Alleinregierung (Abg. Brandl: „Ist schon lange her!“) diese Bergbauernförderung ganz konkret und gezielt eingesetzt haben, denn sonst wären diese Einkommensvoraussetzungen im Grund nicht möglich. Vergessen wir nicht, daß derzeit in der Einkommensbetrachtung bei den Bergbauern das Einkommen aus der Bergbauernförderung, das nur für 45 Prozent der Bergbauern überhaupt greifbar ist, eineinhalb bis viereinhalb Prozent ausmacht. Daher diese reale und eigentlich auf einem soliden Fundament ruhende vorsichtige Betrachtungsweise.

Ich möchte diesen Bereich abschließen. (Abg. Zinkanell: „Kollege Pörtl, wenn 10.000 Schilling ein Prozent sind, wieviel sind dann die 433 Schilling des Landes?“) Ich bin eher im Bereich der Realität, Herr Kollege Zinkanell. Ich habe schon gesagt, wir denken in größeren Dimensionen.

Ich möchte abschließen und folgendes festhalten: Wenn gesagt wird, nur in Hunderten von Millionen und von Milliarden für die Landwirtschaft, meine Damen und Herren; eine Vergleichszahl – 1970 Agraranteil im Bundesbudget 1,12 Prozent, 1982 0,54 Prozent. Das sagt ja alles, und nachher will man uns gegenseitig hetzen und die Landesregierung heraus-

zerren, daß sie auch irgendwo Schuld hat, wenn irgendwelche Vergleiche nicht passen. (Abg. Zinkanell: „Waren doch ganz andere Zahlenverhältnisse!“ – Abg. Brandl: „Das ist kein Vergleich!“) Das sind faktische Zahlen, die einer soliden Grundlage entbehren. Ich bin aber leider gezwungen, ebenfalls auf dieser Kontralinie zu bleiben. Der Herr Generalredner hat sehr überzeugend behauptet, wortwörtlich: Alle Steirer sind gleich, leben und arbeiten in der Steiermark. Meine Damen und Herren, ich komme aus einer Region und ich kenne viele Regionen, wo die Steirer nicht leben und arbeiten können und wo vor allem auch eine Jugendarbeitslosigkeit besteht. Das muß man auch sagen. Es ist nicht alles so herrlich und wunderbar, nur weil wir eine sozialistische Bundesregierung haben. Sehr viele Bauern müssen in ihrem Zweiterberuf (Abg. Brandl: „Es ist sehr viel besser geworden!“) nach Wien pendeln oder in die Zentren. Und, meine Damen und Herren, eine ganz konkrete Frage: Ist das wirklich gegen die Arbeitsplätze in unserem Land – wie es fast angedeutet worden ist –, wenn wir uns für alle Arbeitsplätze in unserem Land einsetzen? In der Landwirtschaft, in der mittelständischen Wirtschaft und selbstverständlich auch in der verstaatlichten Wirtschaft. Weil wir in den Pendlerregionen genau wissen, was pendeln überhaupt bedeutet, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte aber folgendes festhalten, daß wir immer, wenn wir einseitige Betrachtungsweisen vornehmen, im Grunde Gefahr laufen, das ganze zu übersehen, und ich stelle fest, daß die Pendler eigentlich die Folgen von wirtschaftlichen Zuständen sind und uns im Grunde tatsächlich zum grundsätzlichen und vor allem zum gesamtheitlichen Denken zwingen. Ich möchte noch einmal sagen, Lobes- und Beruhigungsreden werden und haben nie Probleme gelöst. Wenn wir unsere steirische Wirtschaft, die steirische Bevölkerung, die Landwirtschaft, die Kultur und die Familien alle gemeinsam betrachten, so möchte ich das auch auf den ländlichen Raum beziehen, meine Damen und Herren. Vor allem darauf, welchen gewaltigen Strukturwandel, welchen gewaltigen Wandel überhaupt dieser ländliche Lebensraum auf sich genommen hat. Wir haben durch Rationalisierung, durch Spezialisierung und vor allem durch die Industrialisierung sicherlich ein höheres Einkommen, aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir uns neue Strukturen und neue Probleme geschaffen haben.

Wir haben – und das ist sicher weit zurückgegriffen, nur symptomatisch gesagt – in der Steiermark 1848 149.300 landwirtschaftliche Betriebe gehabt. Jetzt sind wir bei zirka 68.000. Es sind – wie bereits Herr Präsident Buchberger ausgeführt hat – von 1950 bis 1980 700.000 Menschen aus der Landwirtschaft in die Wirtschaft abgewandert. Das ist aber – und jetzt möchte ich auch ausführen – keine sozialistische Nebenerwerbsideologie – wie es der Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura ausgeführt hat –, sondern das war seinerzeit die Alternative der Ideologie des Familienbetriebes kontra die Mansholt-Pläne, die damals herumgeschwirrt sind. Wenn der Herr Kollege Trummer noch da wäre, da wären ihm alle Haare aufgestanden, wenn er noch welche gehabt hätte, meine Damen und Herren. (Abg. Brandl: „Hat nicht mehr viel gehabt!“)